Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



ISBN 978-3-96250-717-6

31. Bautzen-Forum

31. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
10.–11. September 2020

30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur





Landesbüro
Sachsen



30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur

31. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen

10. und 11. September 2020

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung

31. BAUTZEN-FORUM 10. UND 11. SEPTEMBER 2020

EINLEITUNG

Matthias Eisel

Das Wort „coronabedingt" hat gute Chancen, 2020 zum Unwort des Jahres zu avancieren. Auch wir mussten das 31. Bautzen-Forum wegen der bedrohlichen Pandemiesituation coronabedingt vom Mai in den September verschieben und waren zusammen mit allen Beteiligten froh, diesen Termin dann auch einhalten zu können. Eingedenk aller geltenden Abstandsregeln und Schutzmaßnahmen mussten die Anmeldungen auf 60 Personen beschränkt werden. Damit konnte nur etwa ein Drittel der sonst üblichen Teilnehmer_innen vor Ort in Bautzen dabei sein.

Aufgrund dieser besonderen Situation und um allen Abgesagten und aus Vorsorgegründen Daheimgebliebenen dennoch die Teilnahme zu ermöglichen, haben wir in diesem Jahr einen Livestream eingerichtet, der es ermöglichte, das Forum auch von zu Hause aus digital zu verfolgen. Den Mitschnitt der beiden Veranstaltungstage finden Sie auf unserer Website unter www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/livestream. Wegen dieser vollumfänglichen Aufzeichnung haben wir bei der vorliegenden gedruckten Dokumentation auf die Wiedergabe der Diskussionsbeiträge und Fragen aus dem Publikum verzichtet.

30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur lautete das Thema unseres 31. Bautzen-Forums. Die Deutsche Einheit gilt zu Recht als Erfolgsgeschichte. Doch dass es zu diesem Satz eine ganze Menge Aber gibt, steht bei einem solch beispiellosen Transformationsprozess außer Frage. Wer die Deutsche Einheit prinzipiell infrage stellt, versucht damit zumeist, sein politisches oder populistisches Süppchen zu kochen und das Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland an sich infrage zu stellen. Das gilt gleichermaßen, wenn bestimmte Bewegungen oder Parteien heute gern Losungen der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989 wie etwa „Wir sind das Volk!" für sich vereinnahmen und missbrauchen. Sie tun das nicht, weil sie für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde eintreten, sondern zur Abschottung und Abwertung von allem, was sie als störend und abweichend empfinden. Andere verlegen sich gar auf Proteste mit Reichskriegsflaggen und anderen zweifelhaften Symbolen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen wie zuletzt am Berliner Reichstagsgebäude oder über viele Wochen hinweg immer wieder sonntags an der Bundesstraße 96 nahe der Stadt Bautzen.



Im Herbst 1989 hatten sich die Menschen in der DDR von ideologischen Zwängen, Bevormundung und Repression befreit und die Allmacht der SED und ihrer Blockparteien gebrochen. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, nach Nationalsozialismus und SED-Diktatur konnten im Osten Deutschlands erstmals wieder freie Wahlen stattfinden. Das waren am 18. März 1990 die ersten freien und zugleich die letzten Wahlen zur Volkskammer der DDR. Statt der üblicherweise gefälschten 99,9 Prozent Zustimmung für die Kandidat_innen der sogenannten Nationalen Front erzielte die SED-Nachfolgepartei PDS 1990 erstmals realistische 16,4 Prozent. Dieses Ergebnis entsprach der verbliebenen Kernanhängerschaft der Sozialistischen Einheitspartei nach dem Ende ihrer uneingeschränkten Macht.

Der von Bürgerrechtsinitiativen eingeschlagene Weg zu einer selbstbestimmten, endlich Deutschen *und* Demokratischen Republik führte nicht sehr weit. Schon bald und verknüpft mit immensen Erwartungen drängte die große Mehrheit der Ostdeutschen auf die Wiederherstellung der Deutschen Einheit und die Einführung der D-Mark. Bis zu den vom Kanzler der Einheit versprochenen blühenden Landschaften brauchte es sehr viel länger. Zudem nagten Massenarbeitslosigkeit und Ent-

wertungserfahrungen früh am ostdeutschen Selbstvertrauen und führten zu Frustrationen und einer zunehmend kritischen Sicht auf das neue Staatswesen.
Wie in der Überschrift formuliert, ging es uns bei diesem Bautzen-Forum auch um das Erbe, um den Einfluss oder die Nachwirkungen der SED-Diktaturerfahrung auf dem Weg zur Deutschen Einheit – mit Blick auf die vergangenen 30 Jahre und erst recht auf die Situation heute.
Nicht erst seit Pegida und dem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen gibt es viele Deutungsmuster, die zu erklären versuchen, warum demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut gerade in Ostdeutschland oft größere Resonanz erfährt als im Westen. Wie kommt es, dass im Osten inzwischen rund ein Viertel der Menschen rechtspopulistischen Ideen anhängt und entsprechend wählt? Und das, obwohl Ostdeutschland bei vielen Parametern, von Wirtschaftsleistung über Beschäftigung bis zu den Einkommen, seit einigen Jahren so gut dasteht wie nie zuvor (Stand vor der Covid-19-Pandemie). Auch die Zufriedenheit der Menschen mit ihren unmittelbaren Lebensumständen, ganz generell, hat immer weiter zugelegt.
Die Rückschau auf die DDR ist geprägt von weichgezeichneten Klischeebildern wie denen von größerer menschlicher Wärme, guter Nachbarschaft, ewigen Brigadefeiern und dem Fehlen von Kriminalität. Dieses selektive Erinnern des Alltagslebens an die „Heile Welt der Diktatur“ (Stefan Wolle) mag in Teilen sogar zutreffen, hatte aber im unmittelbaren Lebensumfeld vor allem mit der DDR-spezifischen Notgemeinschaft und der vorherrschenden Mangelwirtschaft zu tun, in der man auf diese Weise einiges kompensieren konnte. Das Ausmaß an ideologischer Gängelung, Unfreiheit, wirtschaftlichem Unvermögen und dem allseits sichtbaren Verfall in der DDR treten dabei in den Hintergrund. Tatsächlich fällt es vielen Menschen, die die DDR noch selbst erlebt haben, inzwischen schwer, das Ausmaß an Indoktrination, den Zustand von Betrieben, Städten, Flüssen und das Eingesperrtsein in den tödlich gut bewachten Grenzen der DDR zu vergegenwärtigen. Für Nachgeborene erweist es sich als ungleich schwerer, sich ein differenziertes Bild vom Leben in der DDR zu machen. Deren Sicht wird, wie Untersuchungen zeigen, stark von den Elternhäusern geprägt.
Wenn wir zudem auf die ehemals sozialistischen Bruderländer wie Tschechien, Polen oder Bulgarien schauen, wird im Vergleich zu Ostdeutschland ein immenses Einkommens- und Wohlstandsgefälle sichtbar. Das zeigt auch, unter welch privilegierten Bedingungen der wirtschaftliche Transformationsprozess trotz vieler Probleme stattfinden konnte. Die Ostdeutschen haben sich allerdings weder zu DDR-Zeiten noch danach mit „diesen Ländern“ vergleichen wollen. Der Maßstab war und ist bei mancher sonstigen Distanz dann eben doch Westdeutschland.

Im Rahmen unseres Forums haben das Bautzen-Komitee e.V. und sein Vorsitzender Alexander Latotzky einen Aufruf zur Unterstützung der Freiheitsbewegung in Belarus veröffentlicht. In Belarus versuchen sich die Menschen, wie einst in der DDR, von ihrem diktatorischen Regime zu befreien. Der Ausgang ist allerdings noch nicht entschieden. Denn anders als Gorbatschow 1989 ist es nun Wladimir Putin, der von Moskau aus einen Sieg der auf Freiheit und Demokratie drängenden Kräfte in Belarus verhindern will – getragen von der Sorge um schwindenden Einfluss und davon, dass der Funken womöglich auf Russland überspringen könnte. Wie wir bei seinem in der Ostukraine angezettelten Krieg oder beim Giftanschlag auf Alexej Nawalny wieder erleben konnten, wird Putin dabei ohne Weiteres bis zum Äußersten gehen. Wie gewohnt findet er dafür hierzulande auch jetzt wieder Verständnis bei den zahlreichen Russlandversteher_innen, bei rechts außen, auch links außen und nicht nur dort.



GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe Kamerad_innen, lieber Matthias Eisel, lieber Alexander Ahrens, lieber Robert Böhmer, sehr geehrte Gäste! Ich freue mich, dass trotz der erschwerten Bedingungen auch in diesem Jahr wieder so viele zum Bautzen-Forum gekommen sind. Ja, es musste einigen sogar abgesagt werden, so groß war das Interesse. Das zeigt uns, dass es auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch genügend Gesprächsstoff für ein zweitägiges Forum gibt. Dass es stattfindet, dafür bedanke ich mich ganz besonders bei Matthias Eisel und seinen Mitarbeiter_innen, die es letztendlich möglich machten, wenn auch mit einigen Auflagen.
Aber damit kommen wir alle klar, schließlich haben wir schon ganz andere Probleme bewältigt. Mein Dank gilt der Kirchgemeinde St. Petri, die uns die Räume wieder zur Verfügung gestellt hat, und mein Dank gilt den Referent_innen, die uns in den beiden nächsten Tagen viel zu erzählen haben. Ich bedanke mich auch bei Silke Klewin von der Gedenkstätte Bautzen und ihren Mitarbeiter_innen für die Unterstützung.

Einen Menschen, den ich gerne heute hier begrüßt hätte, möchte ich noch erwähnen, es ist der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt, Christian Schramm. Er fehlt heute, weil er krank ist. So krank, dass er vor wenigen Tagen alle seine Ehrenämter niedergelegt hat, auch das als stellvertretender Vorsitzender des Bautzen-Komitees. Wir haben Christian extrem viel zu verdanken, ohne ihn und Marko Schiemann hätte es das Gräberfeld auf dem Karnickelberg vermutlich nie gegeben. Von dieser Stelle daher die besten Wünsche zur Genesung an ihn.
30 Jahre Deutsche Einheit ist unser Thema. Ein Thema, zu dem wir alle unsere unterschiedlichen Erfahrungen beitragen können und in den nächsten zwei Tagen auch beitragen werden. Ich fordere Sie ausdrücklich dazu auf, uns Ihre Meinungen und Erfahrungen zu erzählen, auch zu dem Programmpunkt „Das Erbe der SED-Diktatur". Was hat uns die DDR hinterlassen, was wirkt noch bis heute nach? Haben wir es zum Beispiel geschafft, gleichwertigere Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen, und wenn nein, warum nicht? Wie erfolgreich waren unsere Bemühungen, über den Unrechtscharakter der DDR-Diktatur aufzuklären? Das und viele andere Fragen werden wir in den beiden nächsten Tagen vielleicht ein klein wenig beantworten können, denn das war und ist das Ziel des Bautzen-Forums.
Opfervereinigungen, und dazu zählen auch wir als Bautzen-Komitee, entstanden ja nicht aus reinem Selbstzweck, sondern sie entstanden, um über begangenes Unrecht zu informieren, um mit dem Mythos der schönen heilen DDR aufzuräumen, in der bis auf ganz wenige Nörgler alle glücklich und zufrieden waren, in dem angeblich besseren Deutschland, das aber gleichzeitig auf jene schießen ließ oder sie einsperrte, die nicht dort leben wollten.
Wir tun das, weil wir daran glauben, dass Menschen einsichtig sind und sich ändern können, mögen sie auch noch so verblendet gewesen sein. Würden wir das nicht glauben, welchen Sinn hätten dann alle unsere Bemühungen um Aufklärung, unsere Zeitzeugenberichte, die Besuche in Schulen, die sich unsere über-90-jährigen Mitglieder noch immer antun. Welchen Sinn hätten Veranstaltungen wie diese?
Bei der Gelegenheit möchte ich hier einmal einen großen Dank aussprechen und zwar an Lutz Rathenow, den Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und seine Mitarbeiter_innen. Mit ihm arbeiten wir seit vielen Jahren erfolgreich zusammen. Er unterstützt uns intensiv bei den Besuchen in Schulen, wir

bringen Fachliteratur in Umlauf, wir machen konkrete Projekte – und diskutieren nicht nur darüber. Unsere alten Leute gehen in die Schulen, unterstützt von dieser Institution, um darüber zu berichten.
Diese Aufklärung bedingt auch, dass wir uns manchmal von alten und liebgewordenen Feindbildern trennen müssen. Nicht alle, die damals gegen uns oder gar unsere Feinde waren, sind es heute noch. Das zu akzeptieren fällt manchmal schwer, aber es ist so. Menschen können sich ändern. Ob unsere Ansicht richtig ist, inwieweit die Aufarbeitung gelungen ist, darüber werden wir in den beiden nächsten Tagen einiges erfahren.
Matthias Eisel ist es wieder einmal gelungen, wirklich exzellente Referent_innen einzuladen, die uns ganz sicher und sehr detailliert darüber berichten können. Ich will hier niemanden von ihnen einzeln erwähnen, aber ich kann Ihnen versichern, es sind alles hochkarätige Expert_innen.
Noch ein anderes Thema: Die meisten von Ihnen werden es schon erfahren haben, in der sächsischen Gedenkstättenlandschaft hat sich einiges bewegt und es hat gravierende Veränderungen gegeben. Siegfried Reiprich ist nach einer Sondersitzung des Stiftungsrates mit sofortiger Wirkung und einstimmiger Entscheidung vom Amt des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten freigestellt worden, zudem wird sein Arbeitsverhältnis zum 30. November dieses Jahres beendet. Bis ein neuer Geschäftsführer gefunden wird, hat Sven Riesel das Amt kommissarisch übernommen. Sven Riesel werden viele kennen, er war jahrelang hier in der Bautzener Gedenkstätte tätig.
Auf den Anlass für die Entscheidung will ich hier nicht weiter eingehen, das haben andere und auch die Medien bereits schon bundesweit getan. Auch wir als Bautzen-Komitee haben uns dazu geäußert. Leider war diese jüngste Entgleisung von ihm ja auch nur das Ende einer langen Geschichte, mit der er – und mit ihm die Stiftung – in den vergangenen Jahren immer wieder in die Schlagzeilen geraten war. Wir, das Bautzen-Komitee, wünschen Sven Riesel jedenfalls viel Glück und Erfolg bei seiner sicher nicht leichten Aufgabe und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihm.
Es gäbe sicher noch vieles mehr zu sagen, aber das hier soll nur eine Begrüßung sein. Doch bevor ich uns allen zwei erkenntnisreiche Tage wünsche, habe ich noch eine Bitte. In Belarus finden im Augenblick Demonstrationen wegen Wahlfälschung durch eine Diktatur statt, die auch schon knapp 30 Jahre existiert. Ich würde gern einen Gruß an die Menschen dort schicken und bitte Sie – die Teilnehmer_innen des Bautzen-Forums – ganz herzlich um Ihre Zustimmung dafür. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.



GRUSSWORT

Alexander Ahrens

Auch von mir ein herzliches Willkommen. Das Bautzen-Forum ist einer der Termine im Jahreskalender, auf die ich mich immer freue. Die Liste der Referent_innen ist wieder beeindruckend, aber vor allem ist die Resonanz beeindruckend, die das Bautzen-Forum beim Publikum findet, auch wenn es in diesem Jahr aus den uns allen bekannten Gründen eine gebremste Resonanz ist.
30 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der SED-Diktatur – das ist ein Thema, das nichts an Aktualität eingebüßt hat und diese Aktualität wahrscheinlich auch noch eine Weile behalten wird. Dieser Titel ist etwas, woran ich fast täglich denke, wenn auch nur in mittelbarer Form. In meinem Amt habe ich ganz oft mit der Feststellung zu tun, dass die alte Bundesrepublik und die ehemalige DDR Bevölkerungs-

gruppen beherbergen, die eine unterschiedlichen Sozialisation erfahren haben.
Das ist nichts Dramatisches, aber etwas, das man bei vielen Diskussionen im Hinterkopf behalten sollte. Warum mich das Thema so oft beschäftigt, hat damit zu tun, dass es eine Berichterstattung in den überregionalen Medien gibt, die immer wieder, auch nach 30 Jahren noch, das Bild zeichnet, dass „die im Osten" noch ein bisschen rückständig, zurückgeblieben, besonders rechtsaffin seien. In jedem Falle ein Bild, über das ich mich regelmäßig ärgere.
Der Ärger hat verschiedene Gründe, aber ich kann Ihnen sagen, warum mich das so schnell und so nachhaltig ärgert. Wir alle wissen, wie 1990 die Situation war. Die übergroße Mehrheit der Menschen in der DDR hat sich völlig zu Recht darüber gefreut, dass das System ein Ende fand, und die übergroße Mehrheit wollte diese Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik. Man kann heute auch sagen: Diese Wiedervereinigungsgeschichte ist eine Erfolgsgeschichte. Das ist unbestritten.
Gerne wird aber übersehen, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sehr schnell eine Reihe ganz neuer, unerwarteter und deshalb frustrierender Ungerechtigkeitserfahrungen gemacht wurde. Die Illusion, dass der Beitritt zur Bundesrepublik gebratene Hühner durch die Luft fliegen lässt – das war das Bild, das Bundeskanzler Helmut Kohl im 1990er Wahlkampf mit den blühenden Landschaften zeichnete –, hat die Erwartungen noch überstiegert.
Ich erinnere mich ebenso genau, dass es in diesem Wahlkampf einen Kandidaten der Sozialdemokraten namens Oskar Lafontaine gab, der keine Chance hatte, weil er mit teilweise sehr drastischen Worten darauf hinwies, dass eine sehr unbequeme und schwierige Zeit vor den Menschen in Ostdeutschland liegen werde. Aber das wollte die Mehrheit damals nicht hören, und das war sicher einer der Gründe dafür, dass er damals gegen Kohl verlor.
Damit ist es aber nicht getan. Wir müssen uns das auch heute immer wieder vergegenwärtigen. In der medialen Berichterstattung wird auch gern darauf hingewiesen, dass die Ostdeutschen angeblich besonders feindlich gegenüber Geflüchteten auftreten, dafür werden viele Beispiele herangezogen. Wenn etwas in Ostdeutschland passiert ist, dann kommt es ganz groß in den Medien, das kann man durchaus feststellen und muss man auch kritisieren. Es ist in der Tat so, dass wir hier in Ostdeutschland einen deutlich weiter verbreiteten unreflektierten Alltagsrassismus haben als im Westen des Landes. Das ist aber nichts, was mich beunruhigt, und ich kann Ihnen auch sagen, warum.
Als ich in den frühen 1970er Jahren und in den Jahren darauf in West-Berlin als Kind und Jugendlicher aufwuchs, war es noch völlig normal, wenn jemand das Wort „Kanaken" benutzte, wenn er von Türken sprach. Es war bis in die Mitte der 1980er

auch völlig normal, dass Menschen im damaligen West-Berlin sagten, das und das hätten sie „bis zur Vergasung" betrieben. Diese Wortwahl ist heute schlichtweg unvorstellbar.
Damals wurde auch in West-Berlin schon darüber diskutiert, ob es in Ordnung sei, solche Begriffe zu benutzen. Das war aber eine Diskussion, die in der alten Bundesrepublik von den 1968ern angestoßen worden und in den 1980ern noch nicht so weit beendet war, dass man diese Begriffe nicht mehr verwendete. Mittlerweile ist das erreicht, ich habe diese Redewendungen glücklicherweise schon sehr lange nicht mehr gehört.
Ich will damit sagen, dass die alte Bundesrepublik Jahrzehnte gebraucht hat, um einen unreflektierten Alltagsrassismus zurückzudrängen, er ist ja auch dort nicht inexistent. Und deshalb sage ich: Es mag sein, dass es hier in der Region immer noch viele gibt, die den Begriff Fidschi ganz gedankenlos benutzen – einige benutzen ihn sogar, weil sie ihn halbwegs lustig finden – und sich keine Gedanken darüber machen oder diskutieren, ob das eine gute Idee ist.
Ich will nicht der politischen Korrektheit das Wort reden, darum geht es nicht. In einem geschützten Kreis aus Freunden darf man nach meinem Verständnis ruhig auch mal über unkorrekte Pointen lachen, wenn sie wirklich gut sind. Nur in einem ungeschützten Rahmen geht das nicht, wenn man mit Leuten kommuniziert, die man nicht kennt oder von denen man nicht weiß, wie sie denken. Dann transportiert man vielleicht eine Botschaft, die man gar nicht transportieren will.
Angenommen, jemand ist der Meinung, das Wort „Fidschi" sei komisch, und benutzt das Wort, dann kann es sein, dass andere denken: „Aha, der kann die also auch nicht leiden." Das ist das Grundproblem. Es geht um Bewusstmachung, und deshalb spreche ich auch von „unbewusstem Alltagsrassismus". Das ist nicht schön, aber es ist auch kein Weltuntergang, das wird sich regeln. Denn immer mehr Menschen diskutieren solche Dinge und sprechen die Leute darauf an, dass es vielleicht nicht so die gelungene Wortwahl ist.
Was die Menschen in Ostdeutschland ebenfalls frustriert, möchte ich auch hervorheben, und das ist ebenso gut verständlich. Die Sachen, die nämlich schon in den frühen 1990er Jahren ein sehr positives Licht auf die Ostdeutschen warfen, sind sehr schnell im bundesrepublikanischen Alltag als Selbstverständlichkeit abgehakt worden. Eine Revolution, friedlich, ohne Schuss, ohne Gewalt – das ist ein Ereignis, das man gar nicht überschätzen kann. Das sagt sehr viel Positives über die Gesellschaft der ehemaligen DDR aus.
Trotz des verständlichen, gebündelten und großen Unmuts kam es eben nicht dazu, dass der eine oder andere noch ein Hühnchen mit jemandem rupfte, obwohl er viel-

leicht Grund dafür gehabt hätte. Es ist auch nicht in Hysterie oder Massengewalt umgeschlagen, das kann man gar nicht überschätzen. Dennoch ist dieser Punkt sehr früh abgehakt worden. Manchmal hieß es noch, „glücklicherweise“ und so. Aber dass es etwas Positives über die Sozialisation in Ostdeutschland aussagt, wird sehr schnell übergangen.

Ebenso für selbstverständlich wurde erachtet, dass Millionen von damals jungen und gut ausgebildeten Menschen besonders nach Bayern und Baden-Württemberg, aber auch in andere Gegenden auswanderten, der Arbeit hinterher, und am Aufschwung im Gebiet der alten Bundesrepublik mitgewirkt haben. Sie haben den mitgetragen. Auch das – eine Selbstverständlichkeit.

Deswegen sage ich immer, wenn ich auf Veranstaltungen zum Beispiel des Städtetages auf die allgemeine politische Situation angesprochen werde, dass ich bei uns in der Region niemanden kenne, der nicht – meist sogar ungefragt – einen hohen Preis dafür gezahlt hat, dass es uns heute in Bautzen und der Region so gut geht. Die Unzufriedenheit ist nicht Ausdruck dafür, dass die Leute das alles nicht wollen, was erreicht wurde. Sondern die Unzufriedenheit rührt daher, dass gerne dieses Bild gezeichnet wird: Im Osten sind alle rückständig, alle total rechts.

Eher stelle ich fest, dass die Menschen in Ostdeutschland radikalere Demokraten sind als die in der alten Bundesrepublik. Damit meine ich, dass man hier viel öfter hört: Solange etwas nicht verboten ist, müssen wir es irgendwie aushalten, dann ist das eben so. Auch unter den Menschen, die die AfD wählen, gibt es einen hohen Prozentsatz, der das aus Protest tut. Da bin ich mir ziemlich sicher, weil ich mit sehr vielen Menschen in der Stadt und der Region rede, auch mit Menschen, die die AfD gewählt haben. Und von denen hört man das ganz oft. Ich erwidere dann, dass ich es nicht für die richtige Lösung halte.

Wir sehen ja auch in der jüngeren Vergangenheit der letzten zwei Jahre, dass die AfD keine konstruktiven Rezepte vorlegt. Das macht mich auf der anderen Seite optimistisch, dass sie ihren Zenit schon überschritten hat. Ich bin der Auffassung, dass zum Beispiel das aktuelle Ergebnis der OB-Wahl in Hoyerswerda diese Tendenz bestätigt. Dort hat der Kandidat der AfD nicht mal 20 Prozent erreicht. Da war vorher wesentlich mehr für ihn erwartet worden, besonders aus seinen Kreisen. Das finde ich ein positives Signal, und ich bin zuversichtlich, dass es uns allen als Gesellschaft gelingen wird, auch die AfD wieder deutlich in Prozentbereiche zurückzuführen, in denen sie keine große Relevanz mehr hat.

Dankenswerterweise helfen viele in der AfD tatkräftig mit, diesen Prozess zu unterstützen. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für diese Bemühungen. Wir müssen ihnen aber auch die Chance geben, das regelmäßig zu wiederholen, das ist

meine feste Überzeugung, das schaffen die dann schon. Wenn ich an die Boxkampfeinlage von Herrn Kalbitz denke und auch viele inhaltlich völlig wirre Ansätze, bin ich da sehr optimistisch. Trotzdem bin ich absolut dagegen zu sagen, dass einer, der AfD wählt, ein Rechter ist. Die Ergebnisse der AfD wurden ja sogar als Beleg dafür herangezogen, dass Ostdeutschland total nach rechts gedriftet ist. Ich bin da wirklich anderer Auffassung.

Die Deutsche Einheit – sie bleibt ein wichtiges Thema, sie wird uns noch eine ganze Weile begleiten. Wir brauchen einen differenzierten Blick auf die Lebensrealitäten, auf die Geschichte der beiden Teile unseres Landes. Und ich sage immer gern: Stellt euch mal vor, wir hätten den Leuten vor 30 Jahren gesagt oder gezeigt, wie es heute hier aussieht, und hätten dann noch gesagt, die Unzufriedenheit werde so groß sein wie lange nicht – die Menschen hätten uns für verrückt erklärt.

Wenn wir uns dieses Bild vor Augen halten, dann bin ich mir sicher, dass es uns gelingen wird, auch mit diesem Unmut und dieser Unzufriedenheit umzugehen. Bei allen Nachteilen hat die Coronakrise ja doch eines gezeigt, auch im internationalen Vergleich: Auch die vielgeschmähte Bundesregierung ist offensichtlich in Krisensituationen zu einer gewissen Leistung fähig.

Bei allen Rückschlägen ist es im Vergleich doch so, dass wir gegenüber den Nachbarländern deutlich besser dastehen, sei es die Wirtschaft, sei es die Frage, wie wir Leuten helfen, die von Corona besonders betroffen sind. Da gibt es zwar noch einige Gruppen, die wirtschaftlich gerade bisschen am Absterben sind, ich denke an kleine Selbstständige und viele Kulturschaffende. Aber das wird mittlerweile auch registriert, und ich bin mir relativ sicher, dass wir auch da Lösungen finden werden. Denn das Problem ist, wenn auch spät, so doch jetzt immerhin erkannt worden.

So gesehen unterstreiche ich hier noch einmal meine Zuversicht für die weitere gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Ich bekomme heute noch Gänsehaut, wenn ich an 1989 zurückdenke. Das ist einer der Momente, an den sich jeder erinnert, was auch immer er in dem Moment gerade gemacht hat, als er erfuhr, dass die Mauer offen ist.

Und ich freue mich heute noch regelmäßig darüber, dass uns dieses Geschenk gemacht wurde, dass die Ostdeutschen die große Leistung vollbracht haben, sich kollektiv diesem System zu verweigern, weil sie einfach „die Schnauze gestrichen voll hatten“. Diese Leistung führte dazu, dass es uns heute so gut geht, wie es uns geht, dass wir in einem wunderschönen Land leben können und dass wir weltweit um unsere Situation beneidet werden. Lassen Sie uns in diesem Sinne an dem Thema dranbleiben.

Unzufriedenheit in Ostdeutschland? Die Auswirkungen der Transformation nach 1990 auf politische Kultur und Gesellschaft[1]

Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk
(Vorgetragen von Prof. Dr. Rainer Eckert)

Die Mauer fiel nicht einfach. Die Gesellschaft schmiss sie am Abend des 9. November 1989 um. Die kommunistische Diktatur war an ihr Ende gekommen. Die Welt schaute im Herbst 1989 atemlos nach Ostdeutschland, nach Ost-Berlin. „Wahnsinn!" war der meist gebrauchte Ausruf. Es begann eine Zeit, als die Realität fast täglich die Fantasie überholte. Bis zum Herbst 1989 war kaum einem Zeitzeugen bewusst, dass er sich inmitten eines rasanten historischen Prozesses befand. Noch eben gerade, so schien es vielen, auf der Standspur verharrend, befanden sich auf einmal gleich mehrere Gesellschaften im Ostblock auf der Überholspur, und das noch mit überhöhtem Tempo.

Gorbatschows Reformpolitik entfachte Hoffnungen in der DDR. Wenn ausgerechnet in Moskau Reformen möglich waren, so die Meinung vieler, so müsse sich doch auch in der DDR etwas verändern lassen. Jahrelang versprach die SED, morgen, in der Zukunft, würde alles „noch" besser werden. „Morgen" blieb in den Vorhersagen der Ideologiewächter eigentümlicherweise stets weit weg von der Gegenwart, Mitte der 1980er Jahre entrückte die verheißungsvolle Zukunft immer stärker ins Nimmerland. Der gefühlte Abstand zum Westen und seine offenkundigen Verheißungen, wie sie via TV allabendlich in Millionen ostdeutscher Wohnzimmer flimmerten, wurden immer größer. Gleichzeitig schwanden die Hoffnungen auf die Zukunft, je mehr sich die Crew um Honecker gegenüber der sowjetischen Reformpolitik hermetisch abschirmte. Sie regierte nicht nur gegen die Mehrheit der Bevölkerung, sie verlor auch immer mehr Terrain unter jenen, auf die bislang Verlass gewesen war: die 2,3 Millionen Mitglieder der SED und die nochmals knapp 500.000 Mitglieder der eng mit der SED verknüpften vier Blockparteien (CDU, LDPD, DBD, NDPD). Zur Diktaturwirklichkeit gehörte, dass Millionen Menschen das System aktiv unterstützten und mittrugen.

Die DDR trug in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre viele Züge einer Zusammenbruchsgesellschaft. Zwar hatte sich der Lebensstandard seit Ende der 1950er Jahre

erheblich verbessert, aber die Menschen wurden nicht zufriedener, weil der Abstand zum Westen zusehends wuchs. Honecker erfand 1971 eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im Kern von dem Gedanken getragen wurde: „So, wie wir heute leben, werden wir morgen arbeiten müssen." Die Menschen sollten sozial befriedet werden. Die Bundesrepublik wirkte als Schaufenster wie ein Pfahl im Fleisch der SED-Diktatur. Auch die Kirchen erfüllten diese Funktion. Sie waren die einzigen Großinstitutionen, die im Weltanschauungsstaat programmatisch gegen die kommunistische Ideologie standen. Die Kirchen mit ihren Synoden und Ökumenischen Versammlungen wurden zu Orten, wo demokratische Regeln und Verhaltensweisen eingeübt wurden. Es war kein Zufall, dass im Herbst 1989 so viele Pfarrer_innen und Theolog_innen zu den Wortführer_innen der Bürgerrechtsbewegungen avancierten.

Anfänge der Revolution

Noch bevor die Sommerferien Anfang Juli begannen, hatten bereits rund 100.000 Menschen dem Land für immer den Rücken gekehrt. Darunter waren vor allem junge, gut ausgebildete und sehr gut verdienende Männer und Frauen. Im Sommer verschärfte sich die Krise. Die SED-Führung schien sich in den Urlaub verabschiedet zu haben. Bis Oktober waren keine neuen Töne vernehmbar. Zudem verabschiedeten sich Zehntausende Menschen für immer: Sie flüchteten über Ungarn und bundesdeutsche Botschaften in die Freiheit. Und die kleine Opposition suchte nach neuen Handlungsformen. In rascher Folge kamen Gründungsaufrufe für neue Bewegungen heraus. Bislang hatten sich viele Menschen gefragt, ob sie sich dem Flüchtlingsstrom anschließen sollten. Nun gab es eine neue Alternative, die nicht mehr nur Hierbleiben oder Weggehen, sondern nun auch Einmischen oder Weiterschweigen hieß. Und natürlich auch: weiterhin das Regime zu unterstützen. Die meisten verhielten sich, wie bei jeder Revolution, passiv, warteten ab, hofften im Stillen. Revolutionen sind immer Kämpfe von Minderheiten um die Mehrheit.

Vom Runden Tisch zu freien Wahlen

Nach dem Mauerfall war das Schicksal von SED und DDR besiegelt. Die DDR war nur als politische, ökonomische, gesellschaftliche Alternative zur Bundesrepublik denkbar. Die erste Sitzung des „Zentralen Runden Tisches", an dem Regierung und Opposition über die Machtübergabe zu verhandeln begannen, fand am 7. Dezember statt. Die Einberufung bedeutete einen politischen Sieg der Opposition. Der Zentrale Runde Tisch war sich bewusst, dass ihm eine demokratische Legitimation fehlte, er nur demokratische Wahlen vorbereiten konnte und daher Kontrollaufgaben wahrnehmen und die Öffentlichkeit informieren musste.

Bis zum Wahltag sah es so aus, als würden die Sozialdemokraten überlegen gewinnen. Alle Prognosen deuteten darauf hin. Der Wahlkampf war allein geprägt von der Frage, wie die Deutsche Einheit gestaltet werden könnte. Die „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch) stand für den schnellsten Weg zur Einheit. Ihre Formel lautete: „Sofortige Einführung der D-Mark.“ Mehr konnte niemand bieten. Damit waren Wahlversprechen verbunden wie die Umstellung der Löhne, Renten und vor allem Sparkonten im Verhältnis von 1 DDR-Mark zu 1 DM, die unhaltbar waren. Heute nennt man so etwas Populismus.

Als die ersten Wahlprognosen im Fernsehen bekanntgegeben wurden, überraschte lediglich die hohe Wahlbeteiligung niemanden. Sie lag nach dem amtlichen Ergebnis bei 93,4 Prozent. Die „Allianz“ erhielt 48 Prozent der Stimmen (CDU 40,8 %, DSU 6,3 %, DA 0,9 %). Der prognostizierte Wahlsieger SPD lag bei knapp 22 Prozent. Die SED/PDS folgte mit 16,4 Prozent, fast 1,9 Millionen Erwachsene hatten sich für die Kommunisten und Postkommunisten entschieden. Das liberale Bündnis brachte es auf 5,3 Prozent. Die Bürgerrechtsbewegung ging unter. Die Wahlen fielen eindeutig aus, weil 75 Prozent der Wähler für die von CDU/CSU, SPD und FDP unterstützten Parteien stimmten. Die britische Premierministerin Margret Thatcher gratulierte Kanzler Kohl zum Wahlsieg, was den Nagel auf den Kopf traf.

Auffällig am Wahlergebnis war ein deutliches Nord-Süd-, ein Stadt-Land-Gefälle und Unterschiede zwischen „Hand- und Kopfarbeitern“ im Wahlverhalten. Je kleiner die Städte und Gemeinden, desto höher der Anteil der Stimmen für die „Allianz“. In fast 100 von 237 Stadt- und Landkreisen, vor allem im Süden, erhielt die Allianz über 50 Prozent der Stimmen. In 13 Kreisen erhielt die SPD weniger als zehn Prozent, zwölf dieser Kreise lagen im sächsischen Bezirk Dresden. Mehr als 30 Prozent errang die SPD in 40 Stadt- und Landkreisen, darunter waren alle elf Ost-Berliner Stadtbezirke, 15 von 19 Potsdamer Kreisen und neun von zwölf in Frankfurter an der Oder, gelegen im alsbald wiedergegründeten Land Brandenburg. Hinzu kamen die Städte Magdeburg, Rostock und Wismar sowie die Kreise Templin, Prenzlau und Grevesmühlen. Die SED/PDS wurde in 35 Kreisen (Schwerpunkte der thüringische Bezirk Erfurt und der sächsische Bezirk Karl-Marx-Stadt) mit weniger als zehn Prozent Wähleranteilen abgestraft. Das beste Ergebnis mit 38,4 Prozent erhielt sie in Berlin-Hohenschönhausen, einem Konzentrationspunkt von Stasimitarbeitern und SED-Funktionären. In weiteren acht Kreisen votierten mindestens 30 Prozent für die SED, darunter neben Frankfurt-Oder-Stadt, Neubrandenburg-Stadt und Ueckermünde fünf Ost-Berliner Stadtbezirke. Die Listenverbindung „Bündnis 90“ (Neues Forum, Initiative Frieden und Menschenrechte, Demokratie Jetzt) erhielt nur in den elf Ost-Berliner Stadtbezirken sowie den Städten Leipzig und Dresden mehr als fünf Prozent Stimmenanteile. Die höchsten verbuchte sie im Prenzlauer Berg mit 8,5 Prozent.

Das eigentliche Erdbeben zeigten soziale Wahlanalysen. Die Stimmen für die „Allianz“ verteilten sich nach Männern und Frauen etwa gleich, bei den Altersgruppen votierten überdurchschnittlich viele aus den Gruppen der 40- bis 59-Jährigen für die „Allianz“, obwohl die Differenzen zu den Jüngeren wie den Älteren nicht sonderlich signifikant ausfielen. Doch die eigentliche Sensation bot die Wahlanalyse bezogen auf die soziale Zusammensetzung der Wähler_innen. Denn die Allianz „als Partei der Arbeiter“ war unerwartet, überraschend, sensationell. Mehr als jede_r zweite Wähler_in der „Allianz“ war ein_e Arbeiter_in. Aber ebenso wählte mehr als jede_r zweite Arbeiter_in die „Allianz“. Die Unterschiede zum alten Bundesgebiet waren dramatisch, vor allem was die SPD anbelangte. Bereits bei den ersten freien Wahlen 1990 zeigte sich also, dass der Osten anders tickt – ganz anders sogar.

Zunächst aber gehörte es vielleicht zur besonderen Ironie der Geschichte, dass der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“, die SED-Diktatur, den demokratisch legitimierten Todesstoß ausgerechnet von jenen erhielt, in deren Namen das Gesellschaftsexperiment jahrzehntelang gegen Widerstände, Widerwillen und mit vielen Opfern durchgepeitscht worden war. Die andere Seite dieser Geschichtsironie ist nicht komisch, sondern tragisch – jedenfalls millionenfach. Denn ausgerechnet jene Wählergruppe, die der CDU ganz entscheidend zu den Wahlsiegen verhalf, war im Transformationsprozess jene soziale Gruppe, die am meisten „verlor“: Keine Sozialgruppe, wie sich schnell zeigte, war so von Arbeitslosigkeit und „Strukturumbrüchen“ betroffen wie die der Arbeiter_innen.

Neue Erfahrungen

Der Wahlausgang am 18. März bedeutete eine politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Richtungsentscheidung. Dieser Prozess ist durch die Verträge, die zum 1. Juli 1990 die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einleiteten, forciert und durch den Einigungsvertrag befestigt worden. Die Revolution hatte ihr institutionelles Korsett gefunden.

Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer brachte Anfang August 1990 auf den Punkt, was sich seit 1. Juli 1990 in der DDR abspielte: Ihm käme es so vor, sagte Meyer, als würde versucht werden, während einer rasanten Autofahrt die Reifen zu wechseln.[2] 1989 wies die DDR 9,7 Millionen Beschäftigte auf, Ende 1993 waren es noch 6,2 Millionen. Der Anteil der Facharbeiter_innen bei den Arbeitslosen betrug etwa zwei Drittel, hinzu kamen noch rund 20 Prozent un- oder angelernte Arbeiter_innen. Über die Hälfte der Arbeitslosen waren weiblich, im Laufe des Jahres



Zuhörer_innen beim Vortrag

1991 begann der Anteil zwei Drittel zu erreichen, sodass doppelt so viele Frauen erwerbslos gemeldet waren wie Männer. Die Verlierer_innen waren Arbeiterinnen.

Hinzu kommt noch, dass die statistisch errechnete Arbeitslosenquote für den Zeitraum 1990 bis 1994 sozialhistorisch die reale Arbeitslosigkeit nur sehr unzureichend erfasst. Doch diese war entscheidend für ostdeutsche Wahrnehmungen des Einheitsprozesses. Einerseits setzte sie die Erwerbstätigen erheblich unter Stress, weil Arbeitslosigkeit als Gefahr über allen schwebte. Andererseits bedeuteten gerade Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Umschulungsmaßnahmen oder Kurzarbeit (meist bedeutete diese bis 1994, auf null gesetzt zu sein) in der ersten Hälfte der 1990er Jahre oft nichts anderes, als real arbeitslos zu sein oder zu werden. Die Maßnahmen brachten oft nichts und frustrierten nur noch mehr. Hunderttausende durchwanderten mehrere ABM oder Umschulungen, um nach Auslaufen der „Förderungen" endgültig und nunmehr offiziell arbeitslos zu werden. Kurzarbeit war meist nichts anderes als eine Chiffre für aktuelle „Beschäftigungslosigkeit" und künftige Arbeitslosigkeit.

Besondere Formen der Arbeitslosigkeit, die für den mentalen Prozess des Vereinigungsprozesses meist unterschätzt werden, finden gar keinen Eingang in die Statistiken: Die Vorruhestandsregelungen zum Beispiel haben ganze Jahrgänge der über 55-Jährigen aus dem Arbeitsprozess herausgelöst, sodass sie in den offiziellen Statistiken gar nicht als arbeitslos gelten. Hinzu kam, dass noch 1990 der Ausbildungsmarkt im Osten dramatisch einbrach und so ein Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen statistisch unberücksichtigt blieb. Mit anderen Worten: Die Arbeitslosenstatistiken spiegeln nur einen Teil jener Problemlage wider, die für die sozialpsychologische Betrachtung des Transformationsprozesses entscheidend ist.

Die Sozialstruktur Ostdeutschlands veränderte sich grundlegend: „Nach der Vereinigung hat sich das Wachstum des tertiären Sektors (Dienstleistungsbereich – ISK) zu Lasten des sekundären Sektors (Industrie und Handwerk – ISK) und des bereits stark geschrumpften primären Sektors (Landwirtschaft – ISK) fortgesetzt. Die erhebliche Tertiärisierungslücke der DDR – diese hinkte um rund 25 Jahre hinter der Bundesrepublik her – wurde quasi über Nacht beseitigt. Im Zuge der schmerzlichen Krise der ostdeutschen Industrie und Landwirtschaft wurde eine Entwicklung, die in Westdeutschland 25 Jahre gedauert hatte, innerhalb von drei Jahren nachgeholt."[3] 1989/90 zählten in Ostdeutschland etwa 50 Prozent aller Beschäftigten als „Arbeiter". Schnell waren es weniger als 25 Prozent.

Diese Entwicklung entspricht einem Trend in westlichen Industriegesellschaften. Der Transformationsprozess hat diese Entwicklung radikal befördert. Hier zeigte sich bereits ein Trend: In Ostdeutschland hatte sich der Wandel in einer radikalen Beschleunigung gezeigt, wie es bislang in der westlichen Welt untypisch war. Erst Jahre später sollte sich erweisen, dass das Tempo der Veränderungen in Ostdeutschland nicht etwas ganz Spezifisches gewesen war, sondern im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung allgemein typisch werden sollte. Die nachholende Modernisierung war so auch zu einem vorausgehenden Entwicklungstrend geworden, zumindest was die Geschwindigkeit anbelangte.

Kohls aus Anlass der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 in einer Fernsehansprache geäußerte Zuversicht, es würde niemandem schlechter gehen als zuvor und überall würden „blühende Landschaften" entstehen, entsprach exakt den Vorstellungen der allermeisten Menschen im Osten, die am 18. März 1990 ihre Wahlentscheidung trafen. Genug der Experimente, genug der Schaufenster, nun endlich wollte die übergroße Mehrheit selbst im Schaufenster leben.

Der Wahlausgang am 18. März 1990 war ein Hinweis, wie stark die ostdeutsche Gesellschaft bereit war, die Diktatur gegen neue Heilsversprechen einzutauschen. Ganz offenkundig hatte der Osten „die Schnauze voll" von Zukunft. Kaum jemand hatte Lust, erneut auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten. Die Zukunft sollte jetzt und heute beginnen. Freiheit und Demokratie bedeuteten für die meisten, „richtiges

Geld" zu besitzen. Im Prinzip war das eine Situation, in der Kohl als neuer Patriarch agieren musste – selbst wenn er es nicht gewollt hätte. Die Wahlversprechen und das Wahlverhalten würden heute als Populismus bezeichnet werden. Ja, beides war sehr populär.

In das Jahr 1989 gingen die meisten Ostdeutschen hoffnungslos, ohne Hoffnung, dass sich bald etwas ändern würde. Nur eine kleine Minderheit engagierte sich für Veränderungen. Eine größere Minderheit war so hoffnungslos, dass sie wegging, flüchtete und große Gefahren für das eigene Leben in Kauf nahm. Von diesem Staat war nichts zu erwarten, so der weitverbreitete Tenor. Am Ende des Jahres war die Überraschung, Freude bei allen, ob aktiv oder passiv, schier grenzenlos – die Hoffnungslosigkeit hatte sich in pures Glück verwandelt, für die absolut meisten Menschen ohne eigenes Zutun.

Die Gesellschaft ging dementsprechend in das Jahr 1990 und die folgende Wiedervereinigung – ganz anders als im Jahr 1989 – mit sehr, sehr hohen Erwartungen. Diese waren gespeist von einer traditionellen Staatsgläubigkeit. Der neue Staat versprach dann auch das Blaue vom Himmel herunter – die Hochglanzkataloge der Versandhäuser und das Westwerbefernsehen schienen nicht mehr nur Schaufensterversprechen zu sein, sondern alsbald Lebensrealität. Der bundesdeutsche Staat würde dafür sorgen.

Für Ostdeutsche änderte sich alles. Die kaum Grenzen kennenden Hoffnungen bargen einen sehr hohen Enttäuschungsfaktor bereits in sich, weil sich viele einer Täuschung hingaben: Der Staat würde es richten. Für viele Ostdeutsche wurde der Westen tatsächlich zum Glück, zum Erfolg, zum erträumten oder wenigstens erwarteten Leben in Freiheit und Wohlstand. Für viele andere trat das nicht ein. Sie wurden tief enttäuscht, nicht nur, weil sie überspannte Erwartungen gehegt hatten, sondern weil sie gar keine Chance bekamen, ein Leben jenseits staatlicher Alimentierungen zu entfalten. Ostdeutschland erscheint wie vor 1989 als eine stark fragmentierte, tief gespaltene, in sich zerrissene und zerstrittene Gesellschaft.

Der größte politische Irrtum in Deutschland und Europa liegt am Beispiel Ostdeutschlands offen: Die Annahme stimmt nicht, wer sozial befriedet und zufrieden sei, werde Demokratie, Freiheit und Rechtstaat, sprich die westlichen Werte, wie von selbst stützen. In dem Maße, in dem die Ostdeutschen sozial im Westen angekommen waren, fingen sie an, sich von ihm zu distanzieren. Zunächst nutzten dafür 30 bis 50 Prozent der Menschen ab Mitte der 2000er Jahre die PDS/Linke und andere Populisten, seit Mitte der 2010er Jahre die AfD und deren Umfeld.

Dieses Reaktionsmuster ist kein typisch ostdeutsches. Es lässt sich so oder ähnlich in vielen Regionen der Welt beobachten. Anerkennung und Missachtung gehen Hand

in Hand. Fehlt Anerkennung, wird das als Missachtung wahrgenommen. Anerkennung stellt eine Bedingung für Selbstanerkennung dar. Anerkennung stellt eine oft unterschätzte Vorbedingung für gelebte Freiheit dar. Überall auf der Welt sehen wir große Gesellschaftsgruppen, die sich nicht anerkannt fühlen, die sich als zurückgesetzt wahrnehmen, die sich als ausgegrenzt bezeichnen. Es geht nicht einmal um die Frage, ob es so ist oder nicht – und meistens stimmt es durchaus –, denn die Macht von Emotionen ist wirkungsvoller als jede Sozialstatistik. Emotionen verbinden, Statistiken sind kalt.

Ostdeutschland hat bis heute einen vergeblichen Kampf um Selbstanerkennung geführt. Die in der DDR existierende Spaltung der Gesellschaft schien 1989/90 kurzzeitig aufgehoben zu sein. Eine Illusion. Noch 1990 ist die alte politische Spaltung öffentlich geworden, die sich nun rasch durch neue Spaltungstendenzen aufgrund der gesellschaftspolitischen Entwicklungen erweiterte, verfestigte und zugleich von ihnen überlagert worden ist. Deswegen kann die heutige Situation in Ostdeutschland auch nicht allein mit den Jahren seit 1990 erklärt werden.

Die ostdeutschen Erfahrungsräume im 20. Jahrhundert parzellierten die Gesellschaft – je nachdem, wie man wo in den verschiedenen Staatssystemen stand. Der Transformationsprozess hat das verstärkt, weil die hinzugetretenen Führungskräfte aus dem Westen fast durchweg mit anderen Erfahrungen, Einstellungen, Vorstellungen und Herangehensweisen Takt und Richtung vorgaben. Eine „Durchmischung" von Ost und West fand nicht statt, „Westler" traten durchweg als Vorgesetzte in Erscheinung. Der Osten nahm sich als unterlegen, deklassiert und Befehlsempfänger wahr.

Ostdeutsche

Kennzeichen von Ostdeutschen war es, sich dafür rechtfertigen zu müssen, ostdeutsch zu sein. Dafür gab es zwei Strategien: die Herkunft zu leugnen oder unentwegt darüber zu reden. Beides machte die Sache nicht einfacher.

„Ostdeutsch" ist eine Zuschreibung, eine Herkunft, ein sozialer Ort, eine Erfahrung, für manche sogar „Heimat". Es stellt eine Abgrenzung dar, die ausgrenzt.

Viele sagen, die Unterscheidung in ostdeutsch und westdeutsch sei überflüssig. Im Prinzip stimmt das – nicht nur Kosmopoliten sehen das so. Verwurzeltere Menschen, die seit ihrer Geburt in dem Landkreis leben, in dem sie geboren worden sind, und das sind in Deutschland immerhin 50 Prozent aller Menschen (!), werden das überwiegend etwas anders sehen. Warum das so ist? Das hängt mit den Erfahrungsräumen zusammen. Und in die kommen der Sparkassendirektor aus Wanne-Eickel, der seit 1991 in Halle, der Historiker aus Gladbeck, der seit 1994 in Rostock,

der Bauunternehmer aus Bayreuth, der seit 1997 in Jena, die Verwaltungsdirektorin aus Vechta, die seit 1991 in Görlitz, oder die Journalistin aus Pforzheim, die seit 1998 in Frankfurt an der Oder Karriere machte, einfach nicht hinein – ob sie wollen oder nicht.

Insofern ist „ostdeutsch" keine Sache des Willens, auch nichts, was man ablegen könnte. Das hat bei den nach 1990 Geborenen nicht aufgehört. Und auch hier gilt wieder: Natürlich betrifft das nicht alle, aber laut Umfragen die meisten. Insofern ist das Beharren darauf, es sei doch längst nicht mehr wichtig, woher jemand komme, ein gutes Indiz dafür, woher die Person kommt, die es formuliert. Fast immer ist es kein Ostdeutscher.

Kein Abschied von der Bundesrepublik

Revolution und Wiedervereinigung konstituierten nicht nur „Ostdeutsche". Das Jahr 1990 erfand auch die Bundesrepublik neu, zumindest ihre Geschichte, denn der rheinische Kapitalist und der Hamburger Antikapitalist fanden sich auf einmal auf derselben Seite der Barrikade wieder, wenn es um ihre Erfahrungsräume und ihre Haltung zur „alten" Bundesrepublik ging. Ostdeutsche haben ganz nebenbei und absichtslos „die Westdeutschen" in den 1990er Jahren einander nähergebracht.

Die Wiedervereinigungsphrase war in den 1980er Jahren zu einer Lebenslüge der Bundesrepublik geworden. Die historischen Ereignisse trafen den Westen völlig unvorbereitet – in fast jeder Hinsicht. Der Gesellschaftstheoretiker Niklas Luhmann brachte es auf den Punkt: „Die Wiedervereinigung hat das Idyll, das die Bundesrepublik war, beendet."[4] Sein intellektueller Gegenspieler Jürgen Habermas sah das ganz ähnlich: „Es ist ja nicht so, als sei auch nur eines unserer systemspezifisch erzeugten Probleme durch den Sturz der Mauer gelöst."[5]

Als sich die Bundesrepublik und die DDR 1990 vereinten, war zwar viel vom neuen Deutschland die Rede. Tatsächlich hat kaum jemand zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen daran gedacht, dass es auch Zeit sei, die Bundesrepublik, wie sie bis dahin existierte, zu verabschieden. Dafür sah niemand einen Grund. Der Kommunismus verschwand, Deutschland wurde größer, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Kapitalismus hatten gesiegt. Was sollte noch passieren? Was sollte sich ändern? Man ändert doch nichts nach einem Sieg! So ungefähr dachte auch Joachim Löw nach dem WM-Triumph 2014 in Brasilien.

Westdeutsche Selbstbilder im Spiegel ostdeutscher Konstruktionen

Arnulf Baring, jahrzehntelang einer der wichtigsten öffentlichen Intellektuellen der Bundesrepublik, warnte 1991 in einem Bestseller vor der „Ver-Ostung" der Bundesrepublik, vor der „Verwahrlosung", der „Proletarisierung".[6] Im Osten kenne man keine „zielstrebige, harte und initiativreiche Arbeit. In der DDR blieb niemand, so der Politikwissenschaftler, der „energisch, zielstrebig, initiativreich war".[7] Damit nicht genug: „Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwergt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt." Baring sagt nicht nur, das Regime wollte „hirnlose Rädchen im Getriebe, […] willenlose Gehilfen" erziehen, er meint, es sei ihm restlos gelungen: „Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nützen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar."[8] Mit anderen Worten: Ausschuss!

Arnulf Baring war nicht irgendein Spinner oder Außenseiter; er sprach aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, er verkörperte sie geradezu.

Die Forderung: „Anpassung"

Die Reihe solcher Pauschalisierungen und Skandalisierungen ließe sich endlos fortsetzen. Sie bestätigen, wie viele einflussreiche Westdeutsche an einer Konstruktion namens „Ostdeutsche" werkelten. Der Subtext des „Einigungsprozesses" liegt in solchen Offenbarungen. Er lautete: Wir, die Westler, haben ein siegreiches, ein überlegenes System, und zwar in jeglicher Hinsicht. Nicht nur wirtschaftlich, politisch, kulturell, nein, auch die Menschen sind euch überlegen. Ihr könnt zwar nichts dafür, ihr seid gezwungen worden, so „verzwergt" (Baring) zu werden, nun müssen wir euch halt umerziehen. Das wurde natürlich nicht Umerziehung oder Re-Education genannt, Gott bewahre, natürlich nicht. Das Schlagwort der Stunde, des Tages, des Jahres, der Jahre seit 1990 lautete: „Anpassung". Es war ein nicht gerade vornehmes Synonym für das, was in den Jahren danach folgte, was den Ostdeutschen abverlangt wurde. Anpassung als erzwungener und erwünschter Vorgang war nichts anderes als das unausgesprochene Umerziehungsprogramm.

Anpassung hieß: Ihr müsst so werden, wie wir glauben, dass wir sind. Tatsächlich erwiesen Untersuchungen schon in der Umbruchzeit, dass die Wertehaltung der Ostdeutschen bezogen auf Liebe, Familie, Disziplin, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit sich nicht wesentlich von bundesdeutschen Erhebungen unterschied. Sie fiel sogar noch traditioneller aus und erinnerte an die 1950er Jahre.

Natürlich, der Osten hätte sich allein ohne den Westen und viele Westdeutsche im Osten nicht aus der Jauche ziehen können. Das ist keine Frage. Gerade der gesamte öffentliche Dienst auf allen Ebenen konnte nur mit der westdeutschen Erfahrung so schnell und reibungslos installiert werden. Es geht hier nicht um das Ob, sondern nur um das Wie.

Durch den Untergang des Kommunismus fühlte sich der Westen derart in seinem Sein und Wesen bestärkt, dass er glaubte, seine Mission bestehe nun folgerichtig darin, den Rest – oder wenigstens Ostdeutschland und Osteuropa – nach seinem Ebenbild zu formen. Viele Westdeutsche, die nun in den Osten zur Arbeit kamen, reden noch heute darüber, wie koloniale Abenteuerschriftsteller in vergangenen Zeiten über für sie neue Gesellschaften schrieben: neugierig, herablassend, patriarchalisch und vor allem immer wieder aufs Neue verwundert darüber, dass „dort" alles anders sei als „hier". Passend dazu nannten die Beamten und Angestellten, die ab 1990 im Osten arbeiteten, ihren finanziellen Gehaltszugewinn „Buschzulage". Überhaupt wurde fast alles, was im Osten geschah, als „anders" markiert. Und nie wurde so getan, als ob das „andere" gleichberechtigt sei.

Die wirtschaftliche Übernahme Ostdeutschlands

In allen schriftlichen Überlieferungen der Menschheitsgeschichte können wir erfahren, dass unsere weisen Vorfahren nichts gegen Veränderungen hatten, aber immer mahnten, diese dürften nicht maßlos erfolgen, sollten die Menschen nicht überfordern. Reformen müssten, so der athenische Politiker Solon im 7./6. Jh. v. Chr., von ihrem Ende, ihren Auswirkungen her gedacht werden. Das Neue müsse sich daran orientieren, was die Gesellschaft er- und vertragen könne.

Solche Überlegungen finden sich immer wieder, ob in der Verantwortungsethik von Max Weber oder den Grundüberlegungen des Ordoliberalismus, die der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard zugrunde lagen. Gesellschaftliche Interessen müssten abgewogen und ausgeglichen werden. Eine Balance-Politik vermeidet zu viel und zu wenig Veränderung, sondern sucht die Mitte. Solche Erwägungen spielten nach 1990 für Ostdeutschland keine Rolle. Das Modell war denkbar einfach: Die ostdeutsche Wirtschaft wird einer radikalen Umgestaltung unterzogen und für die Marktwirtschaft fit gemacht. Die Späne, die dabei entstehen, würde der Sozialstaat auffangen und abfedern.

Die Wirtschaft der DDR wurde der radikalsten Schocktherapie im postkommunistischen Europa unterzogen. Der wirtschaftliche Absturz war immens. Im Oktober 1990 hatte sich die industrielle Erzeugung in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Seit 1. Juli 1990 gingen Tag für Tag 10.000 Arbeitsplätze verloren. Im Osten brach alles zusammen, der Westen erlebte einen Konjunkturaufschwung – für die Mentalität der Einigung und den Stopp der Ost-West-Wanderung schlechte Bedingungen.

Die ostdeutschen Banken und Sparkassen sind durchweg weit unter ihrem Wert an westdeutsche Finanziers (z. B. Deutsche Bank, Dresdner Bank) verkauft worden.



Prof. Dr. Rainer Eckert (l.), der Ilko-Sascha Kowalczuks Vortrag hielt, und Matthias Eisel

Insgesamt gaben westdeutsche Banken 412 Millionen Euro für den Kauf von DDR-Banken aus und erwarben damit Altschuldenforderungen in Höhe von 22,25 Milliarden Euro. Das war eines der einträglichsten Geschäfte, denn die Banken kauften nicht nur die Strukturen (Gebäude, Grund und Boden, Kundenunterlagen) weit unter Wert, sie erhielten ebenso die Schulden und Kreditforderungen. Die Gewinne häuften sich hier zu vielen, vielen Milliarden.

So wie CDU und Banken sich bestehende Strukturen im Osten mehr oder weniger zum politischen oder finanziellen Spottpreis aneigneten, so verfuhren auch die großen Versicherungen (z. B. Allianz): Sie kauften das ostdeutsche Versicherungswesen spottbillig auf und strichen Unternehmensgewinne in neuen Dimensionen ein. Ebenso ist mit den Stromnetzen verfahren worden, die an bundesdeutsche Konzerne (z. B. PreussenElektra, RWE, Bayernwerk) verramscht wurden, oder mit den Tageszeitungen der DDR.

Ungeschrieben ist dabei bislang das Kapitel der vereinigungsbedingten Kriminalität, ein Begriff, den von 1991 bis 2000 eine polizeiliche Behörde praktisch im Namen trug: Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV). Die historische Forschung hat hier ein noch weitgehend unbeackertes Feld vor sich liegen.

Die Schere zwischen Ost und West blieb all die Jahre bestehen. Der Aufholprozess stagnierte, der Osten blieb seit Mitte der 1990er Jahre etwa bei einer Wirtschaftsleistung von zwei Dritteln des Westens stehen. Seit einigen Jahren wird wieder ein leichter Rückgang der Leistung verbucht. Die verantwortlichen Regierungen verwiesen mit Recht auf die unglaublichen Mittel, die zur Verfügung gestellt wurden, auf die hohen Transferleistungen, auf ein schmuck anzuschauendes Ostdeutschland zwischen Ostseeküste und Erzgebirge.
Ihrem wichtigsten Argument, dass die Lebensverhältnisse „gleichwertig" seien, kann man bei einem Blick in entsprechende Statistiken kaum widersprechen. Allerdings bedurfte es dafür einer Grundgesetzänderung. Bis 1994 war in Artikel 72 GG von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" die Rede, erst seither ist von „Gleichwertigkeit" zu lesen. Dass aber Ostdeutschland in fast 30 Jahren Deutscher Einheit sich der westdeutschen Wirtschaftsleistung nur um 22 Prozent angenähert hat und konsequent bei zwei Dritteln verharrt, geht in diesen Rechnungen unter.
Die Ursachen dafür sind komplex. Den hohen Sozialtransferleistungen standen rücksichtslose Privatisierungen und ein weitgehender Verzicht auf Subventionen und staatliche Eingriffe gegenüber. Der globale Druck machte Ostdeutschland mit seinen hohen Lohnkosten für internationale Investoren unattraktiv. Die westdeutsche Wirtschaft sah in Ostdeutschland nur einen Absatzmarkt. Die Effekte durch die boomende Bauwirtschaft waren nicht nachhaltig. Nichts verdeutlicht den ungeheuren Zugewinn an Lebensqualität mehr als die modernisierten und restaurierten Städte, die rekultivierten Landstriche und die hochmoderne Infrastruktur Ostdeutschlands.
Umso pessimistischer stimmt die Wirtschaftslage. Der Hauptgrund dafür dürfte anderswo liegen: Ostdeutschlands Wirtschaftsstruktur hat nicht den erhofften Schub durch einen neuen Mittelstand erfahren. Und die ostdeutsche Wirtschaft agiert überwiegend als „verlängerte Werkbank". Keine relevante Unternehmenszentrale, keine Stammbetriebe in größerer Anzahl und kaum industrieeigene Forschungs- und Entwicklungszentren stehen in Ostdeutschland. Von den 500 wichtigsten deutschen Unternehmen stehen nur sieben in Ostdeutschland.

Der Zusammenbruch der Arbeitsgesellschaft

Die Deutsche Einheit wird häufig als technokratischer Prozess geschildert, der vor allem Geld verschlungen habe. Die gesamten „Transferleistungen" seit 1991 werden mal mit einer, mal mit anderthalb, mal mit zwei Billionen Euro angegeben. Das ist eine so unfassbar hohe Summe, dass es fast schon egal anmutet, wie hoch sie nun wirklich ausfiel.

Die DDR war eine Arbeitsgesellschaft. Die ostdeutsche Arbeitsgesellschaft war als eine Rundumversorgung organisiert, von der Wiege bis zur Bahre. Der komplette Zusammenbruch der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft von einem Tag auf den anderen konnte gar keine anderen als verheerende Folgen zeitigen. In dieser Perspektive ist nicht mehr die Friedlichkeit der Revolution 1989/90 das Wunder, sondern die Friedlichkeit des ostdeutschen Transformationsprozesses 1990 bis 2005. Die Menschen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch soziale Beziehungen und sozialen Zusammenhalt, der größtenteils über die Arbeit gestiftet und gefestigt worden war. Es gab fast nichts, was nicht mit der Arbeit im engsten Zusammenhang stand: Einkommen, Freizeit, Urlaub, Gesundheitsvorsorge, Krankenbetreuung, Kultur, Rentnerbetreuung, Freundschaftsbeziehungen, Liebe und Sexualität, Feierkultur, Kinderbetreuung. Der Wertehorizont ist hier wesentlich geprägt worden.
Diese Welt war den Westdeutschen, als sie ab 1990 den Ostdeutschen halfen, im Westen anzukommen, nicht nur vollkommen fremd, sie haben sie überwiegend gar nicht wahrgenommen, konnten sie auch nicht wahrnehmen, weil sie institutionell zerstört war, bevor sie sie hätten erleben können. Es geht dabei gar nicht darum, diese Verhältnisse zu idealisieren – ich habe sie gehasst und mich ihnen schon als Jugendlicher, soweit es im System ging, frühzeitig entzogen. Aber man muss sie zur Kenntnis nehmen, um zu verstehen, was Millionen verloren.
Denn der Gewinn an Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stellt sich für die einen, wie für mich, als uneingeschränkt positiv dar, verbunden mit keinerlei Verlusten, nur mit Gewinnen. So sah und sieht das nur eine Minderheit. Für die übergroße Mehrheit bedeuteten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nur einen Zugewinn, dem Verluste gegenüberstanden. Damit meine ich nicht die Gruppe der 200.000, 300.000 oder wegen mir 500.000 – so viele waren es wohl nie – überzeugten SED-Kommunisten. Sie sind sozialstatistisch vernachlässigbar.
Gemeint sind jene in der DDR lebenden Menschen, die ganz und gar überwiegende Mehrheit, die sich missmutig eingerichtet hatte, loyal, durchaus widerspruchsbereit, nörgelnd, opportunistisch, ihr Menschenrecht auf Anpassung wahrnehmend, die über Jahre und Jahrzehnte im System sozialisiert wurden, die angenehmen Seiten mitnehmend, die nervigen hinnehmend. 1989/90 konnten sie letztere abstreifen, ohne dass sie selbst aktiv werden mussten.
Ab 1990 gingen auch die angenehmen Seiten verloren. Das Kollektiv löste sich auf, die Einzelnen versuchten sich gesellschaftlich neu zu erfinden, was schwierig war, da es keine Orientierungs- und Haltepunkte gab. Nicht einmal der Weg zum Arzt war der gleiche. Zuvor musste erst einmal unter gefühlt 500 Versicherungen die richtige ausgewählt werden und niemand half einem. Alles flog einem um die Ohren. In ei-

ner solchen Situation schauen sich Menschen um und fragen sich: Und wie war es eigentlich früher? Siehe da, viele fanden nun, früher war es einfacher, übersichtlicher, kuschliger.

Das Unverständnis für Ostdeutschland

Es kam nun aber hinzu, dass viele Westler oder Ostdeutsche wie ich dieser Rückbesinnung verständnislos und ablehnend gegenüberstanden. Ignorant und arrogant wurde nämlich missachtet, dass die Ostdeutschen mit dem Untergang der DDR-Arbeitsgesellschaft auch einen Großteil ihrer Lebenszusammenhänge und -organisationsformen, sprich ihrer Lebenskultur und -qualität verloren hatten. Die Lebensqualität messen Wissenschaftler_innen, Politiker_innen und Journalist_innen fast durchweg an Kennziffern: Wie sind die Haushalte technisch ausgestattet? In welchem Verhältnis stehen Einkommen und Ausgaben? Kommt es zur Kapitalbildung, und wenn ja, wie? Wohin reisen die Menschen?

Solche Fragen sind wichtig, weil sie den meisten Menschen wichtig sind. Und solche Kennziffern können gut zeigen, wie viele nicht teilhaben können. Der Osten holte im Konsum wahnsinnig schnell auf – 1992 sah es in ostdeutschen Wohnzimmern im Prinzip so aus wie in westdeutschen, vielleicht nur einen Tick moderner, weil gerade erst alles angeschafft worden war. Das Problem: Wenn man erst einmal alles hat, was man glaubt zu benötigen, ist man auch nicht glücklicher, weil man den vorherigen Zustand schneller vergisst, als die neuen Geräte kaputt gehen oder veraltet sind – und dies geht bekanntlich ziemlich schnell.

Mobilität als Problem

Die Mobilität, die seit 1990 den Ostdeutschen abverlangt wurde, stellte einen radikalen soziokulturellen Bruch mit der bisherigen, in jeder Hinsicht immobilen Entwicklung dar. Das unglaublich hohe Tempo der Monate 1989/90 ist nahtlos von einer ebenso hohen Veränderungs- und Transformationsgeschwindigkeit abgelöst worden. Dabei gab es eine Kontinuität, die Ostdeutschland ganz entscheidend prägte: der Weggang.

Nach 1990 gingen Ostdeutschland hunderttausende, vorwiegend junge Leute verloren. Von ihnen profitierten andere Regionen Deutschlands. Dass sie Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht fehlen, scheint unbestritten. Von 1949 bis zum 30. Juni 1990 sind über fünf Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland gegangen. Das entspricht der Einwohnergröße von Norwegen, Irland oder Finnland.

Mit der staatlichen Einheit war die innerdeutsche Migration nicht beendet, bis 1997 kamen rund 1,5 Millionen weitere hinzu. Trotz Zuwanderungen aus der alten



Zuhörer_innen beim Vortrag

Bundesrepublik wies Ostdeutschland (ohne Berlin) 2017 insgesamt rund zwei Millionen weniger Einwohner_innen auf als noch 1991.

Zwei demographische Faktoren verstärken die pessimistischen Zukunftsaussichten speziell für Ostdeutschland: Die Landflucht nimmt immer mehr zu – ein typischer Trend für westliche Gesellschaften, der in Ostdeutschland besonders dramatische Ausmaße angenommen hat. Eine chronische Unterversorgung in der medizinischen Betreuung ist nur eine von vielen negativen Begleiterscheinungen.

Und die Gesellschaft ist einem fortwährenden Alterungsprozess ausgesetzt – in Europa ist nur die (sehr spezielle) Bevölkerung Monacos älter als die in Deutschland. Die Alterspyramide der Gesellschaft setzt den Sozialstaat gehörig unter Druck. Deutschland und weite Teile Europas sind davon betroffen – und Ostdeutschland wiederum aufgrund der massenhaften Abwanderungen nach 1990 ganz besonders. Abgehängte Gebiete mit einer stark überalterten Bevölkerung zählen in allen ostdeutschen Bundesländern zum Normalfall gesellschaftlicher Realitäten. Auch dies ist keine ostdeutsche Besonderheit, sondern Normalität in der westlichen Moderne. In Ostdeutschland ist aber die Radikalität der Entwicklung, das enorme Tempo, in dem das geschah, spezifisch. Die Leere stellte sich auch hier fast über Nacht ein.

Schluss

Ostdeutsche tragen einen schweren Rucksack der Geschichte mit sich herum, der prall gefüllt ist. Anders als die Westdeutschen kannten sie bis 1990 keine kollektiven demokratischen und freiheitlichen Erfahrungen. Nur bedeutet Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie noch lange nicht, auch zu wissen, wie es eigentlich geht, wie beschwerlich Freiheit und Demokratie tatsächlich sind, weitaus beschwerlicher und anstrengender als irgendeine andere gesellschaftliche Form des Zusammenlebens. Wenn man das nicht erlernt hat, wird es schwierig, den Staat, der die Lebensform garantiert, zu akzeptieren. Man muss sie auch erlernen wollen.

Einen Demokratisierungsprozess im Osten Deutschlands hatte es bis 1990 nicht gegeben. Das Fatale daran war noch, dass die Kommunist_innen bis zum Untergang 1989/90 permanent Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Rechtssicherheit, Parteien, soziale Sicherheit benutzt hatten, um ihr System zu erklären, zu verteidigen, zu legitimieren. Niemand konnte sich der ideologischen Dauerbeschallung entziehen. Niemand! Eine Diktatur basiert, anders als eine Demokratie, nicht auf Vertrauen; sie benötigt sie nicht einmal. Demokratie benötigt Vertrauen. Wenn man das nicht erlernt hat, ist es schwierig, Demokratie zu akzeptieren, zu denken und zu leben.

Traditionen und Diskurse haben die eigentümliche Eigenschaft, dass sie wirken und mächtig sind, ohne dass wir sie kennen, ohne dass wir sie erkennen, ohne dass wir von ihnen erfahren müssen. Drei solcher tradierten Diskursstränge erscheinen in Ostdeutschland besonders durchzuschlagen: illiberales Denken, Nationalismus und Rassismus. Alle drei hängen eng zusammen. Sie äußern sich im Ruf nach einem starken Staat und der Sehnsucht nach einer „homogenen Gesellschaft", in der Ausgrenzung von Lebensformen, die von angeblich der eigenen Tradition entsprechenden abweichen. Die Zukunftsvision bezieht sich auf eine homogene, intakte, warme und solidarische, nicht den Verwerfungen der Gegenwart ausgesetzte Gesellschaft, die in allen Ländern, so die „Vision", schon einmal in der jüngeren Vergangenheit existiert habe. Der Ruf nach vorn wird ganz bewusst als ein Schritt (oder mehrere) zurück dargestellt.

Gegenwärtig scheint es so, als kulminiere Ostdeutschlands Weg im autoritären Populismus. Wie immer in der Geschichte gibt es genügend Anlässe für Hoffnung. Denn auch in Ostdeutschland ist noch keine Mehrheit fest entschlossen, zu den Populisten überzulaufen. Noch hält die Mehrheit an Demokratie und Freiheit fest. Dennoch ist ein weiterer Rechtsruck in der ostdeutschen Gesellschaft wahrscheinlich.

Das größte Problem gegenwärtig besteht darin, dass Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht, so wie die Politik agierte und die Gesellschaft reagierte, Entwicklungen in

Westdeutschland, aber auch in anderen Teilen Europas immer nur wenige Schritte voraus war. Ostdeutschland erscheint vor allem in seiner politischen Entwicklung als Modell der Moderne und Labor der Globalisierung, die Demokrat_innen ernst nehmen sollten. Sie müssen daraus lernen, um zu verhindern, dass weitaus mehr ins Schlingern gerät als „nur" Ostdeutschland.

Den Vortrag von Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk hielt und kommentierte Prof. Dr. Rainer Eckert. Diese Version und die anschließende, von ihm geführte Diskussion mit dem Publikum finden Sie im Mitschnitt des Bautzen-Forums unter https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/live-stream.

1) Der Vortrag basiert auf: Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 3., überarbeitete, korrigierte und erweiterte Neuausgabe. München 2015; ders.: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. 6. Aufl. München 2019.

2) Zit. in: Ulrike Füssel: Ein Reifenwechsel in voller Fahrt. Die Lage in den DDR-Betrieben ist schlimmer als befürchtet, in: Frankfurter Rundschau vom 8. August 1990.

3) Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Bonn 2010, S. 16.

4) Niklas Luhmann: Immer noch Bundesrepublik? Das Erbe und die Zukunft. In: Otthein Rammstedt, Gert Schmidt (Hg.): BRD ade! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern. Frankfurt am M. 1992, S. 99.

5) Jürgen Habermas: Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute? In: Ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII. Frankfurt am M. 1990, S. 197.

6) Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin 1991, S. 50–51.

7) Ebenda, S. 55.

8) Ebenda, S. 59.



Dr. Helge Heidemeyer, Iris Gleicke, Michael Naumann, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Dr. Peter Wurschi (v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Dr. Helge Heidemeyer, Iris Gleicke, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Dr. Peter Wurschi,

Moderation: **Michael Naumann**

Wie umgehen mit dem Erbe der SED-Diktatur?

Michael Naumann: Wenn man das Thema „Wie umgehen mit dem Erbe der SED-Diktatur" bekommt, dann ist das eine ziemlich wuchtige Überschrift. Wenn man über ein Erbe spricht, vor allem 30 Jahre nach dem Todesfall, dann ist das Erbe meist schon verteilt. Worüber redet man also überhaupt? So eine Bestandsaufnahme muss man differenziert betrachten. Frau Gleicke, kann man das Erbe überhaupt auf die SED-Diktatur begrenzen? Im normalen Leben hat man ein monetäres, ein ideelles, ein künstlerisches Erbe, in dem Fall vielleicht auch ein städtebauliches. Was macht

für Sie dieses Erbe im Titel unserer Veranstaltung aus?
Iris Gleicke: Wir diskutieren ja über „30 Jahre Deutsche Einheit". Für mich besteht das Erbe aus heutiger Sicht in der Übernahme von Verantwortung. Ich stehe ja nicht in der Nachfolge der SED und würde das auch weit von mir weisen. Am Anfang war es natürlich am wichtigsten, dass wir uns der Aufarbeitung und Rehabilitation der Opfer zuwandten. Dazu gab es ja auch zwei Enquetekommissionen, in der zweiten war ich selber Mitglied.
Aber man muss mit Blick auf 30 Jahre Einheit feststellen, dass die Entwicklung natürlich weiterging. Auch die Nachwendezeit bedarf der Aufarbeitung. Der Transformationsprozess kommt als soziologischer, als theoretischer Begriff daher, aber es geht um die konkreten Biografien der Ostdeutschen. Der Vereinigungsprozess hat die Menschen in Ostdeutschland geprägt und muss auch aufgearbeitet werden. Ich bin zur Ostdeutschen gemacht worden, nachdem die DDR bereits untergegangen war. Erst danach habe ich mich aufgrund der Probleme in Ostdeutschland als Ostdeutsche begriffen. Das ist auch heute noch so.
Man muss das differenziert sehen: Das eine ist das Erbe der Diktatur. Deshalb finde ich es auch sehr gut, dass die Intellektuellen aus Ostdeutschland einen Aufruf zu Belarus gemacht haben. Auf der anderen Seite bestehe ich darauf, dass meine Vergangenheit nicht nur in der Diktatur verankert ist.
Mein Erbe ist auch der Alltag in der DDR. Mein erster Kuss in Schleusingen hat wahrscheinlich nicht schlechter geschmeckt als einer in Stuttgart. Das klingt vielleicht etwas flapsig. Aber für mich ist der Umgang mit dem Erbe der DDR oder auch der vergangenen 30 Jahre sehr viel mehr. Deshalb schlage ich dieses Erbe nicht aus, sondern nehme es an. In Verantwortung.
Michael Naumann: Wir sind ja alle dazu verpflichtet, es anzunehmen. Herr Wurschi, Sie haben mir im Vorfeld diese Frage schon ganz offensiv gestellt: Von welchem Erbe reden wir eigentlich? Haben Sie eine Antwort für sich gefunden?
Dr. Peter Wurschi: Ich denke immer noch darüber nach und glaube, es ist ein sehr vielschichtiges Erbe, das wurde auch gerade angesprochen. Das kann man einerseits politikwissenschaftlich, historisch analysieren, aber es betrifft natürlich auch Menschen und Biografien. Deshalb ist die Anerkennung dessen, was war, erst einmal wichtig. Und zu dem, was man anerkennen muss, gehört die Ehrlichkeit, sich mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen, auch mit dem, was seit 1989 passiert ist.
Ich glaube, das Erbe der SED-Diktatur fängt nicht 1989 an, sondern zieht sich über diese Zäsur hinweg. Wir sind mittendrin in dieser Bewältigung, der Auseinandersetzung mit dem Erbe. Rein monetär gesehen ist das Erbe der SED ja immer noch nicht da beziehungsweise irgendwo in Österreich oder der Schweiz auf Banken ge-

parkt. Gelegentlich gibt es dann eine Rücküberweisung dieses monetären Erbes, was dann als sogenannte PMO-Mittel für den Wiederaufbau der fünf neuen Bundesländer eingesetzt wird. Aber da ist lange noch nicht alles wiederaufgetaucht. Das könnte auch im Sinne der Betroffenen der SED-Diktatur eingesetzt werden. Ich glaube, es gibt viele Ideen und Möglichkeiten, wie man mit dem Erbe im Hier und Jetzt produktiv umgehen kann.

Das andere ist das wirtschaftliche Erbe, es wurde angesprochen: die Überschuldung der DDR, die darniederliegende Industrie Ende der 1980er Jahre, die mit der Treuhand dann nochmal eine andere Perspektive bekommt. Und es ist natürlich ein gesellschaftliches Erbe. Dazu gehört der „erste Kuss", aber auch Fragen von Biografien derer, die sich in der DDR nonkonform verhalten haben. Es ist eine Frage der Generationen, in welchen Jahrzehnten man in der DDR aufgewachsen ist.

Denn es ist ein großer Unterschied, ob man 1950 geboren wurde und 40 Jahre seines Lebens in der DDR verbracht hat oder als später Geborene_r eben nur zwölf oder 15 Jahre. Trotzdem trägt ein jeder ein Stück DDR mit sich herum. Ich glaube, so differenziert der Blick für einen selber darauf ist, so differenziert müssen wir uns mit diesem vielfältigen Erbe auseinandersetzen. Es gehört auf jeden Fall Anerkennung des Gewesenen dazu.

Michael Naumann: Herr Lindenberger, was macht dieses Erbe für Sie persönlich aus?

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Für mich persönlich als in West-Berlin Aufgewachsenen – ich könnte jetzt mit Herrn Ahrens Debatten darüber führen, ob es damals dort wirklich so war, wie er es heute Morgen geschildert hat – war es ein Teil meiner Karriere als junger Historiker. Denn seit 1992 arbeite ich über die DDR und den Kommunismus, überwiegend mit ostdeutschen Kolleg_innen. Das ist sehr spannend und war beruflich gesehen für mich eine Chance. So, wie es geschildert wurde, gab es auch Chancen, zum Beispiel für bestimmte junge Professionen, Historiker_innen etwa, die sich in so ein Thema hineinstürzen wollten.

Erbe der SED-Diktatur, das ist für mich ein etwas zu enger Begriff. Es gab die SED-Diktatur und es gab die DDR als eine sehr vielschichtige und komplexe Gesellschaft. Die Leute in der DDR, die diese Gesellschaft ausmachten, kann man nicht so einfach mit der SED-Diktatur verwechseln, man darf sie nicht in eins setzen.

In Ilko-Sascha Kowalczuks Vortrag wurde bereits darauf hingewiesen, dass man damit die SED-Diktatur aber auch nicht als Faktor kleinreden darf, immerhin hatten ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung mit diesem Staat noch etwas im Sinn. Da gab es eine kleine Gruppe, die fanatisch überzeugt und totalitär mit Gedanken angefüllt war bis zum bitteren Ende. Es gab eine große skeptische Gruppe, die dann den



Prof. Dr. Thomas Lindenberger

Ausgang aus dieser Diktatur mitging. Und dann gibt es noch unverbesserliche Nostalgiker_innen. Sich das klarzumachen ist bei dieser Erbefrage ganz wichtig.

Beim Erbe der SED-Diktatur im engen Sinne geht es natürlich um die Frage des Umgangs mit dem Unrecht, mit den Gruppen, die unter den diktatorischen Maßnahmen am meisten gelitten haben, wo auch die ganzen Komplexe der „Unrechtsbereinigung" aufgeboten wurden, um dieses Unrecht abzuarbeiten. Sehr spannend finde ich, dass diese Geschichte heute noch nicht zu Ende ist.

Damals konzentrierte man sich auf die politischen Gefangenen, auf die durch das Grenzregime zu Tode oder zu Schaden Gekommenen. Mittlerweile haben wir weitere Opfergruppen identifiziert, die uns damals gar nicht in den Sinn kamen. Ich erinnere an die Kinderheime, an den Umgang mit Jugendlichen und Kindern – ich habe mal eine Vorstudie über Zwangsadoptionen in der DDR mit geleitet –, das sind alles Dinge, die erst zehn, 20, 30 Jahre später bewusst wurden. Auch das ist immer noch Erbe der SED-Diktatur. Da gab es Zustände in geschlossenen Anstalten und Kinderheimen, die ganz normale Praxis, aber menschenrechtswidrig waren. Die gehören aufgearbeitet. Da sind wir noch gar nicht am Ende.

Die andere Frage ist das Erbe der DDR als Gesellschaft. Das ist mit der SED insofern verbunden, als die SED dieser Gesellschaft ganz gehörigen Schaden zugefügt

hat. Die Gesellschaft der DDR 1990 war in sich zerklüftet, war von inneren Widersprüchen zerrissen. Ein relevanter Teil der Bevölkerung wollte weg. Das sagt nichts Gutes über den Zusammenhalt einer Gesellschaft aus, wenn so viele junge Menschen die erste Gelegenheit nutzen, in den Westen zu gehen, und auch nicht mehr zurückkommen. Das ist auch ein Teil des Erbes dieser Diktatur.
Die SED hat sehr viele Wunden geschlagen, sehr viele Differenzen aufgetan. Man spricht seit etwa fünf Jahren von dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der uns abhanden gekommen sei. Doch der war damals schon weg, ganz prekär. Und nur die Freude über die Vereinigung hat diesen Zusammenhalt nicht einfach wiederhergestellt, sondern mit diesen Fragen müssen wir uns heute noch beschäftigen.
Michael Naumann: Herr Heidemeyer, Sie haben auch ganz persönlich beruflich ein Erbe angetreten: Vor einem Jahr übernahmen Sie die Leitung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, um die es ja zuvor einige Schlagzeilen gab. Wie würden Sie unsere heutige Frage nach dem SED-Erbe beantworten, und welche Lehren ziehen Sie heute schon für Ihre Arbeit?
Dr. Helge Heidemeyer: Zunächst ist das Thema DDR keins, das mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen auf mich gekommen wäre. Ich habe ganz weit weg von der DDR, im tiefsten Bayern, studiert, aber dann in den 1980ern begonnen, mich mit der DDR zu beschäftigen, genauer gesagt mit dem Problem der Flüchtlinge, was dann während meiner Dissertation mit den Ereignissen 1988/89 überwältigend wurde. An dem Thema blieb ich hängen. Ich bin nicht in der Wissenschaft geblieben, sondern dann in den Gedenkstättenbereich gegangen und wirklich dankbar, dass ich das so erleben durfte.
Man müsste fragen, ob es tatsächlich so etwas wie ein kollektives Erbe gibt im Sinne der kollektiven Erinnerung. Dabei würde ich von der Gedenkstätte her argumentieren und drei Facetten als besonders wichtig herausstellen: Wie können wir in einer Gedenkstätte das Erbe der DDR vermitteln? Das hat natürlich immer ein ganz starkes Spezifikum, weil man an einem authentischen Ort ist. Da ist es wirklich wichtig zu fragen, wie wir diese Themen heute noch an eine Generation vermitteln können, die keine eigene Erinnerung mehr an die DDR hat. Vielleicht noch in den Familiengeschichten, aber auch das wird dünner, denn die Schüler_innen, die heute kommen, sind Kinder von Eltern, die die DDR kaum noch erlebt haben, wenn sie denn überhaupt aus dem Osten kommen.
Rainer Eckert sagte heute Vormittag, dass es bei der Ausbildung von Schüler_innen und Studierenden heute immer noch schwierig sei, das Thema DDR unterzubringen oder wiederzufinden. Ich habe einen Lehrauftrag an der Humboldt-Universität zu Berlin, da gibt es nur ganz wenige Seminare, die sich überhaupt mit dem Thema



Dr. Helge Heidemeyer

DDR beschäftigen. Das kann man nicht so festlegen, das ist wissenschaftsimmanent, aber es ist ein Punkt, der mir auffällt und dem ich versuche ein bisschen entgegenzusteuern.
Das Zweite ist der Umgang mit Zeitzeug_innen. Wir haben von Opfern gesprochen. Unsere Zeitzeug_innen, die in Hohenschönhausen arbeiten, sind Opfer. Man muss darüber diskutieren, was sinnvoll ist, wie man sie so einbinden kann, dass niemand zu kurz kommt, weder die Besucher_innen noch die Zeitzeug_innen, die einen wirklich guten Platz in der Arbeit unserer Gedenkstätte haben müssen.
Das Dritte ist etwas ganz Profanes: Wie sichern wir ein Objekt wie diese Haftanstalt?
Aber zu Ihrer Frage, welche Lehren wir daraus ziehen. Wir haben natürlich eine große Erfahrung, aber daraus kann man im Gedenkstättenbereich positive und negative Lehren ziehen. Es ist wichtig, dass man manches noch einmal überdenkt, das sich eingeschliffen hat. Sind die Formate richtig? Ist es vernünftig, wie wir arbeiten?
Michael Naumann: Frau Gleicke, Sie haben jetzt mehrfach genickt, vor allem bei den neuen Opfergruppen. Wenn wir jetzt im Jahr 2020 noch neue Opfergruppen entdecken, haben wir in der Aufarbeitung da nicht etwas verschlafen?

Iris Gleicke: Verschlafen nicht, aber es liegt in der Natur der Sache, dass wir uns mit Blick auf die Opfer am Anfang auf die großen Gefängnisse wie Bautzen oder auch Hohenschönhausen konzentriert haben. In den Enquetekommissionen ging es zunächst um die authentischen Orte, wo staatliches Unrecht geschehen war. Bei anderen Diskussionen musste eine gewisse Zeit vergehen, bis Menschen über das Erlebte sprechen konnten.

Wir werden ja morgen Frau Neumann-Becker erleben, die das Thema Frauen in den Fokus genommen hat, jenseits von Gerichtsurteilen, bei denen wir die Akten kennen. Es hat mich erschüttert, als sie mir als Ostbeauftragter vor einigen Jahren von den Frauen in den geschlossenen Venerologischen Stationen erzählte. Das wusste ich einfach gar nicht, denn darüber gibt es keine Gerichtsurteile, keine Stasiakten. Da hat einfach irgendein Transportpolizist ein Mädchen, zum Beispiel im kurzen Rock, auf diese Station geschafft, wo es dann weggesperrt wurde und grauenvolle Untersuchungen über sich ergehen lassen musste, ohne irgendwie krank zu sein.

Auch im Themenkreis juristische Aufarbeitung und Rehabilitationsgesetze stießen wir in der zweiten Enquetekommission immer wieder an Grenzen bei der Frage, wie ein solches Unrecht überhaupt wiedergutgemacht werden könnte. Mal ganz zu schweigen von den Möglichkeiten materieller Wiedergutmachung. Ich glaube, dass es auch nach 30 Jahren noch möglich ist, Opfergruppen zu identifizieren. Und ich bin froh, dass jetzt im Bundestag endlich die Entfristung der Reha-Gesetze beschlossen wurde. Es gibt kein Verfallsdatum für Unrecht und damit für Opfergruppen, die bisher noch nicht identifiziert worden sind. Sie müssen die Chance haben, sich auf diese Reha-Gesetze berufen zu können.

Das ist wichtig und richtig. Dass das gelungen ist, halte ich bei allen Problemen im Detail für eine wirklich wichtige Errungenschaft des Rechtsstaates. Insofern sage ich nicht, dass wir das verschlafen haben. Es ist wohl so, dass bestimmte Dinge erst nach einer bestimmten Zeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Ich bin froh darüber, dass man auch noch nach 30 Jahren sagen kann, dass etwas zum Erbe der SED-Diktatur gehört und dementsprechend aufgearbeitet werden muss.

Dr. Helge Heidemeyer: Ich würde mich dem sofort anschließen, manchmal werden Opfergruppen erst sehr viel später identifiziert, weil sie im gesellschaftlichen Mainstream zunächst gar nicht als Opfer wahrgenommen wurden. Die Homosexuellen in den KZs etwa sind erst viel später wahrgenommen worden und in diese Rechtsposition gekommen.

Uns ist aufgefallen, dass in Hohenschönhausen der Fokus auf die U-Häftlinge gelegt wurde. Dass sind diejenigen, die dort die schwierigsten Drangsale zu erleiden hatten, die psychische Foltermethoden erlebten, ganz klar. Dabei kam aber zu kurz, dass

es auch die Strafgefangenenlager in Hohenschönhausen für Männer und Frauen gab. Das ist zwar bekannt, aber noch nicht in der Tiefe erforscht.

Wir bemühen uns jetzt, diese Menschen aus dem Dunkel herauszuholen, denn sie waren ganz normale Strafgefangene der DDR. Sie sprechen manchmal selber – und es ist schwer, überhaupt an sie heranzukommen und sie zum Sprechen zu bringen – vom Makel, dass sie kriminalisiert wurden.

Dabei handelt es sich genauso um Verurteilte wegen Fluchtversuchs und ähnlichen Delikten, die dann im Strafgefangenenkommando kochten, Autos für die Stasi reparierten und Uniformen nähen mussten. Dieses Thema wollen wir jetzt stärker herausstellen. Das hat gar nichts damit zu tun, dass wir die anderen nicht wertschätzen würden. Aber auch diese Menschen haben an dem Ort gelitten und ihre Strafe zum Teil unrechtmäßig abarbeiten müssen.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Ich möchte das noch ergänzen. Dass diese verschiedenen neuen Opfergruppen entdeckt werden, hat eine Dynamik, die durchaus etwas mit der Vereinigung zu tun hat. Teilweise bildet sich in der Art, wie es dazu kam, auch eine Hierarchie ab. Es wurden zuerst Entschädigungsprogramme für Kinder aufgelegt, die in der Bundesrepublik bis in die späten 1960er Jahre hinein in Kinderheimen misshandelt wurden. Kurz danach gab es das Programm für die in ostdeutschen Kinderheimen misshandelten Kinder.

Die Begründung ist in beiden Fällen, dass es die Gemeinschaft in dieser Zeit zugelassen hat, dass Kinder, die ihr zur Obhut anvertraut waren, in einer Weise behandelt wurden, die wir nach unserem heutigen Wissen und Gewissen als Menschenrechtsverletzung betrachten. Dann wird auch die Möglichkeit beschritten, dieses Unrecht zu „bereinigen“.

Interessanterweise musste aber erst einmal der westdeutsche Skandal so weit hochgefahren werden, dass der ostdeutsche folgen konnte. Dass man den westdeutschen Skandal wiederum so anging, hat mit den ersten Erfahrungen in den frühen 1990ern zu tun, das begangene Unrecht eines früheren Staates überhaupt nachträglich bereinigen zu können. Das ist ein ganz interessantes Ineinandergreifen ostdeutscher Impulse – die waren natürlich in den 1990ern ganz hart, das war mit das wichtigste politische Sofortprogramm –, über das man lernte, wie man Unrecht bereinigt.

Dann entdeckte man, wie man es auf andere Gruppen ausdehnt, die keine so starken Sprecher haben wie politische Gefangene, etwa die ehemaligen Heimkinder, die sich erst finden mussten. Diese Dynamik wird noch ein bisschen weitergehen, denn man wird noch weitere Gruppen identifizieren können. Übrigens gibt es im Moment eine große Studie über sexuellen Missbrauch in westdeutschen und ostdeutschen Ein-



Dr. Peter Wurschi

richtungen, da kann man die Dynamik auch sehr gut nachvollziehen. Das ist auch SED-Diktatur-Erbe in der nächsten Generation.
Michael Naumann: Daraus höre ich eine gewisse Milde heraus, man müsse Verständnis dafür haben, dass gewisse Prozesse erst allmählich in Gang kommen. Herr Wurschi, Sie haben etwa 800 direkte Kontakte pro Jahr mit Opfern der DDR-Repression. Spüren Sie da auch eine gewisse Milde oder sind die Opfer im Einzelfall doch sehr emotional und ungeduldig bei Fragen zu Entschädigung und Anerkennung von Opferstatus?
Dr. Peter Wurschi: Der Einzelfall ist immer emotional. Es steckt immer eine Biografie dahinter, eine mittlerweile 30-jährige Transformationserfahrung, eine Hoffnung auf Veränderung. Es sind unterschiedliche Aspekte. Anfang der 1990er Jahre gab es Unrecht, das ganz klar als solches zu definieren war. Später wurden Opfergruppen definiert, zum Beispiel Heimkinder, auch Dopingopfer, verfolgte Schüler_innen, bei denen die Definition von Unrecht schwieriger wird, weil die Lebenswirklichkeit komplexer war. Ein einfaches Schwarz-Weiß, die klare Feststellung, dass jemand unrechtmäßig in einem Gefängnis gesessen hat, zieht da nicht mehr so. Sondern es gibt Debatten, Abwägungen und Fragen: War man nicht auch selber Teil

eines Weges, der letztlich ein Unrecht war? Inwieweit hat man sich daran beteiligt, indem man als erwachsene_r Sportler_in das Dopingmittel bewusst genommen hat, um leistungsfähiger zu sein? Diese Debatten müssen in der Gesellschaft geführt werden, damit man im besten Falle zu einem Ergebnis kommt.
Natürlich ist es für die Betroffenen, die Anfang der 1990er schon sagten, das war Unrecht, eine extrem frustrierende Erfahrung, wenn der Gesetzgeber Jahrzehnte dafür braucht, eine Opfergruppe zu definieren, die von Rehabilitierungsmaßnahmen profitieren kann. Auch in der Gesetzessystematik kommt es immer wieder zu gefühlten Ungerechtigkeiten, obwohl deren Intention zu Beginn, also Anfang der 1990er, durchaus legitim war.
Zum Beispiel die Definition der sozialen Leistungen beim Eintritt ins Rentenalter. Viele Betroffene bekommen Kleinrenten und haben zu Recht kein Verständnis dafür, dass Sozialleistungen, die sie als Berufstätige bekommen haben, mit dem Eintritt ins Rentenalter niedriger berechnet werden. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es noch stärkere Renten und eher unsichere Einkommensverhältnisse in Ostdeutschland. Das berücksichtigte der Gesetzgeber, indem er Berufstätigen eine höhere Ausgleichsleistung zugestand als den Rentner_innen. Jetzt geht aber eine Generation in den Ruhestand, die auf in den vergangenen drei Jahrzehnten oft gebrochene Berufsbiografien zurückblickt. Die Renten dieser Generation sind weniger stark als jene Anfang der 1990er Jahre und bedürften einer höheren Ausgleichsleistung. Solche durch gesellschaftliche Entwicklung bedingten Ungleichgewichte in den Gesetzeslagen müssen immer wieder benannt werden und es muss daran gearbeitet werden, dass sie ausgeglichen werden.
Aber jede Einzelbiografie ist immer emotional aufgeladen. Und zumeist besteht ein Konflikt mit einer für alle geltenden Gesetzeslage. Denn Biografien lassen sich selten ganz konform in ein Blatt pressen, das einfach auszufüllen ist.
Michael Naumann: Wie können Sie dann ganz konkret helfen?
Dr. Peter Wurschi: Indem mein Team sich die Biografien der Betroffenen anhört, ihnen mit dem für Rehabilitierungsanträge erforderlichen juristischen Wissen zur Seite steht und entsprechend hilft.
Michael Naumann: Frau Gleicke, ich bemerke, Sie möchten etwas dazu sagen.
Iris Gleicke: Wir hatten am Anfang große Mühe zu definieren, was zum Beispiel ein Zersetzungsopfer ist. Da geht es um sehr individuelle Erfahrungen der Menschen. Man hat eben nicht immer ein Gerichtsurteil, mit dem sich Unrecht einfach feststellen lässt und auf das man sich dann für Rehabilitierungen beziehen kann.
Ich habe als Ostbeauftragte die erste Vorstudie für Opfer von Zwangsadoptionen auf den Weg gebracht, weil wir einfach zu wenig Material darüber hatten. Wir

brauchten mehr Forschung dazu, weil wir nicht beurteilen konnten, ob es sich im konkreten Fall um eine Zwangsadoption handelte oder nicht.
Aber es gab ja auch die vielen sogenannten Inobhutnahmen, bei denen es gar nicht um Adoption ging, sondern die Kinder den Eltern entzogen und in fremde Familien verbracht wurden. Das Ergebnis ist dasselbe und schlimm genug, aber faktisch ist es nicht der rechtliche Vorgang einer Adoption. Diese Dinge so aufzuarbeiten, dass wir allen Betroffenen und ihrem erlittenen Leid gerecht werden, verlangt von uns viel Mühe und Geduld. Es geht nicht um Milde, sondern um ein gewisses Verständnis dafür, dass das Erzählen oder Herausfinden solcher Dinge Zeit in Anspruch nimmt.
Michael Naumann: Herr Lindenberger, wenn Sie hören, wir brauchen mehr Forschung, wie stark begreifen Sie das für sich als Forschungsgegenstand und auch Auftrag, wohl wissend, dass vielleicht die Zeit davonläuft? Kann Ihre Forschung Grundlage für Rehabilitationsfragen sein, die den Betroffenen jetzt in ihrer Lebenszeit noch helfen? Oder halten Sie bewusst Distanz zum zeitlichen Faktor für die Betroffenen, weil Forschung davon unabhängig bleiben muss?
Prof. Dr. Thomas Lindenberger: Als Forscher habe ich natürlich Methoden und Routinen, Abstand zu gewinnen. Das muss ich machen, um bestimmte Sachverhalte einordnen zu können. Das ist zum Beispiel bei diesem angesprochenen Thema sehr wichtig, weil eben nicht jeder gegen den Willen von Eltern vorgenommene Entzug des Erziehungsrechts menschenrechtswidrig war.
Sie alle kennen das aus der sozialen Arbeit: Für das Kindeswohl ist es in bestimmten Krisensituationen notwendig, das Kind aus der Familie zu nehmen. Das ist eine Sache, die gilt überall da, wo Jugendpflege und -fürsorge praktiziert wird. Und das macht genau dieses Thema so wahnsinnig kompliziert. Denn es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass in der DDR diese Möglichkeiten der Jugendfürsorge auch für politische Zwecke missbraucht wurden – nicht um das Kindeswohl zu fördern, sondern um Eltern politisch zu bestrafen und zu erziehen.
Das ist genau der Fall, den wir herausbekommen müssen. Das stachelt einerseits den wissenschaftlichen Ehrgeiz an, denn es ist eine sehr komplexe Frage, wie das Leben von Individuen mit den Möglichkeiten und Aufgaben des Staates interagiert und wie so ein System wie Jugendfürsorge, das wir in unseren Gesellschaften brauchen, in so einem konkreten Fall der Oberherrschaft von Kommunist_innen angewandt wird. Es ist aber auch deshalb so interessant und brisant, weil es eine internationale Debatte darüber gibt, wie in verschiedenen politischen Regimes derartiger politischer Missbrauch von staatlichen Vormundschaftsregelungen angewandt wird. Es gibt ein sehr grundsätzliches Interesse.
Deswegen ist man beim Forschen oft hin- und hergerissen, weil man das Einzel-



Iris Gleicke

schicksal rekonstruiert, und dann sind auch Interviews dabei – übrigens nicht nur mit selber Betroffenen, sondern auch mit Leuten, die das damals als Jugendfürsorger beobachteten. Dann ist man sehr berührt, aber zugleich muss man die Emotionen ein Stück weit dämpfen, denn nicht jeder Fall, der danach aussieht, ist auch ein solcher Fall. Das muss man dann zurückkommunizieren.
Wir gehen davon aus, dass es relativ wenige Fälle waren. Die Debatte über die tatsächliche Anzahl hatten wir auch teilweise mit den Diktaturbeauftragten, aber genau da muss man eben Klarheit gewinnen. Solche Felder und Themen werden immer wieder aufkommen und nach und nach erforscht werden.
Wir haben jetzt ein ganz anderes Thema, Herr Heidemeyer hat indirekt schon darauf angesprochen. Am Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden wird demnächst die Verfolgung von Homosexuellen in Sachsen während der NS-Diktatur, aber auch während der Zeit der DDR bis zur ersten Gesetzesnovelle 1968 erforscht. Das ist auch ein Gebiet, worüber wir nichts Genaues wissen, aber wo wir heute der Meinung sind, dass der Strafrechtsparagraf 175 menschenrechtswidrig ist, weil er eine Diskriminierung von Menschen nur aufgrund ihrer sexuellen Orientierung darstellte. Aber wir tappen im Dustern.
Doch auch da finde ich es völlig vernünftig, dass wir uns durch 30 Jahre Erfahrung

mit Vergangenheits- und Unrechtsaufarbeitung jetzt bestimmte Gruppen gründlicher anschauen können. Manche sagen dann, es werde zu detailliert, aber ich finde, man darf in der Sache nicht nachlassen. Möglicherweise kommt morgen oder übermorgen noch eine andere Gruppe.

Es gibt zum Beispiel so ein Thema, so genannte Kriminelle, Strafgefangene. Wir heutzutage sind natürlich der Meinung, dass Menschen, die wegen strafrechtlichen Verurteilungen, die auch in einem westlichen System Bestand hätten, im Gefängnis nicht menschenunwürdig behandelt werden dürfen. Also muss man natürlich auch danach fragen, wie die normalen Kriminellen in DDR-Gefängnissen behandelt worden sind.

Wir kennen diese Zwangsarbeitsgeschichten. Horrende Zustände. An solche Sachen sollte man ruhig auch denken. Denn in solchen Vergangenheitsaufarbeitungen setzt man sich natürlich auch damit auseinander, was unsere eigenen Kernwerte sind und wo man nachbessern muss, wo man aus dem Wissen aus den vergangenen 20, 30 Jahren Neues dazulernt.

Da werden sich unsere Maßstäbe, unsere Wahrnehmung und Sensibilität immer wieder verändern, das halte ich für völlig normal. Dass das bei uns so stattfinden kann, ist übrigens einer der ganz großen Vorzüge unserer Gesellschaft. Darum beneiden uns andere Gesellschaften in der ganzen Welt.

Michael Naumann: Herr Heidemeyer, der Zeitgeist und die Wahrnehmung verändern sich also. Daran anknüpfend, was Herr Lindenberger gerade sagte: Wie stark werden Wünsche, Fragen und Erwartungen von Besucher_innen oder der Forschung an Sie herangetragen, dass Sie die Gedenkstättenarbeit aktualisieren müssen? Und wie stark spüren Sie auch ohne Impulse von außen selbst, wenn Sie etwas in Ihrer Arbeit verändern müssen?

Dr. Helge Heidemeyer: Ich knüpfe zunächst kurz an Herrn Lindenberger an. Was Sie zuletzt sagten, dass man die Maßstäbe erst einmal definieren muss, das hat sich bei unserem großen Projekt „Landschaften der Verfolgung“ erst herausgebildet. Hier soll ein Tableau von Häftlingen entstehen, mit dem eine Annäherung an die Gesamtzahl der zu Unrecht Inhaftierten in der DDR gelingen kann. Dazu ist es zunächst notwendig, die Maßstäbe dafür zu schaffen, was „unrechtmäßig inhaftiert“ bedeutet.

Die Diskussion, welche Straftatbestände eindeutig und welche mehrdeutig sind, auch welche ganz rausfallen, das ist unheimlich schwierig und hat uns erst einmal ein Jahr in diesem Projekt beschäftigt. Die Mehrzahl der Delikte ist uneindeutig, weil der Staat eindeutige Strafrechtsdelikte herangezogen hat, um Leute zu kriminalisieren.

Da muss man wirklich in jeden Fall reinschauen, um zu sehen, ob derjenige unrechtmäßig inhaftiert war oder ob ihn kriminelle Energie vor den Kadi gebracht hat. Am Ende kann man mit Statistiken arbeiten, wenn man genug Fallbeispiele hat. Aber zunächst ist es nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheint.

Zu dem Punkt, ob die Forschung Aufklärung bringen und erhellen kann: Manchmal geht die Diskussion erst los, wenn die Forschungsergebnisse vorliegen. Mir ist noch gut in Erinnerung, als es vor ein paar Jahren um das Thema „Zwangsarbeit“ in Gefängnissen ging, wie schnell das sehr stark politisiert wurde, und dann gab es Untersuchungen. Die erste Untersuchung, die auf den Markt kam, definierte klar, dass die Arbeit in den DDR-Gefängnissen Zwangsarbeit war und alle Betroffenen der Entschädigung bedürfen.

Dummerweise hatten die Organisatoren der Buchvorstellung eine Zeitzeugin eingeladen, die sagte: „Ich wäre verrückt geworden, wenn ich nicht hätte arbeiten dürfen.“ Das fand ich sehr eindrücklich, weil es zeigt, wie groß dieses Spannungsfeld ist. Und dann beginnt die Diskussion darüber, wie wir uns dem annähern können. Historiker_innen sagen ja immer, die Grundfarbe sei nicht Weiß oder Schwarz, sondern Grau. Tatsächlich muss man genau hinschauen, um am Einzelfall erkennen zu können, ob ein Unrecht stattfand oder etwas, das für eine Strafgefangene oder einen Strafgefangenen auch in einem freiheitlichen System dazugehört.

Zu Ihrer Frage nach den Impulsen. Ich glaube, eine Gedenkstätte, die nur in sich selbst lebt und in ihrem eigenen Saft schmort, wird nicht lange überleben. Aus sich heraus kann man relativ wenig entwickeln und zu neuen Ufern aufbrechen. Nun sind wir aber zum Glück alle, die in Gedenkstätten arbeiten, auch soziale Wesen, die Kontakte über diese Gedenkstätte hinaus haben. Wir alle sind mit unserer Profession als politische Bildner_innen in Gedenkstätten, als Forschende und Menschen, die Ausstellungen machen, auch in einem fachlichen Kontext, der über eine Gedenkstätte hinausgeht. Das ist der erste Bereich, in dem wir sehen, wohin die Reise geht, was sich in unseren Fachgebieten von der Forschung bis zu den Ausstellungen verändert, wo es immer wieder neue Erkenntnisse, Trends und Entwicklungen gibt.

Und dann bekommen wir natürlich auch Impulse von unseren Besucher_innen. Diejenigen, die zu uns kommen, sparen nicht mit Kritik und nicht mit Lob. Beides ist für uns wichtig. Das Lob braucht man manchmal, um nicht nur in die große Selbstkritik zu verfallen. Aber die Kritik hilft uns zu sehen, wo wir vielleicht noch mal nachsteuern müssen, was nicht so gut geht.

Gleichzeitig sieht man aber auch, wenn man offen mit den Besucher_innen kommuniziert, dass man für vieles werben kann, was sie zunächst nicht freut. Nach dem ersten Corona-Lockdown haben wir sehr früh unseren Betrieb wiederaufgenommen



Michael Naumann

und wieder mit Führungen begonnen, aber nur im Außenbereich, damit die Belastung in den Räumen nicht zu stark ist. Natürlich kommt eine Besucherin nach Hohenschönhausen, um die Zellen zu sehen. Die konnten wir aber im Juni noch nicht zeigen, weil wir mit den Menschen noch nicht in die geschlossenen Räume gehen konnten. Wenn man das vernünftig erklärt, kann man für Verständnis werben.

Es ist ein stetiger Austausch. Die Gedenkstätten leben ja nicht im luftleeren Raum. Man kann immer böse sagen – die Haushaltsverwantwortlichen tun das manchmal –, dass eine Gedenkstätte ohne Besucher_innen am preiswertesten ist. Aber wir würden den Zweck einer Gedenkstätte verfehlen, wenn wir nicht auch auf das hören würden, was die Besucher_innen von uns erwarten.

Iris Gleicke: Deshalb bleibt der Blick in die Zukunft gerichtet. Ich habe Herrn Prof. Lindenberger so verstanden, dass man sich auch um die individuelle Wahrnehmung der Opfer sorgfältig kümmern muss. Wie bei der Frau, die die erzwungene Arbeit in der Haft als Befreiung von der Isolationshaft erlebt hat. Als ich damals die Studie zur erzwungenen Arbeit in Haft vorstellte, erwies sich das als ein großes Problem.

Alle redeten über Zwangsarbeit. Das ist jedoch ein Begriff, der in Deutschland untrennbar mit dem Nationalsozialismus verbunden ist. Man muss mit solchen Begriffen vorsichtig umgehen. Wir kennen das aus unserer Gedenkstättenarbeit: Buchenwald war nacheinander ein nationalsozialistisches KZ und ein sowjetisches Speziallager.

Ich möchte aus unserer Diskussion ein Plädoyer ableiten. Ich finde es richtig, dass die Akten der Stasiunterlagenbehörde von den einzelnen Archivstandorten ins Bundesarchiv überführt werden sollen. Wir müssen diese Akten sichern und bewahren. Sie gehören zum Erbe der Friedlichen Revolution und sind für die Aufarbeitung unverzichtbar.

Damit werden einige der Aufgaben, die bis jetzt von der Stasiunterlagenbehörde erfüllt wurden, an das Bundesarchiv übertragen. Dazu gehört zum Beispiel auch die Forschung. Unsere Diskussion hat klar gezeigt, dass man die Forschung nicht einfach hinten runterkippen lassen darf. Herr Heidemeyer, Sie waren selber in der BStU dafür verantwortlich. Ich bin nicht der Auffassung, dass Behördenforschung allein ausreicht. Ich habe sehr viel Sympathie für die freie Forschung an den Universitäten.

Aber wir müssen das Thema adressieren, es muss auf der Tagesordnung bleiben. Ich möchte aus unserer Runde die Forderung ableiten, dass wir die Formulierungshilfe der Bundesregierung aus der öffentlichen Debatte heraus nachschärfen müssen, damit uns die Forschung erhalten bleibt. Und für viele Aufarbeitungsthemen brauchen wir nicht nur die Stasiunterlagen, sondern auch die Akten der Krankenhäuser, der Kriminalpolizei und der Jugendämter.

Ich habe mal einen Rundbrief an alle Verantwortlichen geschrieben und sie darum gebeten, ihre Akten aufzuheben. Das ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen, weil ich damit spät dran war und die Aufbewahrungsfristen abgelaufen waren. Trotzdem dürfen wir das Thema Forschung nicht aus den Augen verlieren, wenn wir den Blick in die Zukunft und nicht nur in die Vergangenheit richten wollen.

Michael Naumann: Wunderbar, vielen Dank – das eignet sich hervorragend als Schlusswort. Ganz herzlichen Dank für die engagierte Diskussionsrunde. Dass wir eine so große Frage nach dem „Erbe der SED-Diktatur" im Umfang einer solchen Gesprächsrunde nicht allumfänglich beantworten werden können, liegt in der Natur der Sache. Aber ich denke, es ist uns sehr gelungen, viele verschiedene, aber auch gemeinsame Perspektiven und Standpunkte auf das Thema deutlich zu machen.

Die Diskussion mit dem Publikum finden Sie im Mitschnitt des Bautzen-Forums unter https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/live-stream.



Robert Ide, Silke Klewin, Florentine Schmidtmann (v. l. n. r.)

VORTRÄGE UND DISKUSSION

Die Neugier der Anderen
Robert Ide

DDR-Bürger_innen in Pforzheim – zwischen Ankommen und Neuanfang
Florentine Schmidtmann

Moderation: **Silke Klewin**

Silke Klewin: Ich freue mich, dieses Podium moderieren zu dürfen, in dem es um mehrere Themen gehen wird. Wir starten mit persönlichen Erinnerungen an das Ankommen im Westen. Darüber hinaus nehmen wir weitere Fragen in den Blick: Wie gehen wir überhaupt mit DDR-Geschichte um, wie ist der Stand der Aufarbeitung, wie ist die Akzeptanz der derzeitigen Aufarbeitung in der Gesellschaft und was können und müssen wir tun, um die Aufarbeitung zukunftsfähig zu machen? Ich freue mich sehr, mit zwei ausgewiesenen Expertinnen und Experten darüber diskutieren zu dürfen.

Zunächst darf ich Robert Ide vorstellen. Er wurde 1975 im sächsischen Marienberg geboren, hat Politische Wissenschaften in Berlin studiert und dann zur Geschichte der DDR geforscht. 2007 wurde er Chef der Sportredaktion des Tagesspiegels, 2013 bis 2019 leitete er die Berlin-Brandenburg-Redaktion. Aktuell ist er Geschäftsführender Redakteur beim Tagesspiegel. Als Experte der DDR und „Wendekenner" hat er fast unzählige Artikel geschrieben, die unseren Themenbereich berühren. Kürzlich hat er einen Artikel über Florian Havemann veröffentlicht, den Sohn des wohl bekanntesten DDR-Oppositionellen Robert Havemann, und dabei auch dessen Erbe der DDR-Geschichte beleuchtet. 2007 hat Robert Ide das Buch „Geteilte Träume. Meine Eltern, die Wende und ich" geschrieben, er nennt es ein Sach- und Erzählbuch. Es beschreibt die unterschiedlichen Erfahrungen zweier Generationen mit dem Ankommen in der Bundesrepublik.

Florentine Schmidtmann wurde 1986 geboren und ist in Göttingen und in der Nähe Nürnbergs aufgewachsen. Sie hat Kulturwissenschaften in Frankfurt an der Oder und in Krakau studiert und anschließend Public History in Berlin. Sie machte dann ein sechsmonatiges Praktikum im Wendemuseum in Los Angeles, was nach seiner eigenen Präsentation die weltweit größte Sammlung an DDR-Exponaten beherbergt, darunter zehn Segmente der Berliner Mauer und zum Beispiel auch 2.000 DDR-Speisekarten. Von L.A. verschlug es Florentine Schmidtmann dann nach Pforzheim, wo sie mit dem Aufbau der neuen Dauerausstellung im DDR-Museum Pforzheim betraut wurde. 2016 begann sie mit ihrer Promotion am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, und zwar über das Ankommen. Der Titel ihrer Doktorarbeit lautet „Pforzheim – eine Stadt des Ankommens: Zur Integration geflüchteter, freigekaufter und ausgereister DDR-Bürger_innen im Südwesten der Bundesrepublik". Parallel dazu ist Florentine Schmidtmann ausgesprochen aktiv als Kuratorin. Sie hat an der Außenausstellung „Achtung Grenze. Das Sperrgebiet in Potsdam 1961–89" an der Glienicker Brücke mitgewirkt, an der 2019 eröffneten Ausstellung „Ost-Berlin. Die halbe Hauptstadt" im Stadtmuseum Berlin und ist Kuratorin der Ausstellung „Mensch Brandenburg! 30 Jahre. 30 Orte. 30 Geschichten" im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam.

Schön, dass Sie beide hier sind. Starten wird Herr Ide, der uns ausgehend von seinem Buch über die Erfahrungen seiner Familie berichten, aber auch noch verschiedene andere Themen anschneiden wird. Sie haben das Wort.

Die Neugier der Anderen

Robert Ide

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, danke für die Einladung! Und danke für Ihre Neugier auf mich, auf uns. Sie ist das, was uns antreiben sollte, auch wenn wir zurückschauen als Kinder und Erwachsene der DDR, als Entwachsene eines untergegangenen Staates, der nur ein halbes Land war, aber viele noch ein ganzes Leben lang prägt. Nur wer dabei neugierig auf sich selbst ist, ist auch neugierig auf die Welt.

Ohne Mut, etwas Neues zu wagen, nämlich Widerstand, hätte es die Friedliche Revolution nicht gegeben, auf den Straßen und Plätzen von Leipzig, Bautzen, Ost-Berlin. Erst fiel dank mutiger Menschen die DDR über sich selbst und dann die Mauer. Und dann fielen sich über Nacht wildfremde Menschen in die Arme. Mit tränenden und gleichzeitig leuchtenden Augen. Mit dem Wort „Wahnsinn!" auf den Lippen. Mit Neugier auf die ganze Welt.

Ich kann mich noch erinnern: Hand in Hand mit meiner Schwester und meinen Eltern liefen wir über die Bösebrücke an der Bornholmer Straße, jubelnd durchquerten wir die Kontrollanlagen, prosteten den verunsicherten Soldaten der Nationalen Volksarmee zu. Als wir drüben anlangten, zeigte meine Mutter auf die Altbauten des West-Berliner Arbeiterbezirks Wedding und rief entsetzt: „Hier sieht's ja aus wie bei uns."

Wir hielten inne. Zum ersten Mal merkten wir, dass wir uns den glitzernden Westen erst erobern mussten. Und vielleicht beschlich uns da schon die Ahnung, dass dem Freiheitsgewinn auch Verluste gegenüberstehen könnten: Verluste an Gewohntem, Verluste an Gemeinsamkeit.

Aber selbst verloren haben wir uns nicht in 30 bewegenden, auch anstrengenden Jahren. Auch wenn es mancher Zeitgeist und mancher Ungeist allzu gern suggeriert, wir stehen noch zusammen. Weil wir weiter neugierig sind und bleiben sollten – in Deutschland, in Berlin, in den Familien und sozialen Gemeinschaften. Auf unsere Geschichte, die in unsere Gegenwart eingraviert ist und die auf unseren Straßen und Plätzen zu sehen ist, wenn man genau hinsieht – und die unsere Gefühle und Gedanken weiterhin prägt, wenn man genau hinhört. Dies sollten wir sichtbar und erfahrbar machen, gerade heute, da auf den Straßen und Plätzen von Minsk das Gleiche passiert. Mit viel Mut, etwas Neues zu wagen. Und mit hoffentlich friedlichem Ausgang.

Wenn wir mit den Augen von heute auf unser Damals zurückschauen, dann sollten wir zuallererst auf die Opfer blicken, die den Wandel mit ihrem Mut erst möglich



Robert Ide

gemacht haben – und die für unsere Freiheit in Haft saßen, deren Gesundheit angegriffen wurde, deren Familien und Freundeskreise zerstört werden sollten und teilweise zerstört worden sind. An sie zu erinnern, an ihre Opfer, Träume und Schmerzen, bleibt unsere Aufgabe. Aber wie lassen sich die Blicke aller anderen, die nicht dabei waren, darauf lenken, wie ihre Empathie dafür gewinnen? Wir müssen neu erzählen lernen, die Geschichte moderner darstellen – gegenwärtiger. Nicht nur an Jahrestagen orientiert, sondern am Publikum.

Die Aufarbeitung sollte digitaler, interaktiver, auch freier werden, eben selbst neugieriger auf das Neue. Vielleicht sollte es auch nicht mehr Aufarbeitung heißen. Provokativ gesagt: Althergebrachte Sperrigkeiten, ideologische Selbstgewissheiten und immer wieder wiederholte Rituale verschütten die Neugier. Und ohne die Neugier der anderen gehen wichtige Erinnerungen verschütt.

Wie also bekommt man die alte Erinnerung neu erzählt? Natürlich braucht es weiterhin die authentischen Orte, die Gefängnisse in Hohenschönhausen, die Gedenkstätte hier in Bautzen, auch die Museen an den Orten der Täter. Aber es braucht auch mehr Interaktion jenseits der eigenen Erinnerungsblase, die auch rund um diese Orte entstanden ist. Ein paar schöne Beispiele gab es in Berlin rund um

den 30. Jahrestag des Mauerfalls – und wir haben sie als Tagesspiegel bewusst präsentiert und mitinitiiert; auch privat versuche ich solche Projekte voranzutreiben. Weil sie versuchen, alte Erinnerung neu zu entdecken.

Ein paar Beispiele: Wir haben einen Schreibwettbewerb für Schüler_innen gestartet, bei dem Kinder ihre Großeltern befragt haben, wie sie die Zeitenwende erlebt haben. Die Kinder und Jugendlichen haben ganz anders über die DDR und den Mauerfall geschrieben, als wir es gewohnt sind – eben aus einem unbekannten, interessanten Land, das nicht in jeder Phase als SED-Diktatur empfunden worden ist, obwohl sie das natürlich war. So tragen sich Erinnerungen weiter, entwickeln sich weiter. Der Kinderfilm „Fritzi" hat den friedlichen Umbruch als animierte Graphic Novel ins Kino gebracht: Aus der Sicht des kleinen Mädchens Fritzi in Leipzig wurde die Ausreisewelle, die Revolution bis zum Mauerfall erzählt, und am Ende war ein kleiner Hund schuld daran, dass die Schlagbäume hochgingen.

Im „MachMit"-Museum in Prenzlauer Berg befragten Kinder frühere Bürgerrechtler_innen aus ihrem Kiez, was sie früher riskiert haben, um frei zu sein und frei zu sagen, was sie denken, und die Musik zu hören, die sie wollten – in der Ausstellung gab es dann die Videos zu sehen und Kinder konnten Kerzen basteln. Das Haptische im Heute ist wichtig, um Neugier zu wecken. Das entwertet auch die Erinnerungen nicht, sondern lädt sie mit neuen Erlebnissen auf.

Videoinstallationen auf Häuserwänden. Ein Theaterstück, das die Großdemonstration auf dem Alexanderplatz vom 4. November 1989 satirisch nachspielte. Konzerte junger Bands in Kirchen – wie damals und doch anders. Ein rollender Erzählsalon in der U-Bahn, auf der früher der „Sonderzug nach Pankow" fuhr, die geteilt war und die nun wieder voll von Menschen und ihren Geschichten zwischen Ost und West hin und her fährt. All das hat Menschen wieder zurück auf die Straßen und Plätze gebracht – und zum Nachdenken und Erzählen. Es sollte ein Vorbild dafür sein, wie wir die Geschichten neu entdecken, die unsere Geschichte ausmachen.

Warum gibt es nicht viel mehr Apps wie die „Berlin History App", mit denen man auf historischen Spuren durch die Städte laufen kann und sich dabei Interviews von Zeitzeugen anhört, auch von Opfern, die damals von diesen Straßen verschwunden sind, so wie heute die Menschen in Minsk verschwinden, nur weil sie mutig für das Neue kämpfen? Eine App, mit der man an historischen Orten Fotos von damals auf den Handybildschirm laden kann und seinen eigenen, aktuellen Blick genau danebenlegt.

In meinem Ehrenamt bin ich Vorsitzender einer Kleingartenanlage direkt an der historischen Mauerfallbrücke an der Bornholmer Straße. Da entwickeln gerade junge Kunststudierende zusammen mit Zeitzeugen solch eine App. So können wir die Geschichten der Menschen, die damals hier an der Mauer gegärtnert haben, neu erzählen. Manche von ihnen waren staatsnah, nicht wenige bei der Stasi; manche waren staatsfern, in der Opposition, aber alle lebten grenznah. Und alle haben Erfahrungen gemacht, die es sich lohnt weiterzutragen und auch zu hinterfragen. Das gilt auch für die Erfahrungen nach der Friedlichen Revolution.

Wie hast du die Einheit überstanden? Gerade im 30. Jahr der Vereinigung rückt diese Frage im Osten stärker in den Fokus des Erinnerns als die lange Zeit zu Recht wichtige Frage, wer was warum in der DDR getan hat – und welchen Preis er oder sie dafür gezahlt hat. Die Opfer der staatlichen Willkür dürfen niemals vergessen werden. Aber nun wird auch der Preis der Einheit verhandelt: In Romanen wie „Unterleuten" und Filmen wie „Gundermann" über den singenden Stasi-Bergbau-baggerfahrer erstehen ostdeutsche Sagas über Menschen, die in der DDR keine Held_innen waren, die sich aber unkaputtbar durch die Stürme der Nachwendezeit schufteten. Auch das ist eine Leistung, eine anerkennenswerte.

Was Umbrüche betrifft, verbirgt Ostdeutschland unter vielen zerrütteten Gefühlen einen verschütteten Erfahrungsschatz – durch Neugier aufeinander ließe er sich für alle heben. Denn neue Umbrüche der Digitalisierung erfassen längst ungeteilt das ganze Land; da kann Erfahrung im Change- und Revolutions-Management nicht schaden, auch im Westen nicht. Und gar nicht nebenbei könnte noch Stolz auf Selbsterreichtes entstehen, der nicht auf Nostalgie aufbaut, sondern in der Gegenwart emotional Halt gibt.

Ich war 14, als die Mauer fiel und ich mit meiner Familie über die Brücke an der Bornholmer Straße lief. Danach teilten sich die Träume der Generationen; auch in Familien gingen viele ihren eigenen Weg. Mein Weg führte mich zunächst weg von meinen Eltern, in Richtung Westen. Viele junge Ostdeutsche verließen ihre Heimat; unsere Heimat, die schöne. Manche kehren erst jetzt zurück zwischen Ostsee und Erzgebirge – oder ihre Kinder. Und bauen im Osten etwas Neues auf, mit eigener Westerfahrung.

Es gibt viele, die damals noch nicht geboren waren oder die nach Deutschland gekommen sind, die das alles interessieren könnte – wenn man sie neugierig darauf macht. Weil in allem die Frage steckt, welches Leben man eigentlich selber leben möchte und welchen Preis man dafür bezahlt.

Die Aufbereitung der DDR-Geschichte, auch die Erinnerung an die Widerständigen und die Opfer, steht vor einem Generationenwechsel. Und sie muss sich wandeln durch eigene Neugier. Mit modernen, künstlerischen Aktionen in öffentlichen Räumen, mit mehr Gesprächen zwischen den Generationen, mit moderner Kommunikation, interaktiver Erzählung und sozialer Empathie. Wenn es bald eine_n

DDR-Opferbeauftragte_n der Bundesregierung geben sollte, muss diese_r sich auch darum kümmern. Um alte Erfahrungen neu erlebbar zu machen. Damit sie nicht verloren gehen.
Geschichte muss von unten erzählt werden – mit Geschichten aus Familien und sozialen Gemeinschaften, in denen es nicht nur Held_innen gab. So wie es auch heute nicht überall nur Held_innen gibt. Die Vergangenheit bleibt in die Gegenwart eingraviert, gerade auf den Straßen und Plätzen, in unsern Herzen und Köpfen. Hier irgendwo liegt es, das aus Widerstand geborene Wort: „Wahnsinn!" Wer von uns hat Lust darauf, es aufzuheben?
Bleiben wir also neugierig. Auf die Welt. Aufeinander. Auf uns. Und jetzt erzähl du mal. Vielen Dank!

Silke Klewin: Ganz herzlichen Dank Ihnen, Herr Ide. Ein bunter Strauß an Anregungen, über die wir bestimmt gleich noch diskutieren können. Sie gehen also davon aus, dass wir durchaus neue Ansätze brauchen und es auch viel in unserer Arbeit zu reformieren gilt. Und nun bin ich gespannt auf den Beitrag von Florentine Schmidtmann. Ich möchte Sie herzlich bitten, das Ankommen und diese Erfahrungen auch noch mal in den Blick zu nehmen, bevor wir dann auf Ihre Vorstellungen zu den Reformen unseres Tuns kommen.

DDR-Bürger_innen in Pforzheim – zwischen Ankommen und Neuanfang

Florentine Schmidtmann

Herzlich willkommen auch von mir, ich freue mich, hier zu sein. Ich möchte Ihnen mein Dissertationsthema kurz vorstellen, ein paar Erkenntnisse liefern und auch zwei Quellen vortragen, freue mich aber auch schon sehr auf die Diskussion über den Stand der Aufarbeitung.
„Und dann waren wir im Westen." Die Sonne geht auf am Horizont, die junge Familie steht eng beisammen, gerührt, erschöpft und glücklich. So endet der Geschichtscomic „Drüben!" von Simon Schwartz, der die Geschichte seiner Eltern erzählt, die mit einem Ausreiseantrag die DDR verlassen wollten, um in der Bundesrepublik ein neues Leben anzufangen. Es gibt unzählige Publikationen, Filme und Interviews über die Ausreise und Flucht von DDR-Bürger_innen, die sinngemäß mit diesem Satz aufhören.[1] Eine andere Endung von Geschichten und Erzählungen ist der Mauerfall. Jubelnde Menschen, die sich weinend in die Arme fallen, die Mauer wird mit großen Spitzhacken angegriffen, durchlöchert und Stück für Stück abgetragen.



Florentine Schmidtmann

In der Dramaturgie ist ein solcher Anstieg der Spannung mit Happy End ein Grundrezept für fesselnde Drehbücher. Die Erzählung endet an der räumlichen oder zeitlichen Zäsur des territorialen Übertritts beziehungsweise des historischen Großereignisses. Doch wie geht es eigentlich weiter?
Immer wieder habe ich mich gefragt, was kommt danach? Geschichte hört ja nicht einfach auf, 1989 und dann ist Schluss. In diesem Beitrag möchte ich das 31. Gedenkjahr zum Fall der Berliner und der deutsch-deutschen Mauer 1989 und 30 Jahre Deutsche Einheit zum Anlass nehmen, um über Zäsuren nachzudenken, sie zu überschreiten und den Blick auf das Danach zu richten. Dabei widme ich mich einem besonderen und auch einem besonders unerforschten Thema: dem Ankommen von DDR-Bürger_innen im Westen.

Die Promotion: Pforzheim – eine Stadt des Ankommens
Zwischen 1949 und 1990 gelangten über 3,8 Millionen Menschen, die teils unter Lebensgefahr aus der DDR geflüchtet, ausgereist oder von der Bundesregierung freigekauft worden waren, in die Bundesrepublik. Da die bundesdeutsche Politik die DDR nie als eigenen Staat anerkannte und von einer Nation gemäß Artikel 146 des

Grundgesetzes ausging, galten alle DDR-Bürger_innen als deutsche Staatsbürger_innen mit allen Rechten und Pflichten.[2] Damit war die Integration auf staatsbürgerlicher Ebene gegeben. Was blieb, war die soziale und kulturelle Integration; wenig ist jedoch bekannt darüber.

Trotz der scheinbar reibungslosen Eingliederung gab es durchaus gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede und Konflikte: Je später der Zeitraum, den wir anschauen, desto mehr sind die Menschen durch die jeweiligen Systeme und Gesellschaften in Ost und West geprägt.

Im meinem Promotionsprojekt wird das Ankommen von Bürger_innen aus der DDR (später Ostdeutschland), die zwischen 1945 und 1998 in die Bundesrepublik (später Westdeutschland) zugewandert sind, untersucht. Die als Lokalstudie ausgelegte Arbeit konzentriert sich auf die baden-württembergische Stadt Pforzheim, die durch Kriegszerstörung und anschließenden Wirtschaftsboom zu einer „Stadt des Ankommens“[3] geworden ist.

Auf der Grundlage von Quellen der regionalen Archive zur Kommunalpolitik und zur Arbeit der Wohlfahrtsverbände und kulturellen Einrichtungen sowie durch die Erhebung und Auswertung von zwölf lebensgeschichtlichen Interviews mit zugewanderten DDR-Bürger_innen und Einheimischen entsteht eine deutsch-deutsche Studie zur städtischen Einwanderungsgesellschaft in der alten Bundesrepublik. Dabei werden einzelne Beziehungen und Verflechtungen zwischen Bürger_innen und Institutionen der Stadt Pforzheim im Südwesten der Bundesrepublik und der DDR herausgearbeitet.

Ziel des Vorhabens ist es, mit der Integration von DDR-Bürger_innen in der Bundesrepublik ein bislang wenig beachtetes Kapitel der deutsch-deutschen Geschichte zu untersuchen und Rückschlüsse auf die unterschiedlichen Integrationserfahrungen von Zugewanderten aus der DDR im Kontext der Migrationsbewegungen zu ziehen. Wie haben die Zugewanderten aus der DDR Pforzheim seit der Nachkriegszeit geprägt – eine Stadt, die demographisch gesehen auf Zuwanderung angewiesen war? Welches Selbstverständnis pflegt Pforzheim als Stadt der Vielfalt und des Ankommens?

Das DDR-Museum Pforzheim

Zu Pforzheim gibt es aber noch mehr zu sagen. Es gibt dort nämlich ein DDR-Museum, und zwar ist es das einzige DDR-Museum des Westens. Das hat folgenden Hintergrund: Der Gründer Klaus Knabe – nicht verwandt mit Hubertus Knabe – floh mit seiner Frau Brigitte vier Wochen vor dem Mauerbau mit der S-Bahn nach West-Berlin, sie kamen aus Freiberg in Sachsen. 1963 landeten sie schließlich in

Pforzheim und Klaus Knabe setzte sich mit Herzblut für die Bewahrung der DDR-Geschichte ein. Er fing 1989 an, alles zur DDR zu sammeln, was ihm in die Hände fiel. Er fuhr an die Grenze und nahm sogar eine Selbstschussanlage mit. So ist eine wirklich beachtenswerte Sammlung entstanden, der er sein ganzes Leben widmete. Die Stadt Pforzheim hat dem Museum, weil dann die französischen Truppen abzogen, ein leer stehendes Gebäude zur Verfügung gestellt, in dem sich das Museum seit 1998 bis heute befindet. Im Jahr 2000 wurde der Verein „Gegen das Vergessen“ gegründet, 2003 entstand eine erste Dauerausstellung unter der Leitung von Klaus Knabe mit Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung. Von 2013 bis 2015 durfte ich dann als Kuratorin zu einer kompletten Überarbeitung der Ausstellung beitragen.

Klaus Knabe hat eine bedeutende Sammlung geschaffen und mit dem DDR-Museum einen Verbund an ehemaligen DDR-Bürger_innen und an der Aufarbeitung der DDR Interessierten aus dem Raum Pforzheim. Für mich waren dies sehr wichtige Kontakte für meine Forschungsarbeit. Ich kam auf das Thema, weil ich natürlich in Pforzheim mit vielen Menschen zu tun hatte, die selber irgendwann mal angekommen waren, ich das sehr spannend fand und mich fragte, wie das eigentlich ist, in einem Land anzukommen, das einem so bekannt vorkommt, aber doch nicht das gleiche ist wie das, woher man stammt.

Quellen zum Ankommen

Bis jetzt habe ich Quellen gesammelt und eine erste kleine Untersuchung veröffentlicht, in der es um die Nachkriegszeit und die Verteilung des Wohnraums für Flüchtlinge geht. Pforzheim war eine komplett ausgebombte Stadt, da hatten in der Wohnungsnot erst einmal evakuierte Einheimische und Heimatvertriebene Vorrang. Ich frage in der Untersuchung, ab wann die DDR-Flüchtlinge – die ja vor Gründung des Landes, wenn sie über die Besatzungszonen gingen, noch illegal Zugewanderte waren – als Gruppe relevant wurden und in der Wohnungszuteilung auftauchten. Durch Videointerviews, die ich mit DDR-Bürger_innen geführt habe, die in den 1970er und 1980er Jahren nach Pforzheim kamen, konzentriere ich mich aber stärker auf diese Zeitspanne.

Heute mitgebracht habe ich die Erinnerungen zweier Familien:

„Wir waren glücklich am Ziel der langen Reise angelangt. Gott sei Dank!“ Mit diesen Worten schließt der umfassende Bericht der Familie Mehner aus Freiberg in Sachsen – eine meiner wichtigsten Quellen – über den langen Prozess der Ausreise aus der DDR: vom Stellen eines Ausreiseantrags am 13. Dezember 1976 bis hin zum Einzug in eine Pforzheimer Mietswohnung am 25. Juli 1979. Auf Grundlage des gesammelten Briefverkehrs an Freunde und Verwandte aus dieser Zeit verfasste

der Familienvater Mehner im Jahr 2010 eine Familienchronik, die die Erlebnisse der Ausreise und des Ankommens in Briefform schildert. Das Manuskript wurde in Ringbindung vervielfältigt und an Freunde und Verwandte verteilt. Zusammen mit den Originalbriefen, einem Familien-Fotoalbum und von mir geführten Videointerviews mit dem Ehepaar Mehner sowie mit der ältesten Tochter liegen eindrückliche Ego-Dokumente vor, die Aufschluss über die Erfahrungen und Gefühle der Beteiligten beim Ankommen im Westen festhalten.
Vorausgegangen war die Ausreise mit den drei Kindern per Zug, die wie so oft sehr kurzfristig bewilligt worden war. Es folgte ein kurzer Aufenthalt bei Verwandten in Hamburg, dann kamen sie in das Notaufnahmelager Marienfelde und schließlich in ein Übergangswohnheim in Wuppertal, wo vor allem Spätaussiedler_innen untergebracht waren. Das ist eine relativ singuläre Erscheinung, aber einzelne DDR-Bürger_innen berichten immer wieder davon, dass sie in diesen Übergangswohnheimen untergebracht waren.
Herr Mehner bewarb sich dann um Jobs und bekam eine Zusage in Pforzheim. Das war der Grund dafür, dass die Familie dahin ziehen durfte. Nur bei Arbeit oder Familienzugehörigkeit konnte man sich ja überhaupt aussuchen, wohin man kam.
Im Sommer des Jahres 1979 zogen Mehners mit den drei Kindern nach Pforzheim, wo sie im Neubaugebiet Haidach eine Mietswohnung gefunden hatten. In dem Stadtteil, der seit Mitte der 1960er Jahre gebaut wurde, wohnten überwiegend Familien, die durch die knappe Wohnsituation hier größere Wohnungen finden konnten. Nach kurzer Zeit machten Mehners die Bekanntschaft mit Klaus Knabe, dem späteren Gründer des DDR-Museums Pforzheim. Er kam aus der Nähe von Dresden und lebte seit 1963 in Pforzheim. Frau Mehner erinnert sich an die erste Begegnung:

> „Und der hatte erfahren durch ‘ne Frau im Chor, da sind Leute aus dem Osten gekommen und die wohnen bei uns auf dem Haidach. Und da hat er sich gleich aufgemacht. Also, er war immer sehr für Landsleute, also wenn er da jemanden treffen konnte ... Und dann klingelt er unten [...]."

Der gebürtige Sachse Knabe lud das Ehepaar zu den Proben des Kirchenchors ein.

> „Und wir waren auch schon drüben im Chor gewesen und das kam uns gerade recht, weil wir wollten ja bissl integriert werden hier durch irgendwelche Vereine oder was. Und Kirchenchor, das war dann das, was uns am meisten zugesagt hat."

Beide Familien pflegten eine enge Freundschaft und fuhren öfter gemeinsam in den Urlaub.
Das ist nur ein kleiner Ausschnitt, das Interview geht natürlich weiter. Mich interessiert nicht nur dieser erste Kontakt, aber es ist schon interessant zu sehen, dass in



Frage aus dem Publikum

diesem Stadtteil zufälligerweise, weil es da große freie Wohnungen gab, relativ viele Leute aus der DDR zusammenkamen. Ich kann noch einige Familien nennen, auf die das zutrifft. Auch das DDR-Museum ist später in diesem Stadtteil gegründet worden.
Ich finde es wichtig, bei der Integration auch die Regionalität zu berücksichtigen. Herr Knabe hat zum Beispiel vor allem Sachsen in Pforzheim angesprochen, und ich versuche, die Relevanz dieser Geschichte des Ankommens auch mit Vergleichen in Verbindung zu setzen: Wie ist es denn, wenn jemand aus Hamburg nach München zieht? Hatte er ähnliche Probleme, was ist eigentlich daran anders?
Die meisten DDR-Bürger_innen im Westen waren in den 1970er und 1980er Jahren sehr flexibel, sie waren gern gesehene Arbeitskräfte, sie wurden freundlich, aber uninteressiert in der Arbeitswelt aufgenommen. Sie hatten auch keine Netzwerke, es sei denn über kirchliche Verbindungen, das half manchmal. Meistens mussten sie sich alles neu aufbauen, oft hatten sie finanziell keine Reserven. Manche von ihnen durften ihre Güter „umziehen" und bekamen ihre Möbel später, aber das trifft nicht auf alle zu. Manchmal waren es auch freigekaufte Personen, die psychisch und physisch erst einmal in einem kritischen Zustand waren, sodass sie nicht fähig waren, so-

fort weiterzumachen, sich etwas aufzubauen. Der Job spielte eine große Rolle, und auch die Kinder wurden oft sehr getriezt. Sie erfuhren viel Druck und sollten sich möglichst schnell und unauffällig in das westliche Schulsystem integrieren. Ab einem bestimmten Alter stellten die Fremdsprachenkenntnisse eine Hürde dar, die DDR-Kinder hatten meist Russisch gelernt, im Westen war es eher Englisch oder Französisch. Auf einem höheren Niveau war das oft nicht mehr gut nachzuholen.
Oft war es bei meinen Interviewpartnerinnen so, dass sich die Jobsuche für Frauen als sehr schwer herausstellte. Ingenieurinnen zogen nach Pforzheim, Baden-Württemberg, Schwaben, und bekamen definitiv nicht die Stelle, die sie vorher hatten, sondern arbeiteten in ganz anderen Aufgaben, als Sekretärinnen etwa. Denn das Bild der „Frau im Beruf" war im Westen – bis auf einige Ausnahmen – zu der Zeit ein ganz anderes als in der DDR.
Integrationsmechanismen waren klassisch der Sport, die Schule, der Job, der Chor, die Kirche. So wie sicherlich auch heute, wenn jemand neu in eine Stadt kommt. Es scheint, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit aus der DDR Zugewanderten mit wenigen Ausnahmen mit der vollendeten Ausreise und dem Übertritt in die Bundesrepublik aufhört. Dies mag auch an einer fehlenden Interessensvertretung der Neuankömmlinge im Westen und der scheinbar „geräuschlosen" Integration liegen. Dadurch, dass ihre Integrationsleistung – und die der westdeutschen Gesellschaft – als selbstverständlich angenommen wird, ist das Thema der aus der DDR Zugewanderten samt der Herausforderungen, Leistungen, Erfolge und des Engagements in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in eine Grauzone gerutscht.
Es gibt ja gerade den Trend, sich den Leidensdruck anzuschauen, den die ostdeutschen Bürger_innen in den vergangenen Jahren erleben mussten. Aber schon in der Zeit davor gab es so viele angekommene Menschen, die die Bundesrepublik zu dem gemacht haben, was sie heute ist. Mein Appell geht dahin, bei dieser ganzen Debatte um 30 Jahre Deutsche Einheit schon die Jahre davor mit einzubeziehen.
Ich plädiere auch stark dafür, die alte Bundesrepublik ganz klar mit einem Cut zu versehen. Nach 1990 gab es keine weiter existierende alte Bundesrepublik, nur weil der staatliche Vertrag weiterlief und die DDR dazukam. Die Bundesrepublik hat sich massiv verändert. Ich glaube, wenn wir das mehr berücksichtigen, dann können wir vielleicht auch besser über die DDR sprechen.

Diskussion

Silke Klewin: Vielen Dank für Ihren Beitrag und auch für den letzten Aspekt. Ich finde tatsächlich auch, dass dieser Punkt oft zu kurz kommt. Beim Zusammenwachsen Deutschlands werden oft Bezüge hergestellt und Vergleiche mit der Bundesrepublik herangezogen, als sei sie 1990 so vorgefunden worden, wie sie die gesamten Jahre vorher auch schon war. Es wird zu stark vergessen, dass wir uns dann miteinander weiterentwickelt haben, West und Ost.
Wir haben vorher über das Erbe der SED-Diktatur gesprochen. Sie haben die Ausstellung in Pforzheim verändert. 2003 wurde sie von Herrn Knabe erarbeitet, Sie haben vor wenigen Jahren eine neue Ausstellung konzipiert. Welche Themen haben Sie dabei aufgenommen, was ist die DDR für Sie, was gilt es zu bewahren und was lässt sich in diesem als „Lernort" benannten DDR-Museum Pforzheim lernen?
Florentine Schmidtmann: Die Überarbeitung hat die Ausstellung und das Museum massiv verändert, das passiert wahrscheinlich mit jeder Neukonzeption. Ich habe eng mit den Ehrenamtlichen zusammengearbeitet, wir haben die Texte neu geschrieben, wir haben alles abgestimmt. Trotzdem war es ein ziemlicher Wandlungsprozess. Bei den Themen fällt mir jetzt konkret die Stasi ein. Ich habe mich dezidiert gegen einen Raum entschieden, in dem es nur um die Staatssicherheit geht, weil ich – das ist vielleicht eine Generationsfrage – nicht das Gleiche erzählen wollte, was man schon so oft gehört hat. Ich war ja Geschichtsstudentin und habe mich sehr mit dem Thema DDR, SED-Diktatur und Unrecht auseinandergesetzt.
Wir haben zum Beispiel in einem Raum, in dem es um das Leben im Alltag geht, eine Überwachungskamera in den Raum gehängt, so als ob sie wirklich in Betrieb wäre. Die Stasi taucht in verschiedenen Texten auf, sie war dabei und hat die Menschen überwacht. Zum Beispiel werden sechs verschiedene Geschichten von Flucht und Ausreisen erzählt. Und natürlich ist da immer die Stasi dabei.
Am Ende der 2015 eröffneten Ausstellung gibt es – und das finde ich bis heute eine gute Idee – einen Raum, in dem es um 1990 geht. Es war mir ganz wichtig, dass die Ausstellung mit 1990 statt mit dem Jahr 1989 endet. In diesem Raum gibt es ein Schaufenster mit verschiedenen Gerätschaften der Staatssicherheit. Denn letztlich kam alles, was wir heute wissen können, erst 1990 heraus. Natürlich wusste und ahnte man dies und jenes. Aber von der Bösartigkeit und Böswilligkeit der Stasi wusste die breite Öffentlichkeit, auch im Westen, eben erst dann.
Ein anderes Beispiel ist die Ausstellung in einem Potsdamer Museum, die ich momentan kuratiere und die Ende September 2020 öffnen wird. Da geht es um die Neugründung des Bundeslands Brandenburg vor 30 Jahren. Wir haben sehr viele Interviewpartner_innen, die aus der Zeit vor 1989 erzählen können, die ihre Geschichte mitbringen. Ich freue mich sehr, dass mir diese Aufgabe als Anfang-30-Jähriger zugesprochen wurde, aber ich finde es auch sehr mutig und richtig, mal etwas weiter zu schauen. Man könnte jetzt denken, das wird eine Ausstellung über die Friedliche Revolution und ihre Auswirkungen.

Aber es geht wirklich nicht darum zu schauen, wo wir heute sind und ob die Wiedervereinigung geklappt hat, sondern es sind Geschichten aus dem Land Brandenburg, das ja 1990 neu gegründet wurde, da gab es keine so lange Tradition wie in Sachsen. Es geht darum, nach vorn zu schauen. Dabei muss man fragen, wie denn etwa mit der Treuhand umgegangen wurde, da gibt es natürlich ganz viele negative Geschichten. Brandenburg erholt sich erst seit 2010 wieder von den hohen Arbeitslosenzahlen. 20 Jahre sind eine unglaublich lange Zeit, die das Land dafür gebraucht hat. Aber es geht nicht darum, das anzuklagen, sondern darum, sich anzuschauen, was wir geschafft haben und dass es weitergeht.

Es gibt so viele Themen, die das Land berühren. Und die Zeit der DDR ist etwas, das Brandenburg unglaublich stark geprägt hat. Ich plädiere für solche Geschichten, die nach vorn schauen lassen: Geschichte gehört dazu, hat geprägt, aber jetzt geht es weiter.

Silke Klewin: Herr Ide, Sie haben sehr viele Vorschläge gemacht, wie wir modernere Ansätze verfolgen könnten. Ich wollte noch einen kleinen Schritt zurück. Das Erbe der DDR zu kennen, reicht das? Roland Jahn wirbt ja immer dafür, indem er sagt: „Je besser man die Diktatur kennt, desto besser lässt sich die Demokratie gestalten." Das war Konsens und wurde nie öffentlich infrage gestellt oder debattiert. Das heißt also, man braucht nur die Geschichte der DDR kennenzulernen, die 1990 mit dem Untergang dieses Landes endet? So sind ja die meisten Museen und Gedenkstätten aufgezogen. Ich erinnere mich an eine Ausstellung, die so aufgebaut war, dass man durch einen dunklen Gang ging, und 1990 kam das Licht.

Ilko-Sascha Kowalczuk hat 2018 eine Debatte anstoßen wollen, die nicht so richtig in Gang kam. Er ging mit dem Satz ins Rennen: „Die Aufarbeitung ist fehlgeschlagen." Denn Sinn und Zweck der Aufarbeitung sei es bis heute, die Demokratie zu stärken. Das hat offensichtlich besonders in Ostdeutschland nicht funktioniert. Deshalb an Sie die Frage abgesehen von der Veränderung der Methodik: Was gilt es zu erinnern? Ist der Blick auf Mauern, Stacheldraht, Verfolgung wirklich das Hauptkennzeichen, über das wir, wenn wir die Kenntnisse haben, besser Demokratie gestalten können?

Robert Ide: Auf jeden Fall ist es wichtig zu wissen, dass die Verfolgung von Widerstand der fundamentale Bestandteil davon war, dass dieses System überhaupt so lange überlebt hat. Das muss man einfach zugestehen. Trotzdem – ich finde, das Thema Stasi ist auf eine gewisse Art eindimensional. Vielleicht die ganze Nachwende-DDR-Gesellschaft, auch diejenigen, die in der SED waren, alle haben sich darauf geeinigt, dass die Stasi an allem schuld ist. Die Stasi war aber nur das Werkzeug der SED, und in der SED waren nicht nur ein paar Leute. Bei der Stasi auch nicht, aber

bei der SED reden wir von ein paar Millionen. Trotzdem war es auch eine Aufgabe der Deutschen Einheit, selbst die vielen Menschen, die in der SED waren, zu überzeugen, nicht völlig von der Demokratie abzufallen, oder es wenigstens zu versuchen. Deswegen ist es so differenziert.

Einerseits muss man der SED und ihren Nachfolgern trotz inzwischen sechs Umbenennungen immer noch die Frage stellen, wie sie heute zu diesem Unrecht damals stehen. Andererseits muss man auch zugestehen, dass gerade die Linke, die heute in Berlin und in Thüringen regiert, diese Frage relativ eindeutig beantwortet hat und dass gerade die DDR-Gedenkstätten in diesen beiden Bundesländern überhaupt nicht gekürzt oder heruntergefahren, sondern sogar gefördert werden. Vielleicht auch aus einem schlechten Gewissen heraus.

Man muss anerkennen, dass auch SED-Leute oder solche, die heute die Linke wählen und aus diesem Zusammenhang kommen, einen langen Lernprozess hinter sich haben. Gleichzeitig muss man aber Gregor Gysi fragen, welche Fragen noch offen sind bei dieser ganzen Havemann- und Stasigeschichte, selbst wenn er dagegen klagt. Andererseits muss man anerkennen, dass er versucht, die Linke außenpolitisch regierungsfähig zu machen. Ob das gelingt, gerade wenn ich nach Belarus und Russland schaue, da bin ich mir noch unsicher, aber der Versuch ist da. Erkennt man das jetzt an oder nicht?

Ich finde, es gehört genauso dazu anzuerkennen, dass sich Gruppen, in denen Täter aktiv waren, gewandelt haben. Roland Jahn hat die früheren Stasiwachleute, die später in der Stasiunterlagenbehörde arbeiteten, alle mehr oder weniger aus der Behörde entfernt. Man kann sagen, es ist völlig verständlich. Denn warum sollen die Stasiopfer, die sich ihre Akten anschauen, an den Leuten vorbeilaufen müssen, die Teil des Apparats waren, der sie verfolgt und ins Gefängnis gebracht hat? Trotzdem ist auch anzuerkennen, dass diese Leute zwar vielleicht – als junge Leute – zehn Jahre für die Stasi gedient haben, aber danach über 20 Jahre für die Demokratie, für die Aufbewahrung und Sicherung der Stasiakten.

Es ist alles nicht so einfach, und genau das macht die ostdeutsche Gesellschaft aus, dieses Zerklüftete. Das ist auch das, was viele, die von außen draufschauen, nicht verstehen, vielleicht auch, weil wir es nicht differenziert genug vermitteln. Doch genau diese Vielfalt ist der Wert der ostdeutschen Gesellschaft. Die wird viel zu selten deutlich.

Weil Sie es vorhin angesprochen haben: mein Porträt über Florian Havemann. Er hat 2007 ein Buch über seinen Vater geschrieben. Das war ein Pamphlet, in dem er auf über 1.000 Seiten geschrieben hat, was das für ein bescheuerter Vater war, der viel getrunken hat und es sich gut gehen ließ. Seine Ehe hat ihn nicht interessiert,



Silke Klewin

sondern eher die Freundinnen seiner Kinder. Dagegen klagten viele Leute, das Buch durfte nicht weiter erscheinen oder nur mit Schwärzungen. Der Verlag distanzierte sich, Florian Havemann hat über zehn Jahre für seine anderen Werke keinen Verlag mehr gefunden. Später ist er dann, was auch wieder verrückt ist, für die Linke in Brandenburg als Verfassungsrichter nominiert worden, ausgerechnet von der Linken – ein Widerständler, der aus der DDR geflohen war, der auch aus der DDR-Opposition geflohen war.

Seine Geschichte hat also ganz viele Schichten. Es hat mich gereizt, an diesem Menschen zu zeigen, wie jemand schon damals sehr vielfältig gelebt hat und das auch heute tut, als Lebenskünstler am Rande der sozialen Existenz. Man kann es so betrachten, dass man ein sehr vielfältiges und freies Leben haben kann, aber die alten Schichten nicht los wird: Wenn ich zu DDR-Oppositionellen sage, die sich – völlig zu Recht – auf Robert Havemann berufen, dass Florian Havemann trotz allem ein interessanter Mensch sei, dann sagen die: „Um Gottes willen, der hat doch seinen Vater öffentlich niedergemacht." Das kann man auch verurteilen, aber es ist schade, wenn man nicht anerkennt, dass sich jemand auch weiterentwickelt hat.

Das ist mein Plädoyer, dass wir das alle machen müssen, auch wenn wir – ganz platt – zum Glück auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden haben. Diese Leistung müssen dummerweise gerade wir als Ostdeutsche doppelt erbringen, damit sie gesehen wird, weil eben viele Ostdeutsche im vereinten Deutschland noch nicht ausreichend zu sehen sind – außer einer Bundeskanzlerin, die nicht gerade herauskehrt, dass sie Ostdeutsche ist. Ich glaube, dass es wichtig ist, das vorzuleben. Man kann auch stolz darauf sein, dass man all diese Verwicklungen geschafft hat, jetzt hier in diesem Leben ist und immer noch alle Möglichkeiten hat. Dazu versuche ich zu ermuntern, und es wäre schön, wenn Sie hier alle mitmachen.

Silke Klewin: Matthias Eisel sprach heute früh über das Verblassen der DDR-Erinnerung. Es gibt eine Umfrage aus dem Herbst 2019 des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung. Als ein Ergebnis ist die Kritik formuliert, dass die Aufarbeitung versagt habe, denn es sei nicht gelungen, das Wissen über den Charakter des SED-Regimes weiterzureichen, vor allem nicht an die nachfolgenden Generationen. Auf die Frage „Würden Sie sagen, die DDR war ein Rechtsstaat?" antwortet jeder Dritte, der unter 30 ist, mit „Weiß nicht".

Robert Ide: Immerhin sagen sie nicht „Ja".

Silke Klewin: Das dachte ich auch. Aber drei Viertel der Unter-30-Jährigen konnten nichts dazu sagen, wie sie die Verhältnisse in der DDR vor der „Wende" fanden. Ich will nicht darauf hinaus, dass wir den Bildungsstand der Jugend beklagen, sondern ich denke, wir müssten ernsthaft darüber nachdenken, was wir aus dem Befassen mit der DDR-Geschichte lernen und wie wir den Staffelstab weiterreichen können. Ich bin nicht sicher, dass es nur an der Methodik hängt und uns nur eine App nach vorne bringt. Sondern ich frage Sie beide: Kann ich durch das Befassen mit der DDR-Geschichte und die Erkenntnis „Diktatur: schlecht; also Demokratie: viel besser" wirklich lernen, Demokratie zu gestalten, wie Roland Jahn es sagt? So einfach scheint es ja offensichtlich nicht zu funktionieren.

Robert Ide: Das eine habe ich vorhin schon angedeutet: Im Grunde kann es uns zeigen, was für ein Leben man leben möchte und welchen Preis man heute dafür zahlen muss. Und welchen Preis mussten vor allem Sie hier im Publikum damals bezahlen! Dies sich zu verdeutlichen, macht den Unterschied schon sichtbar. Aber dafür muss ich natürlich – und die App ist ja nur ein Beispiel – die Menschen abholen, und zwar nicht bei der Frage, wie es in der DDR war, denn die Frage stellen sich viele vielleicht gar nicht, sondern bei der Frage: Welches Leben möchte ich führen, in welchen Zwängen stecke ich, in welchen stecken andere und wie gehen sie damit um? Wie kamen sie da wieder heraus, wie haben es die Menschen geschafft, so einen Staat friedlich zu verändern? In Belarus sieht man es ja auch wieder: Schauen wir auf

die mutigen Frauen, die versuchen, die Konflikte friedlich zu lösen, obwohl sie die ganze Zeit weggesperrt werden! Das ist es, was wir über die DDR lernen können, wenn wir jetzt nach Belarus sehen.
Dass sich viele die Frage, wie es in der DDR war, nicht stellen, ist auch nicht nur ein Fehler der Aufarbeitung, sondern ein Fehler der Bildung. In den Schulen wird die DDR wirklich ganz am Rande kurz vor den Sommerferien behandelt, dann ist hitzefrei und es heißt: „Das haben wir jetzt nicht mehr geschafft, ist auch nicht so wichtig, fragt dazu mal eure Eltern." Und wenn die Eltern gefragt werden, dann erzählen sie, wie gut die Schokolade geschmeckt hat und dass es im Bulgarien-Urlaub auch schön war. War es ja auch, aber das sind ja nicht die gesamten DDR-Erinnerungen. Man muss die Vielfalt zeigen, und das kann man nur durch mehr Bildung und durch moderne Angebote. Und dadurch, dass man versucht, vielleicht von der reinen DDR-Betrachtung wegzukommen – hin dazu, was es heute mit unserem Leben zu tun hat.
Silke Klewin: Frau Schmidtmann, was sagen Sie dazu?
Florentine Schmidtmann: Ich glaube, es gibt zwei Arten von DDR. Das Forum hat das Erbe der SED-Diktatur zum Thema, aber reden wir hier über das Erbe der SED-Diktatur oder reden wir über das Erbe der DDR? Für mich sind das zwei verschiedene Fragen. Beim Erbe der SED-Diktatur denke ich sofort an Bautzen, an Hohenschönhausen, an dieses Unrecht, wovon ich als fast Nachgeborene nur – aber zur Genüge – gehört habe. Wenn ich aber an die DDR denke, dann kommen ganz andere Bilder in den Kopf. Diese Zwiegespaltenheit ist das Problem. Stefan Wolles Titel „Heile Welt der Diktatur" ist grandios, denn: Da passt einfach etwas nicht zusammen.
Gerade für junge Leute ist nicht verständlich, wieso das, was sie in der Schule über die DDR hören, sich gar nicht mit dem deckt, was ihre Eltern und Großeltern erzählen. Die ersten 20 Jahre der Aufarbeitung fingen an, sehr viel über Stasiakten und Täter zu erzählen, dann ging es immer mehr in die Alltagsgeschichte. Und vieles davon lässt sich nicht zusammenbringen für jemanden, der vielleicht nur fünf Unterrichtsstunden dazu hat.
Wenn ich dann jemandem erkläre und sage, in der DDR haben sich die Leute gegenseitig ausspioniert, dann ist das noch unfassbarer, noch schwerer zu verstehen. Auch dass erst 1990 die Akten geöffnet wurden und viele gar nicht glauben konnten, in welchem Umfang diese Bespitzelung stattfand – diese ganzen Mechanismen zu verstehen, ist eine Entwicklung. Wir haben immer noch neue Erkenntnisse in der DDR-Aufarbeitung.
Ich denke, es ist wichtig, diese Gedenkstätten weiter zu führen, Angebote zur Ge-

schichtsvermittlung zu schaffen und dabei wirklich die Leute mitzunehmen. Dabei geht es gar nicht nur um Jugendliche, wir können auch ältere Leute ansprechen, und es gibt genug Leute in Westdeutschland, die keine Ahnung von der DDR haben. Deshalb ist es ein gesamtdeutscher Auftrag.
Ich würde ja – das ist mein Herzensthema – die deutsch-deutsche Geschichte mehr ins Spiel bringen. Ich glaube, dass wir das Problem der Zwiegespaltenheit lösen können, wenn wir diese beiden Länder, die gleichzeitig existiert haben, aus ihrer Entstehung und Entwicklung heraus betrachten. Für mich sind das zwei Staaten, auch wenn das nicht anerkannt war, zwei Länder, die nebeneinander existierten und verschiedene Ideen hatten. Es ist total spannend, vom Kriegsende ausgehend zu fragen: Was passierte 1945 mit diesem von Nazis verseuchten Land, wie gingen die Leute damit um; warum kamen viele Eliten, die im Exil waren, in die DDR und nicht in die Bundesrepublik; warum konnte da viel aufgebaut werden; was war die Grundidee? Und was war mit den wirtschaftlichen Leistungen, den Reparationszahlungen, welche Ausgangsbedingungen hatten diese beiden Staaten? Wie hat sich die Bundesrepublik verändert und was gab es da, wenn wir über Themen wie Zwangsadoption und Misshandlungen in Kinderheimen reden. Auch Spionage ist ein Thema, über das man Geschichten aus beiden Staaten miteinander verweben kann, denn es gab ja Leute, die als Spitzel für die Stasi in den Westen gingen, doch auch der Geheimdienst im Westen hatte keine weißen Handschuhe an.
Vielleicht kann man das Ganze ein bisschen mehr in den Vergleich bringen, um eine Realität zu schaffen, damit wir nicht immer nur über diese böse DDR sprechen, sondern auch klar machen, es gibt Entwicklungen. Heute wurde schon mehrmals gesagt, dass manches zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik ähnlich war wie in der DDR, aber das weiß man eben nicht so, weil es in der Debatte nicht vorkommt.
Robert Ide: Wir müssen auch sehen, wie viel sich nach 1990 für beide Seiten verändert hat. Viele Ostdeutsche müssen sich zugestehen, davor in falschen Illusionen gelebt zu haben, und das ist gar kein Vorwurf. Ich meine diesen Moment, als meine Mutter sagte: „Hier sieht es ja aus wie bei uns, wo ist denn hier der Westen?" Ich glaube, dass sich viele vom Westen etwas ganz anderes vorgestellt haben, daran hatte der Westen gar keine Schuld. Später sind diese ganzen Transformationsprozesse, dass viele ostdeutsche Frauen weitergearbeitet haben, dass auch Elternzeit für Männer endlich normaler wird im Westen, dass es überall Kitaplätze gibt, das ist alles von unten heraus gewachsen, aus dem Osten, aus den Erfahrungen. Und deswegen können wir, glaube ich, nur froh sein darüber, wie alles gekommen ist: dass wir nicht mehr in der DDR leben müssen sowieso, aber es ist auch schön, nicht in der Bonner Republik zu leben.

Florentine Schmidtmann: Ich möchte noch eine letzte These ergänzen: Wir haben das Jubiläum 30 Jahre Einheit, voriges Jahr hatten wir 30 Jahre Mauerfall. Ich finde es wahnsinnig spannend, wie unterschiedlich das bewertet wird, wie die Gemüter hochkochen. Letztes Jahr war es noch okay: Wir feiern das nochmal, obwohl wir auch schon 20 Jahre gefeiert haben. Aber dieses Jahr ist es schon sehr kritisch, das kann man in der Presse nachlesen. Alle versuchen, mehr auf den Alltag abzuzielen, auf die Folgen. Alexander Latotzky sagte heute früh: „30 Jahre Deutsche Einheit ist ein Thema, zu dem wir alle unsere Erfahrungen beitragen können." Das finde ich spannend, denn jeder kann aus seinem Umfeld noch viel direkter Geschichten abholen, und die sind genauso vielfältig, wie wir sie erzählen können. Wir müssen eben auch mutig sein und Perspektiven zulassen, solange es nicht gegen andere Menschen geht.
Silke Klewin: Das ist ein wunderbares Schlusswort. Ganz herzlichen Dank Ihnen beiden.

Die vollständige Diskussion mit dem Publikum finden Sie im Mitschnitt des Bautzen-Forums unter https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/live-stream.

1) Vgl. Simon Schwartz: drüben! Berlin 2009. http://www.avant-verlag.de/comic/drueben; Thomas Henseler, Susanne Buddenberg: Tunnel 57. Eine Fluchtgeschichte als Comic. Berlin 2013; und auch der Film von Bully Herbig: Ballon 2018.

2) Vgl. Volker Ackermann: Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961. Osnabrück 1995.

3) Der Begriff „Stadt des Ankommens" ist angelehnt an: Doug Saunders: Arrival City. München 2010.



Birgit Neumann-Becker, Christian Dertinger, Britta Veltzke, Chris Bürger, Alexander Latotzky (v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Birgit Neumann-Becker, Christian Dertinger, Chris Bürger, Alexander Latotzky
Moderation: **Britta Veltzke**

Wie geht es den Opfern der SED-Diktatur heute?

Britta Veltzke: Wie geht es den Opfern der SED-Diktatur heute – diese Frage könnte ich im Grunde jedem von Ihnen stellen, denn Sie haben alle in irgendeiner Form unter der SED-Diktatur gelitten und beschäftigen sich bis heute ehrenamtlich oder beruflich mit dieser Thematik. Jede Ihrer Geschichten wäre es wert, in aller Ausführlichkeit erzählt zu werden. Weil dazu leider die Zeit fehlt, möchte ich ganz kurz auf Ihre Biografien eingehen.

Frau Birgit Neumann-Becker, Sie haben als Jugendliche den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ getragen und hatten es dabei sicher nicht immer leicht. Als Theologiestudentin kamen Sie ins Visier der Stasi und waren in der evangelischen Studentengemeinde aktiv.

Chris Bürger, 1956 in Chemnitz geboren, Sie haben einen Ausreiseantrag gestellt und wurden inhaftiert. 1986 mussten Sie ein halbes Jahr in Isolationshaft durchstehen und kamen danach beruflich nicht mehr dahin, wo Sie hinwollten. Sie bekamen zwangsweise einen Arbeitsplatz zugewiesen.

Alexander Latotzky, 1948 in Bautzen im Sowjetischen Speziallager geboren, wurde mit zwei Jahren von seiner Mutter getrennt und hat die verschiedensten DDR-Kinderheime von innen gesehen. Mit neun Jahren traf er seine Mutter dann wieder, in West-Berlin. Eine bewegende Geschichte, die auch im Podcast der Friedrich-Ebert-Stiftung „Friedrich unterwegs“ ausführlich nachzuhören ist.

Christian Dertinger, 1944 in Prenzlau in der Uckermark geboren – wegen des Bombenhagels nicht wie seine älteren Geschwister in Berlin. Am 15. Januar 1953 wurde die Familie von einem Tag auf den anderen aufgelöst, der Tag hat sich Ihnen sehr eingeprägt. Ihr Vater war der erste Außenminister der DDR, CDU-Mitglied, der Spionage und Verschwörung verdächtigt und deshalb verhaftet. Auch Ihre Eltern und Geschwister kamen in Haft, Sie kamen mit acht Jahren in eine staatstreue Pflegefamilie. Mit 16 haben Sie Ihre Mutter wiedergetroffen. Herr Dertinger, wenn man schon in Kindheitstagen belogen und manipuliert wurde, Unrecht erfahren hat, kann man die Frage, wie es einem als Opfer oder Betroffenen der SED-Diktatur geht, jemals mit „gut“ beantworten?

Christian Dertinger: Mit „gut“ sicher nicht. Aber ich habe große Erfahrungen gemacht, die mir im späteren Leben genützt haben. Man sollte nicht immer so vertrauensselig sein wie mein Vater, aber leider komme ich charakterlich sehr nach ihm, habe zu den meisten Menschen Vertrauen und möchte das auch nicht aufgeben. Aber ich frage natürlich immer wieder nach, wie mein Verhältnis zu den Mitmenschen wäre, wenn ich diese Erfahrung der Niedertracht der Stasi nicht gemacht hätte. Und ich freue mich dann doch immer wieder, dass der überwiegende Teil der Menschen freundlich ist, wenn auch nicht immer meiner Meinung, aber das ist ja eines jeden gutes Recht. Ich sehe der Sache nach über 60 Jahren sehr gelassen entgegen und freue mich, wenn ich meine Geschichte meinen Mitmenschen, vor allem der Jugend, nahebringen kann. Ich bin nicht immer guter Hoffnung, aber ich habe immer Hoffnung auf das Gute.

Britta Veltzke: Herr Latotzky, wie würden Sie diese Frage beantworten?

Alexander Latotzky: Mir geht es gut. Ich habe eine Familie, zwei Kinder, fünf Enkelkinder, alle halten zu mir, deshalb geht es mir hervorragend.

Britta Veltzke: Das ist schön zu hören. Frau Neumann-Becker, Sie sind die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Können Sie 30 Jahre nach der Wiedervereinigung im Nachgang für ein Stück weit Gerechtigkeit sorgen?

Birgit Neumann-Becker: Das ist eine schwierige Frage. Nein, natürlich nicht, weil alle Anerkennungs- und Rehabilitierungsverfahren ja von Behörden oder Gerichten entschieden werden und die dazugehörenden Gesetze beim Deutschen Bundestag beschlossen werden. Insofern sind wir als Landesbeauftragte damit befasst, Betroffene dazu zu beraten, wie die rechtlichen Regelungen aktuell gestaltet sind und welche Möglichkeiten ihnen offenstehen.

Dennoch glaube ich schon, dass wir etwas zum Thema Gerechtigkeit und Bewusstwerden von Problemlagen beitragen können, indem wir bei der persönlichen Klärung der Umstände helfen: durch Beratungen, Aktenrecherche und Kooperation mit anderen Behörden, bei denen Akten und Unterlagen liegen, die für Einzelne gar nicht so leicht zu beschaffen sind; auch damit Betroffene die Zusammenhänge überhaupt verstehen können, gerade wenn es um Biografiebrüche bei Kindern und Jugendlichen geht, die selbst gar nicht bewusst erlebt wurden und rekonstruiert werden können, das auf alle Fälle; und natürlich als Fürsprecherin in Richtung Politik, Öffentlichkeit für die Belange der Verfolgten.

Wir gehen mit dem Begriff „Opfer“ vorsichtig um, weil sich nämlich darin schon eine riesige Diskussion verbirgt: Will ich zum Opfer gemacht worden sein und will ich ein Opfer bleiben? Bin ich ein Opfer, obwohl mir vielleicht die Anerkennung versagt wird? Beschädigt mich das vielleicht noch zusätzlich und macht mich das auf neue Weise zum Opfer? Wir sprechen deshalb von SED-Verfolgten oder Betroffenen, damit wir nicht diese Zuschreibung von uns aus machen. Andererseits ist es auch sehr wichtig, sich als Opfer verstanden zu fühlen.

Ja, ich glaube schon, wir müssen und können an der Stelle helfen, durch Gespräche, durch Aufarbeitung. Stefan Krippendorf, der hier im Raum ist, hat in einer ganz frühen Zeit einen Beitrag zur Aufarbeitung des Jugendhauses gemacht, worum sich bis dahin überhaupt keiner gekümmert hatte. Gerade in den Jugendhäusern gab es ja ganz fürchterliche Bedingungen. Das ist immer noch eine echte offene Rechnung.

Britta Veltzke: Über den Begriff Opfer würde ich gern gleich noch sprechen. Sie füllen dieses Amt schon eine Weile aus. Wie hat sich denn Ihre Arbeit verändert in den vergangenen Jahren?

Birgit Neumann-Becker: Sie zeichnet sich durch eine hohe Kontinuität in den Beratungsanfragen aus, die durch die Gesetzesänderungen kommen, aber auch weil



Chris Bürger

viele Betroffene mit genug zeitlichem Abstand erst jetzt die Kraft haben, sich mit ihrem Schicksal zu beschäftigen. Manchmal hängt es auch mit ganz lebenspraktischen Fragen, etwa der Klärung des Rentenkontos, zusammen oder auch mit der Klärung der Biografie von Angehörigen, die entweder verstorben sind oder die in die letzte Lebensphase kommen und für die man noch einige Klärungen erreichen möchte. Dass das so kontinuierlich stattfindet und wir jährlich 2.500 Beratungen allein in Sachsen-Anhalt haben, damit war vor 25 Jahren, als die Behörde eingerichtet wurde, nicht zu rechnen. Der Deutsche Bundestag hat sein Eigenes getan und die Rehabilitierungsgesetze noch einmal angepasst, was einige Menschen mehr in den Genuss von Leistungen gebracht hat. Das ist mir sehr wichtig, weil dadurch auch die Anerkennung vergrößert wird. Gemeinsam mit den Verbänden müssen wir das nun gut kommunizieren, damit auch alle in den Genuss der Möglichkeiten kommen, die ihnen zustehen.

Britta Veltzke: Bevor wir darüber sprechen, wer und wer nicht in diesen Genuss kommt, Herr Bürger, noch die Frage an Sie. Wie empfinden Sie den Begriff Opfer?

Chris Bürger: Ich verwende diesen Begriff überhaupt nicht, weil es impliziert, dass

man immer noch von der Situation betroffen ist. Deshalb verwende ich immer den Begriff Betroffener, das ist mir wichtig, denn wir sind keine Opfer. Wie geht es den ehemaligen SED-Diktatur-Opfern heute? Das ist eine ganz vielschichtige und individuelle Entwicklung in der Aufarbeitung des Erlebten. Man kann nicht verallgemeinern: Uns geht es allen gut, uns geht es schlecht. Es ist ganz verschieden und kommt darauf an. Die Brüche in den einzelnen Biografien, ob von Ausreisenden, Freigekauften, Hiergebliebenen – die psychischen und physischen Belastungen wirken teilweise bis heute nach.

Der Untergang der DDR und die daraufhin folgende Neuorientierung vieler spielt dann natürlich auch eine Rolle. Viele hatten durch die Brüche in ihren Biografien nicht mehr die Chance, sich persönlich, beruflich, intellektuell so weiterzuentwickeln, wie sie es gekonnt oder auch getan hätten. Und dann war die DDR beendet und sie standen da als Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter und mussten sich neu orientieren. Das war natürlich eine zusätzliche Schwierigkeit und Hürde, die viele überwinden mussten. Der eine hat die Power gehabt, sich reingekniet und noch etwas aus seinem Leben machen können, noch ein Studium begonnen oder sich qualifiziert und weitergebildet. Andere hatten einfach nicht die Kraft oder immer noch an psychischen Problemen aus der Zeit der Haft und der erlittenen Repressionen zu kämpfen. Dafür gibt es viele Beispiele.

Britta Veltzke: Ich möchte noch einmal auf die Reha-Gesetze zurückkommen, in denen die Entfristung der SED-Verbrechen festgelegt wurde, das war ein Schritt, den die Opferverbände auch gefordert hatten. Haben Sie noch weitere Forderungen an die Politik in Bezug auf diese Gesetze?

Chris Bürger: Es gibt immer noch Forderungen, denn das gesamte Ausmaß der Probleme der Betroffenen ist teilweise noch nicht zur Genüge im Fokus. Wir haben gestern darüber gesprochen, dass es immer wieder neue Gruppen gibt. Seit einigen Jahren haben wir das Thema der Zwangsadoptionen, dieses ganz dunkle Kapitel der DDR-Jugendgeschichte, oder Doping, die Sportler_innen, es kommen immer wieder neue Themen hinzu. Das erfordert, dass die Opferverbände und die Beauftragten in den Stasiunterlagenbehörden zusammenarbeiten, entsprechend den Fokus darauf legen und die Politik auffordern, etwas für diese Menschen zu tun.

Britta Veltzke: Frau Neumann-Becker, wie hoffnungsvoll sind Sie, dass sich gesetzlich noch etwas ändert, damit auch diese angesprochenen neuen Gruppen in den Genuss staatlicher Renten, staatlicher Hilfen, Entschädigungen kommen?

Birgit Neumann-Becker: Bei den sogenannten neuen Opfer- oder Betroffenengruppen geht es zunächst darum, zu verstehen, zu belegen und aufzuarbeiten, was da überhaupt genau passiert ist. Gerade beim Thema Zwangsadoptionen – Frau

Gleicke, wir haben gesehen, wie mühsam das ist. Prof. Dr. Lindenberger hat dann die Vorstudie gemacht, und jetzt harren wir der Konzeptentwicklung einer Hauptstudie. Das ist sehr kompliziert. Aber Adoption ist auch ein sehr spezielles Feld, weil es in besonderem Maße einer Verschwiegenheitspflicht unterliegt, was ja auch berechtigt ist.
Im Laufe meiner Amtszeit habe ich mich sehr viel mit sogenannten neuen Opfergruppen beschäftigt, weil gerade mit Blick auf medizinische Eingriffe und Übergriffe in Sachsen-Anhalt viel aufzuarbeiten war: etwa beim Thema geschlossene Venerologische Stationen, wo Frauen unter dem Vorwand von Geschlechtskrankheiten unter Freiheitsberaubung medizinischen Misshandlungen ausgesetzt wurden. Wir haben dazu publiziert, ein Teil davon ist aufgearbeitet, „Disziplinierung durch Medizin" heißt das Buch. In der geschlossenen Venerologischen Station in Halle ging es nach Ende des Zweiten Weltkriegs – unendlich wichtig – eigentlich darum, die Epidemie grassierender Geschlechtskrankheiten zu unterbrechen. Geschlechtskrankheiten waren damals bis in die 1960er Jahre hinein schwer beherrschbar. Sie breiten sich in einer weitgehend heterosexuellen Gesellschaft gleichmäßig unter Frauen und Männern aus. Aber hier geht es ausschließlich um Frauen, die – im Übrigen gegen die Gesetze der DDR – in eine geschlossene Abteilung für Geschlechtskrankheiten eingewiesen wurden.
Das war im Prinzip eine Art Kurzzeitgefängnis, in dem sie ohne Notwendigkeit medizinisch zwangsbehandelt wurden. Es hatte eher den Hintergrund der Disziplinierung, denn zwei Drittel von ihnen hatten gar keine Geschlechtskrankheit. Dort sollten nicht gesunde Frauen herauskommen, sondern sozialistische Persönlichkeiten. Wir haben herausgefunden, dass es dieses System nicht nur in Halle gab, aber dort besonders fürchterlich war. Der leitende Arzt war ein früherer Wehrmachtsarzt, der auch am 17. Juni 1953 schon über den halleschen Marktplatz gejagt wurde. Aber die Station bestand bis 1982. Die ganze Stadt wusste von dieser „Tripperburg". Erst als wir das aufgearbeitet und das Thema im vollen Stadthaus in Halle vorgestellt haben, sind einigen die Augen aufgegangen, die sagten: „Wir wussten nicht, was das war. Wir haben uns damals darüber lustig gemacht." Die Frauen sind fürchterlichst behandelt worden und dachten immer, sie hätten etwas falsch gemacht. Wenn man über Wochen im gynäkologischen Bereich misshandelt wird, dann hat das langfristige Folgen.
Die zweite Gruppe sind die 6.000 bis 8.000 Frauen, die Opfer einer kontaminierten Anti-D-Prophylaxe wurden, durch die sie mit Hepatitis C infiziert wurden. Sie wurden Opfer einer Straftat. Am Institut für Bluttransfusion in Halle wurde ein Medikament für Frauen hergestellt, die ihr Kind, wenn es eine andere Blutgruppe als die



Birgit Neumann-Becker

Mutter hatte, sonst verloren hätten. Diese Anti-D-Prophylaxe war in den Jahren 1978/79 mit Hepatitis C verseucht. Tausende Frauen sind damit behandelt worden, zum Teil hätten sie das gar nicht gebraucht. Sehr viele von ihnen entwickelten eine chronische Hepatitis C mit allen vorstellbaren Begleiterscheinungen. Die Krankheit war damals noch gar nicht bekannt und ist seit zwei Jahren überhaupt erst heilbar.
Drittes Thema sind die früh verstorbenen Säuglinge beziehungsweise der angezweifelte Säuglingstod. Da geht es um Kinder, deren Mütter glauben, dass ihnen ihre verstorbenen Kinder in Wirklichkeit lebend entzogen wurden. Dazu hatten wir zunächst sehr viele Anfragen, nachdem die Serie „Weißensee" ausgestrahlt wurde, in der es in einer nicht recherchierten Episode darum ging. Daraufhin sagten viele Frauen, bei der Geburt ihrer Kinder sei „irgendwas komisch" gewesen. Wir haben in Einzelberatungen die Schicksale der Kinder und der Frauen versucht nachzuvollziehen. Aber wir haben unter den 180 Fällen, die in Zusammenhang mit der Aufarbeitung durch unsere Behörde untersucht wurden, keinen Fall finden können, in dem wir nachweisen konnten, dass das Kind entzogen wurde. Zwangsadoptionen gab es,

das müssen wir betrachten, aber in diesen Fällen haben wir nichts gefunden. Wir können aber immer besser verstehen, warum die Frauen befürchten oder auch hoffen, dass ihnen ihr Kind geraubt wurde. Dafür gibt es Gründe, das kann man nachvollziehen. Daran müssen wir arbeiten. Es gibt dazu Kontroversen, denn es gibt auch eine Vereinigung, die uns Verharmlosung der SED-Diktatur vorwirft, aber in den Unterlagen der Staatssicherheit haben wir keinen Fall gefunden, in dem etwas darauf hindeutet, dass es Kinderhandel gegeben haben könnte.
Diese Dinge haben wir also aufgearbeitet und sind im Einzelnen dabei zu schauen, wie die betroffenen Frauen in den meisten Fällen besser moralisch anerkannt werden können, damit klar wird, dass sie wirklich Opfer einer Straftat geworden sind. Und wir schauen, wie ihnen der Staat, die Gesellschaft besser helfen kann.
Es gibt aber in der ganzen Geschichte eine Unwucht, die wir nicht loswerden, auch wenn wir uns in allen Einzelheiten immer weiter mit der besseren Anerkennung, mit Rehabilitierungen und besseren Leistungen für die Betroffenen beschäftigen.
Zum einen haben wir eine große Heterogenität bei den Betroffenen. Manche wurden schon als Kind aus der Lebensbahn geworfen. Deshalb ist mir gerade das Thema Jugendwerkhof und Jugendhäuser, wo Jugendliche, die aus schwierigen Verhältnissen kamen und vielleicht auch kleinkriminell waren, drakonischen Strafen ausgesetzt waren. Sie mussten unter perversen Bedingungen über Jahre dort leben, hatten kaum Bildungschancen, wurden unter anderem als Minderjährige im Dreischichtbetrieb eingesetzt und haben heute überhaupt keine Chance auf Anerkennung. Mit einer Freiheitsstrafe oder einem Aufenthalt in einem Jugendwerkhof hatte man das Recht auf gesundheitliche Unversehrtheit verwirkt. Damit war man vogelfrei. Viele hatten Glück, aber viele auch nicht. Und wenn wir heute durch die Straßen unserer Städte gehen und Obdachlose sehen, dann können wir doch häufig in deren Augen sehen, was sie erlebt haben. Das ist eine schwere Last, ein böses Erbe dieser DDR. Diese Leute können sich gar nicht selber helfen, ihnen muss geholfen werden.
Die andere Unwucht besteht darin, dass wir von Opfern sprechen, aber wo sind die Täter? Die sind gar nicht da, niemand übernimmt Verantwortung. So viele Menschen sind zu Opfern geworden, betroffen von schwersten Biografiebrüchen, und sie haben überhaupt kein Gegenüber, mit dem sie sich auseinandersetzen können. Die spätere PDS hat sich intern intensiv und kontrovers mit diesen Themen auseinandergesetzt, aber nach außen hin keine Verantwortung übernommen. Die wenigen Strafprozesse gegen Mitglieder des Politbüros und gegen Mauerschützen wurden schnell unter der verfälschenden Rubrik der „Siegerjustiz" kommentiert, Überprüfungen und Evaluierungskommissionen als Säuberungen. Später wurde darüber lamentiert, dass das Klima nach 1990 gegen Stasispitzel aufgeheizt gewesen sei und man deshalb nicht habe zu seinen Taten stehen können.

Und: Man hat in schönster Klassenkampfmanier schon gleich den neuen Gegner ausgemacht: die Treuhand, die man natürlich auch kritisieren kann, aber hier ist es in einer Weise geschehen, als handele es sich um einen Staatsstreich, bei dem die Lebensleistungen der Ostdeutschen (welcher eigentlich?) hinweggefegt wurden. Die ostdeutsche Wirtschaft aber hatten die SED-Genoss_innen in 40 Jahren selber ruiniert, dazu brauchte es keine Treuhand. Und am Ende der DDR haben sie sofort einen Großteil des DDR-Vermögens außer Landes gebracht und auf Konten in der Schweiz versteckt. Erst kürzlich wurden 140 Millionen Euro aus einer Schweizer Bank herausgeklagt. Wer hat das Land ruiniert? Es ist schlimm zu sehen, dass in den Diskussionen, die wir heute zu diesen Fragen führen, schon eine Kontinuität zu sehen ist: Da ruft jemand „Haltet den Dieb" und hat selber das Feuer gelegt. Die Verkehrung der Wahrheit, die Verkehrung von Ursache und Wirkung gehörte schon immer zum Instrumentarium von Demagogie. So schnell wird man dieses Gift nicht los.
Das Fehlen von Täter_innen und Verantwortungsübernahme, das Fehlen der Liebe zur Wahrheit bringt folgende Unwucht mit sich: Die Opfer fühlen sich heute im Staat Bundesrepublik Deutschland, der für diese Taten nicht verantwortlich ist – denn er hat sie nicht begangen, er ist auch nicht Rechtsnachfolger dieser DDR –, neu zu Opfern gemacht, weil sie nicht genug anerkannt werden. Das stimmt ja auch, aber die Bundesrepublik Deutschland, die diese Taten nicht begangen hat, musste erst einmal einen Weg finden, um überhaupt helfen zu können. Deshalb diese komplizierte Rechtslage, deshalb diese komplizierten SED-Unrechtbereinigungsgesetze, die auch immer wieder novelliert worden sind. Auch zum Beispiel beim Dopingopfer-Hilfegesetz, in dem es heißt, die Hilfe werde „aus humanitären und sozialen Gründen" gewährt. Im Grunde bedeutet das: Die Verbrechen haben andere begangen, das waren nicht wir. Die Bundesrepublik ist auch hier nicht in der Staatshaftung.
Das muss man ernstnehmen, auch anerkennen und in unsere Rechnung ein Stück mit einpflegen, indem wir sagen: Bei der Anerkennung im Einzelnen wäre viel mehr zu machen, wäre viel mehr wünschenswert. Das sehe ich ganz genauso. Es ist unerträglich, dass jemand, der in Haft war, seine Beschädigungen im Einzelnen nachweisen muss und man das nicht pauschalisieren kann. Dass am Ende immer alles in Einzelfallprüfungen landet, obwohl wir genau wissen, wie verheerend die Verhältnisse insgesamt waren. Das passt nicht zusammen.



Alexander Latotzky

Das hat auch eine Tradition in der Bundesrepublik Deutschland, denn das hat man schon bei den Opfern des Nationalsozialismus so gemacht. Und das war damals schon genauso falsch. Wir müssen aufpassen, dass die Betroffenen nicht in eine neue Opferrolle gegenüber der Bundesrepublik Deutschland kommen und das Vertrauen in die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verlieren. Ich finde auch, beim Vollzug der Gesetze und in der Kommunikation mit den Betroffenen kann man noch vieles besser machen, damit genau das nicht passiert.
Britta Veltzke: Danke, Frau Neumann-Becker, Sie haben einige Punkte angestoßen. Herr Bürger, wie geht es Ihnen mit der Unsichtbarkeit der Täter_innen?
Chris Bürger: Sie sind ja nicht unsichtbar. Wir wissen genau, wer sie waren. Sie sind teilweise noch unter uns und führen heute oft ein besseres Leben als die damals Betroffenen. Das führt bei diesen dann möglicherweise wieder zu Unzufriedenheit und Frust. Mir persönlich geht es nicht so, da ist es nicht so tragisch. Ich habe 1989 die Flucht in die bundesdeutsche Botschaft in Prag geschafft, wurde Sprecher der Botschaftsflüchtlinge und habe dann über drei Monate das Lager mit aufgebaut.

Am 30. September 1989 habe ich mit Hans-Dietrich Genscher auf dem Balkon der Botschaft gestanden. Es war ein unglaublich befreiendes Gefühl zu wissen, dass wir es den Bonzen in Ost-Berlin gezeigt haben.
Britta Veltzke: Also hat Ihnen dieses Erlebnis am meisten Genugtuung verschafft?
Chris Bürger: Für mich persönlich war es ein unglaubliches Happy End und eine Abrechnung mit den Herren in Ost-Berlin. Ich bin dann am nächsten Tag in Bayern angekommen und hatte mit 32, ich war noch jung, die Gelegenheit, mich weiterzubilden, beruflich nochmal durchzustarten, meine Biografie zu verbessern. Ich habe mich bis zum Berufsschullehrer und Ausbilder qualifiziert, das verschaffte mir natürlich eine innere Genugtuung und Befriedigung. Deshalb schaue ich heute nicht mehr mit diesem großen Frust zurück. Wenn ich heute noch einmal in dieser Situation wäre, würde ich diese Schritte genauso wiedergehen, weil ich weiß, wenn man kämpft, kann man auch viel erreichen.
Aber was die ehemaligen Täter_innen betrifft, da bin ich auch unzufrieden, weil sie in großen Teilen nicht entsprechend der Gerechtigkeit zugeführt worden sind. Ein paar Vereinzelte vielleicht wie Krenz, Modrow oder Berghofer und die zwei Schließer im Zuchthaus Cottbus, die verurteilt wurden. Aber die große Masse ist davongekommen. Das macht mich in gewisser Weise unzufrieden, aber es belastet mich nicht mehr.
Britta Veltzke: Herr Latotzky, wir haben eben schon von mühsamen Einzelfallprüfungen gehört. Sie haben die Opferrente beantragt und bekommen. Wie war es für Sie, diesen Weg zu gehen?
Alexander Latotzky: Ich rede für die Gruppe der Kinder, die in den Lagern und Gefängnissen geboren wurden. Wir bekommen inzwischen diese Opferrente, aber nur, wenn man eine bestimmte Mindesthaftzeit hinter sich hat. Wir, die wir unter russischer Besatzung in Sachsenhausen, in Buchenwald und Torgau waren, zählten als Kinder überhaupt nicht, wir waren die ganze Zeit bei den Müttern und haben es auch größtenteils überlebt.
Die Kinder, die in der DDR auf die Welt kamen – allein in Hoheneck kamen in den ersten drei Jahren noch mindestens 30 Kinder zur Welt, von denen nicht alle, aber die meisten überlebt haben –, wurden den Müttern in der Regel kurze Zeit später weggenommen. Die Frauen wussten, wenn so drei bis fünf Kinder zusammen waren, dann wurden sie als Gruppe weggebracht. Sie schwebten jeden Tag in der Angst vor dem Moment, dass ihnen die Kinder weggenommen wurden. Sie wussten ja nicht, wann der kommt.
Diese Kinder waren nicht so lange in Haft und erfüllen deshalb die Mindestzeit nicht. Sie bekommen bis heute keine Entschädigung. Diese ganze Opferrente, so gut

sie auch ist, kritisiere ich ganz stark, weil sie mehr eine Sozialhilfe ist. Wie kann es sein, dass man entschädigt wird, weil man ein gewisses Grundeinkommen nicht erreicht? Die Leute, die es geschafft haben, aus der Haft entlassen zu werden, in den Westen gingen, sich ein Leben aufgebaut haben und heute zu viel verdienen, kriegen diese Rente nicht. Deshalb ist es für mich nichts anderes als eine Art Sozialhilfe auf niedrigem Niveau.

Bis die Kinder von damals, zu denen ich gehöre, diese Opferrente bekommen konnten, war es ein langer Weg. Am Anfang bekam ich Anrufe aus Bayern von einem Sachbearbeiter, weil jemand in Buchenwald geboren worden war und einen Antrag auf Opferrente gestellt hatte. Der sagte zu mir: „Der war doch nicht im Lager, da gab es doch Kindergärten." Wie kann es sein, dass der zuständige Mitarbeiter in der Gedenkstätte Sachsenhausen in seinen öffentlichen Führungen übers Gelände an der Kinderbaracke von „Kindergarten" spricht? Das war kein Kindergarten. Uns ging es genauso wie den Erwachsenen. Wir haben genauso wenig zu essen bekommen, haben genauso an Krankheiten gelitten, genauso gefroren. Unsere Kleidung war das, was von den Toten übrig geblieben war. Uns ging es nicht besser. Es war ein langer Weg, bis zumindest wir dahin kamen, heute größtenteils auch diese Opferrente zu bekommen.

Ich selbst habe allerdings, und das ist mir ganz wichtig, für mich den Entschluss gefasst: Die machen mich nicht fertig, die machen mich nicht klein. Ich weiß, was gewesen ist, und vergesse das auch nicht. Aber ich denke nicht jeden Tag daran, sondern kann genauso lachen und heulen wie jeder andere, ich könnte Ihnen sogar Tausende von DDR-Witzen erzählen. Ich bin ein ganz normaler Mensch, das sind die meisten von uns geworden. Es war kein leichter Weg, aber wir haben es geschafft. Ich kann nur jedem in so einer Situation raten: Suchen Sie sich Hilfe, versuchen Sie es nicht alleine, denn alleine schaffen Sie es sowieso nicht.

Britta Veltzke: Frau Neumann-Becker, kritisieren Sie auch, dass diese Rente nur gezahlt wird, wenn man unter ein bestimmtes Einkommen rutscht? Man kennt diese Diskussionen vielleicht ein bisschen von der Grundrente, die gerade diskutiert wird.

Birgit Neumann-Becker: Das ist eine ganz andere Baustelle. Bei den Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen gibt es verschiedene Komplikationsstufen. Am einfachsten ist das, was Herr Latotzky beschrieben hat, da ist die Rente auch am unkompliziertesten zu bekommen, weil die Nachweise in 95 Prozent der Fälle vorhanden sind. Dieser komplizierte Spezialfall der Kinder war der eine, der Fall der Spezialheim-Jugendlichen war der nächste, der noch mit reinverhandelt werden musste.

Bei der strafrechtlichen Rehabilitierung gibt es zwei Entschädigungen: Zum einen die, wenn die Rehabilitierungskammer des zuständigen Landgerichtes zu der Entscheidung kommt, dass jemand zu Unrecht in Haft war, dann hebt sie dieses Urteil auf. Die Rehabilitierungskammern haben auch die Todesurteile gegen die Menschen posthum als rechtsstaatswidrig aufgehoben, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni in Magdeburg erschossen oder in Dresden hingerichtet worden sind. Je nachdem, wie lange die Opfer in Haft waren, gibt es eine bestimmte Summe an Kapitalentschädigung. Das gibt es im Übrigen auch in der Bundesrepublik Deutschland, dass Menschen zu Unrecht in Haft sind. Und so wird auch für die unrechtmäßigen DDR-Haftopfer ein bestimmter Satz gezahlt, völlig unabhängig vom Einkommen.

Und dann gibt es die sogenannte „besondere Zuwendung" oder Opferpension, die in der Tat an das Einkommen gekoppelt ist, solange man im Arbeitsprozess steht. Wenn also jemand so viel verdient, dass er diese Pension nach dem Gedanken dieser staatlichen Entschädigung nicht braucht, dann bekommt er sie nicht. Er bekommt sie aber auf jeden Fall mit dem Renteneintritt, unabhängig von Renten- oder Pensionshöhe.

Alexander Latotzky: Aber nicht, wenn er noch anderes Vermögen hat, weil er sich zum Beispiel im Laufe seines Arbeitslebens Häuser gekauft hat und Mieteinnahmen hat.

Birgit Neumann-Becker: Aber der durchschnittliche Rentner bekommt in aller Regel diese Pension. Wenn jemand allerdings aus Vermietung oder Ähnlichem ein größeres Einkommen hat, dann sagt der Staat, dass er die Pension ja auch gar nicht braucht. Insofern ist das anders als bei den NS-Opfern. Es soll ein Unterschied zwischen den Opfern der Konzentrationslager und denen sein, die in DDR-Haft waren, wobei das gerade für die frühen DDR-Häftlinge besonders bitter ist. Die bekommen überhaupt nichts, weil sie von niemandem verurteilt wurden, sondern einfach nur eingesperrt waren. Da kann man nicht mal ein Urteil aufheben. Diese Fälle liegen in einer Grauzone, die durch die Stiftung für ehemalige poltische Häftlinge geschlossen werden soll. Für sie muss man eine Einzelfalllösung finden.

Bei allem anderen ist es viel komplizierter, etwa bei der verwaltungsrechtlichen und der beruflichen Rehabilitierung. Da müssen im Einzelnen Fragen beantwortet werden wie: Sind Sie nicht zum Abitur zugelassen worden? Haben Sie sich überhaupt da beworben? Wurde das wirklich schriftlich abgelehnt? Gibt es dafür Nachweise? Warum sind Sie von der Universität geflogen? Warum durften Sie die Ausbildung nicht machen? Und so weiter.

Bei Eigentum hört es dann ganz auf, das ist nur sehr selten aufklärbar. Alle, die noch in den 1970ern ihre Firmen verloren haben und gezwungen wurden, sie in PGHs zu überführen, oder sich dagegen wehrten und dann mit fürchterlichsten Repressionen belegt, auch zersetzt wurden – das alles ist nahezu nicht auflösbar, nicht entschädi-



Christian Dertinger

gungsfähig, weil dafür die Nachweise fehlen. Das wurde am Ende von der DDR-Justiz in Steuerstrafprozesse umgewandelt: Es wurde ihnen nachgewiesen, dass sie steuerlich nicht richtig abgerechnet hatten. Das haben zwar alle so gemacht, aber diese Leute sind dafür verurteilt worden. Das ist ein ganz weites Feld und für die Betroffenen sehr bitter.
Aber bei der strafrechtlichen Rehabilitierung ist es einfach, alles andere ist komplizierter und auch so, dass wir zum Teil auch dahin beraten, darüber nachzudenken, diese Dinge irgendwann auf sich beruhen zu lassen, damit abzuschließen oder sich genau zu überlegen, ob man klagen und den Weg durch die Instanzen wirklich gehen möchte, trotz einer geringen Aussicht auf Erfolg.
Britta Veltzke: Herr Bürger, wenn Sie hören, das sind Dilemmas, die sich nicht mehr auflösen lassen, sehen Sie das anders?
Chris Bürger: Nein, denn die gesetzlichen Gegebenheiten sind nun mal so. Natürlich ist das für die Betroffenen teilweise eine schlimme Situation. Aber in erster Linie geht es den Leuten, die um Rehabilitation kämpfen, nicht um die 300 Euro, sondern darum, feststellen zu lassen, dass ihnen ein Unrecht geschehen ist, und von diesem Unrecht freigesprochen zu werden. Der andere Punkt, wenn es darum geht,

ob die Opferpension ans Einkommen gekoppelt ist: Es geht um das unterste Level, um das Existenzminimum, dort greift die Bestimmung, dass jemand diese Zuwendung bekommt. Man sollte das dann auch nicht Ehrenpension nennen, denn sie ist ans Einkommen gekoppelt. Und dann ist es tatsächlich eine staatliche Zuwendung, die man bekommt, weil es einem wirtschaftlich schlecht geht. Eine der Forderungen wäre, dass diese Begrenzung nach unten aufgehoben wird. Darum kämpfen wir weiter, genau wie auch viele Jahre dafür gekämpft wurde, dass diese Befristung aufgehoben wird.
Britta Veltzke: Wer ist denn da der Gegenspieler?
Alexander Latotzky: Das weiß keiner.
Chris Bürger: Die Politik, der Bundestag, alle Parteien, die darin vertreten sind, wären da in der Pflicht. Ich glaube eben, dass eine Änderung politisch nicht gewollt ist.
Alexander Latotzky: Es geht gar nicht so sehr um die finanzielle Entschädigung. Zumindest mir nicht und ich denke, vielen anderen auch nicht. Ich habe auch eine Rehabilitierung für meine Mutter und mich in Russland gestellt und wir sind rehabilitiert worden, da bekomme ich keinen Pfennig. Mir geht es darum, dass dieses große System zugeben musste, an vielen Menschen Unrecht begangen zu haben. Das war mir viel wichtiger. Viel mehr als so eine 300-Euro-Pension wäre es zum Beispiel, wenn alle „Opfer" in ihrer Stadt kostenlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren könnten, das wäre für mich eine viel größere Anerkennung. Für meinen Vater zum Beispiel, der durch die Beziehung zu meiner Mutter in den Gulag kam, war es wichtig, dass er in Russland wenigstens eine Entschädigung in der Form bekam, dass er von seinem kleinen Dorf kostenlos in die nächste Stadt fahren durfte, das hat ihm viel mehr geholfen. Es geht wirklich nicht ums Geld. Uns wird immer wieder Gier vorgeworfen. Aber es geht um die gesellschaftliche Anerkennung von Unrecht, und nichts anderes.
Britta Veltzke: Herr Dertinger, Sie haben für die Rehabilitierung Ihres Vaters gekämpft. Wie haben Sie das angestellt?
Christian Dertinger: Nach dem Fall der Mauer bin ich zum CDU-Hauptverband nach Berlin gefahren, sagte, ich wolle, dass meine Eltern und meine Geschwister rehabilitiert werden, und bat die CDU um rechtliche Unterstützung. Lothar de Maizière war sehr freundlich und sagte zu: „Wir übernehmen das gerne und helfen Ihnen." Aber es passierte nichts. Nach einigen Monaten habe ich mir einen Rechtsanwalt in Leipzig genommen, und der hat es innerhalb eines Vierteljahres abgewickelt. Meine Eltern wurden vollständig rehabilitiert. Große Versprechen von der CDU wurden also nicht eingehalten, ich nehme an, aus Feigheit.
Ein Problem habe ich natürlich. Nicht ich selber, denn ich merke bei der Diskussion,

dass ich mit meiner Opfergeschichte relativ auf Rosen gebettet war. Aber mein Bruder war im Jugendknast in Dessau. Er wurde mit meiner gesamten Familie außer mir, weil ich zu jung war, verhaftet. Meine Schwester und er kamen in den Jugendwerkhof nach Bräunsdorf bei Freiberg. Als mein Bruder 16 Jahre alt war, wurde er von dort aus verhaftet und wegen Spionage angeklagt. Er hat dann die Jugendhaftstrafe von vier Jahren in Dessau nicht vollständig absitzen müssen, aber trotzdem war es eine Ungeheuerlichkeit. Er leidet heute noch darunter. Ich hatte nach 1990 auch versucht, für meinen Bruder Rehabilitationsleistungen zu beantragen, aber er hat sich strikt dagegen geweigert. Er wollte nichts mehr mit dieser Geschichte zu tun haben. Das erste Mal habe ich meinen Bruder öffentlich im Februar 2020 darüber sprechen hören, als wir auf den Theaterkahn in Dresden eingeladen waren, über unsere Geschichte zu sprechen. Das war das erste Mal, dass mein Bruder befreit war, aber bis dahin musste eben sehr viel Zeit vergehen.

Und wenn ich sage, ich war wie auf Rosen gebettet: Ich war acht Jahre alt, die Stasi wusste nicht so recht, was sie mit mir anfangen sollte, und da hat derjenige, der die Verhaftung meiner Eltern betreiben musste, sich meiner angenommen. Er brachte mich nach dem 17. Juni 1953, den ich noch in der Wohnung meiner Eltern erleben musste, zu einer sehr liebevollen Familie in Schönebeck. Die Frau war die Tante dieses Stasimannes. Man nahm mir meinen Namen weg, mit der Legende, die Dertingers wären gar nicht meine Eltern, sie hätten mich nur adoptiert, weil meine leiblichen Eltern bei einem Bombenangriff in Berlin ums Leben gekommen seien. Der Sohn meiner „neuen Eltern" war vor Moskau gefallen. So kam ich in eine wirklich sehr liebevolle Pflegefamilie in Schönebeck. Die Leute waren natürlich SED-treu, richtig vernagelt sogar, aber zu mir waren sie gut. Ich würde nie ein schlechtes Wort über sie verlieren.

Als meine Mutter acht Jahre später aus dem Gefängnis in Halberstadt kam, musste ich von heute auf morgen nach Annaberg, wohin sie entlassen worden war. Meine Pflegeeltern hatten von der ganzen Geschichte nichts gewusst. Denen ging es genauso wie mir. Sie dachten, ich sei eine Kriegswaise und könne bei ihnen an Kindes statt leben. Sie waren also von den eigenen Leuten, von der Stasi, hinters Licht geführt worden. Meine Pflegemutter starb dann – sie litt an Krebs – Ostern 1961, das war das letzte Mal, dass ich in Schönebeck mit der ganzen Familie zu tun hatte. Mein Pflegevater nahm sich ein Vierteljahr später aus Verzweiflung das Leben. Das waren Opfer des Stalinismus und der Stasi, skrupellos hintergangen von den eigenen Leuten. Das hat auch mich zu einer Kehrtwende bewogen.

Als ich nach Annaberg kam, stürzte sich meine Mutter mit ihrer acht Jahre lang aufgestauten Mutterliebe auf mich, aber ich war ein pubertierender Knabe und musste

mich erst einmal wieder an sie gewöhnen, das war nicht so einfach. Gott sei Dank war meine Großmutter da, die ich noch von Klein-Machnow kannte. Bei ihr war ich das Nesthäkchen gewesen, während meine Geschwister verhaftet wurden, mein Bruder in Heiligenstadt und meine Schwester auf einer Klassenfahrt. Es war also turbulent. Als dann meine Geschwister aus ihren Haftanstalten herauskamen, gingen sie 1956 in den Westen.

Britta Veltzke: Was hat Ihnen nach all diesen Erlebnissen ein Stück weit Genugtuung verschafft? War es die Rehabilitierung Ihrer Eltern? Haben Sie auch eine Opferrente bekommen? Wie geht es Ihnen mit der Anerkennung?

Christian Dertinger: Ich sagte ja schon, ich war wie auf Rosen gebettet. Nach dem Abitur wollte ich Theologie studieren, weil ich fromm geworden war, habe das aber aufgegeben, als mir meine spätere Frau über den Weg lief. Ich habe dann an der Hochschule für Bauwesen studiert und dann noch ein Zusatzstudium in Dresden absolviert. Das lief alles, obwohl meine Eltern „Verbrecher" waren. In Leipzig war der Chemieanlagenbau relativ groß, da wurden Leute gesucht, die EDV-Erfahrung hatten. Da meldete ich mich. Wir hatten zwar mal in Mathematik ein Vierteljahr lang so bisschen was über Computer gelernt, deshalb sagte ich, dass ich es kann, obwohl ich es nicht konnte. Aber ich wusste ja, die anderen können es auch nicht. Wir mussten das also aufbauen. Der mich einstellte, fragte mich, ob ich mit dem ehemaligen Außenminister verwandt sei. Als ich sagte, dass ich der Sohn bin, bekam ich solche Sympathien, er hat mich sofort eingestellt und auch gefördert. Ich war ja aus der FDJ rausgeflogen, weil ich mich unwürdig benommen hatte, bin dann aber in das System der sozialistischen Brigaden und so weiter aufgenommen worden und habe da auch meine Karriere gemacht – zwar nie als Chef, obwohl das meine Ausbildung vielleicht hergegeben hätte, aber als Zweiter, worüber ich immer relativ froh war.

Dann war ich sehr in unsere Pfarrgemeinde in Leipzig eingebunden und bekam alles, was mich tangierte, durch meine Offenheit hin: Kampfgruppe? Nein, ich bin katholisch und fasse keine Waffe an, das hat man dann schon hingenommen.

Britta Veltzke: Also war es ein Stück weit die Anerkennung von diesem Chef, die Ihnen Genugtuung verschaffte?

Christian Dertinger: Ja, das hat mich dann getragen. Die größten beruflichen Einbrüche hatte ich nach der Wende. Ich möchte der Treuhand keine Schlechtigkeit unterstellen, vielleicht war es ein Versehen, dass sie unsere Firmen plattgemacht haben. Aber ich war dann erstmal arbeitslos, dann habe ich mich selbstständig gemacht und war auch immer relativ erfolgreich. Ich war nie oben, aber es hat immer gut gereicht. Auch mein Freundeskreis hat mich getragen. Als ich einmal gefragt

wurde, wie ich die Erlebnisse meiner Kindheit ohne psychologische Behandlung überwinden konnte, sah ich meine Frau an und sagte, ich sei seit 45 Jahren in psychologischer Betreuung. Diese Zuneigung, die ich immer erfahren habe, hat mich getragen. Ich war also nie Opfer, sondern höchstens Betroffener. Ein Opfer war mein Bruder. Das ist eine Sache, die ich auch nicht verzeihe.

Birgit Neumann-Becker: Ich glaube auch, es ist gut, die Diskussion ein wenig aufzuweiten, also nicht nur zu fragen, wie es den Opfern heute geht und wo Hilfebedarf ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass alle, die Repressionen sowohl in der Zeit der SBZ als auch der DDR erlebt und überstanden haben, eine wichtige Botschaft haben. Denn sie sind Zeugen dafür, wie wichtig demokratische Verhältnisse sind – so kompliziert sie auch im Einzelnen sind, wie brüchig, mühsam und langwierig das alles ist, wie zum Teil auch strittig und ungerecht. Aber dennoch ist die Demokratie die wesentlich bessere Variante im Vergleich zu dem, was wir in der DDR und im Ostblock hatten. Mit diesen Biografien sind wir ein ganz wichtiger Teil der bundesdeutschen Gesellschaft.

Man muss nicht auf Rosen gebettet sein. Ich bin ja in Görlitz, also ganz im Osten geboren, die Grenzen nach Polen und in die ČSSR wurden erst spät und kurzzeitig geöffnet, und ich sehe weiterhin nicht, dass es ein Menschenrecht auf zum Beispiel Urlaub auf Mallorca gibt. Aber es gibt ein Menschenrecht auf bestimmte Freiheiten. Nicht auf eine bestimmte Form zu konsumieren, wie es im Moment aussieht, sondern wir sollten uns auf das besinnen, was uns für das Zusammenleben in unserem Land wirklich wichtig ist. Ich glaube, dass diejenigen, die diese DDR nicht schönfärben, sondern von der Kehrseite erlebt haben, wissen, was man alles überstehen und überwinden kann. Sie haben viel überwunden im Sinne von überlebt und verarbeitet, haben mit anderen Menschen gemeinsam ihr Leben gestaltet und können kraftvoll durchs Leben gehen. Auch deshalb erscheint mir dieses Wort „Opfer" als unpassend. Wenn wir kraftvoll durchs Leben gehen, tragen wir eine ganz wichtige Botschaft in diese Bundesrepublik und tragen verantwortlich zur Ausgestaltung unserer Demokratie bei.

Zum andern ist es für die Anerkennung der Betroffenen ganz wichtig, dass es öffentliche Symbole gibt. Der Deutsche Bundestag hat ja das große Denkmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur beschlossen, das gerade beraten wird und das in Berlin stehen wird. Ich hoffe, dass dabei nicht nur Berliner_innen mit entscheiden – es sind ja bundesdeutsche Steuermittel –, sondern dass hier eine breite Mitwirkung möglich ist. Zur Veränderung gehören immer Einzelne, die die Türen öffnen. An dieser Stelle war es Frau Gleicke, die hier unter uns ist. Sie haben wirklich als Ostbeauftragte die Türen dafür geöffnet, dass bestimmte Diskussionen und Prozesse über



Britta Veltzke

diesen Strang des Wirtschaftsministeriums möglich wurden.

Symbole sind wichtig, aber das Geld ist auch wichtig. Es ist nämlich auch ein Symbol. Deshalb finde ich, die finanzielle Kompensation für SED-Verfolgte muss ein Haushaltstitel sein. Sonst hat das politisch gar keine Bedeutung. Die Anerkennung muss sich auch mit Gedenk- und Feiertagen im Kalender widerspiegeln und es muss einen Haushaltstitel geben, damit man immer wieder darüber sprechen muss. Deshalb geht es natürlich ums Geld, denn unsere Kinder und Enkel zahlen nicht nur ganz wenig für die geringen Opferpensionen. Das meiste zahlen sie für die Pensionen der Täter_innen, die großteils ihre Verantwortung leugnen, und das werden sie noch lange weiter tun müssen. Das klingt vielleicht paradox, gehört aber zur historischen Verantwortung und deutschen Geschichte nach 1990 dazu. Deshalb sind Aufarbeitung und historische Klarheit wichtig. Das sind wir der nächsten Generation schuldig.

Britta Veltzke: Alexander Latotzky, wie wichtig sind Ihnen Symbole wie ein neues Denkmal in Berlin?

Alexander Latotzky: Ich denke mehr an Anerkennung für die Einzelnen, für das,

was wir als Vertreter der Opferverbände tun, ehrenamtlich Tag für Tag. Was unsere Zeitzeugen mit über 90 noch in die Schulen gehen, um Schüler_innen etwas über diese Diktatur zu erzählen! Dass man denen eine Art Anerkennung, eine kleine Auszeichnung, einen kleinen Orden gibt, einfach um zu zeigen: Wir haben dich nicht vergessen, wir würdigen deine Arbeit. Das finde ich für die Einzelnen wichtiger als ein großes Denkmal.
Britta Veltzke: Sie haben in diesem Jahr das Bundesverdienstkreuz bekommen. War das so etwas?
Alexander Latotzky: Ja! Das war für mich ganz wichtig, denn es ist eine Anerkennung für 30 Jahre ehrenamtliche Arbeit. Es klingt jetzt vielleicht albern, aber solche Streicheleinheiten brauchen wir alle.

Die anschließende Diskussion mit dem Publikum finden Sie im Mitschnitt des Bautzen-Forums unter https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/live-stream.



Alexander Ahrens, Britta Veltzke, Dr. André Fleck, Dr. Lale Akgün, Prof. Dr. Rainer Eckert (v. l. n. r.)

PODIUMSDISKUSSION

Deutschland einig Vaterland? Zusammen leben im vereinten Deutschland

Alexander Ahrens, Britta Veltzke, Dr. Lale Akgün, Prof. Dr. Rainer Eckert
Moderation: **Dr. André Fleck**

Dr. André Fleck: Unser Thema heißt „Deutschland einig Vaterland". Zunächst dachte ich, ja, das ist ein Teil der Nationalhymne der DDR, die erst spät nach der Friedlichen Revolution wieder gesungen werden durfte. Aber beim Nachsatz „Zusammen leben im vereinigten Deutschland" scheint es mir geboten, den engen Rahmen etwas zu erweitern, vielleicht auch über den Rahmen eines regionalen „Bautzen-Forums" hinaus, mindestens in Richtung EU, und wahrscheinlich sogar global. Dazu möchte ich Sie sehr herzlich einladen und freue mich auf eine angeregte Diskussion hier auf dem Podium.

Wir haben in den vergangenen Tagen sehr viele Wortmeldungen und Diskussionsbeiträge gehört, viele dieser geschilderten Einzelschicksale haben mich tief berührt. Es waren Wortmeldungen, die uns in eine Zeit hineinziehen, an die meine Generation fast keine Erinnerungen hat. Ich war zur Friedlichen Revolution zwölf Jahre alt, habe auch Erinnerungen an diese Zeit, aber natürlich von diesen Einzelschicksalen damals so gut wie nichts mitbekommen. Wenn wir uns heute fragen: Deutschland einig Vaterland, wie wollen wir in diesem Vaterland zusammen leben?, müssen wir natürlich auch über die Wiedervereinigung, über die Konflikte und Probleme der DDR-Vergangenheit, über bestehende Ost-West-Konflikte hinaus sehen und müssen auch schauen, vor welche Anforderungen und Herausforderungen uns die globale Entwicklung stellt, auch die der EU, auch populistische Strömungen, die weltweit Fuß gefasst haben. Auch in diesem Kontext möchte ich heute gern mit Ihnen zu diesem Thema diskutieren.

Trennlinien in Deutschland scheinen sich heute über den Ost-West-Bezug hinaus vor allem zwischen abgehängten, strukturschwachen, meist ländlichen Regionen und den boomenden Großstädten und Ballungsgebieten aufzutun. Auch Zuwanderung wäre gerade in den dünn besiedelten Regionen wichtig. Aber gerade dort sind die Zuwandernden oft nicht willkommen. In die Diskussion um Migration und Integration in Deutschland mischen sich so auch seit Jahren lauter werdende rassistische, nationalistische und völkische Stimmen, die polarisieren und spalten. Diese Konflikte finden nicht nur in Ostdeutschland statt, was ich an dieser Stelle auch einmal ausdrücklich betonen möchte. Dennoch wird in diesem Zusammenhang oft auf die Ostdeutschen gezeigt. Nach den Wahlerfolgen der rechtsextremen Parteien, nach den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen und ganz besonders nach der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen im Frühjahr 2020, als sich der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ, galt der Osten einmal mehr als Problemfall. Führt das zu neuen Kränkungen, zu einseitigen Sichtweisen und Trennlinien einer „Jetzt erst recht“-Haltung? Auch das wollen wir heute diskutieren.

Die Mauer ist nun länger weg, als sie gestanden hat. Dennoch scheint neben vielen Erfolgen und einer erfreulichen Vielfalt immer noch viel Trennendes da zu sein, was zu alten und neuen Problemen führt. Frau Neumann-Becker hatte es in der Diskussion zuvor sehr treffend formuliert: „Was ist wirklich wichtig für unser Zusammenleben in diesem Land?“ Das wollen wir gern diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Ahrens, ist die Wirklichkeit heute nicht viel komplexer, als dass der Ost-West-Unterschied die bestimmende Rolle spielen kann? Ich denke dabei an die Fragen von Migration, Probleme und Herausforderungen von Integration



Alexander Ahrens

und Globalisierung. Wie sehen Sie das als Oberbürgermeister einer Stadt wie Bautzen?

Alexander Ahrens: Zunächst zum Thema Komplexität, das ist, glaube ich, ein Punkt, bei dem man etwas genauer hinschauen müsste. Es ist ja gerade kennzeichnend, dass wir in einer sehr komplexen Gesellschaft leben, nicht nur in Deutschland. Man kann wirklich sagen, in der Globalisierung ist das ein Thema, das überall auftritt. Auf komplexe Fragen gibt es im Regelfall keine einfachen Antworten. Damit schließt sich aber auch schon bald der Kreis zu einer vereinfachenden Berichterstattung, die es teilweise wirklich gibt. Das klang ja bei Ihnen vorhin schon an, ich nehme es tatsächlich so wahr, dass sich viele Menschen in Ostdeutschland von so einer einfachen Berichterstattung angegriffen oder verletzt fühlen.

Im Osten wird es viel stärker empfunden, dass diese Form der Berichterstattung der tatsächlichen Sachlage nicht gerecht wird, wenn ich es mal diplomatisch formulieren darf. Die Reaktionen der Menschen darauf sind viel stärker. Ich kann es nicht in wenigen Sätzen abtun, aber dann sollte ich auch gar nicht versuchen, gewisse Problemlagen in wenigen Sätzen darzustellen. Es ist extrem komplex, das hatte ich gestern in meinem Grußwort schon angedeutet: Viele Menschen in Ostdeutschland haben das Gefühl, dass ihre Lebensleistung nicht nur nicht gewürdigt, sondern gar

nicht gesehen oder auch nur verstanden wird. Und dann ganz oft eben dieses „Ach, der Osten, man müsste die Mauer wieder aufbauen", so überspitzt wird es ja auf den Punkt zurückgeführt.

Wir erleben es hier in Bautzen und ich glaube, jeder, der hier in der Region lebt, kennt solche Fälle: Wenn Menschen zu Besuch kommen, die noch nie hier waren – ich nenne sie immer die Leute, die trotzdem kommen –, dann sind die immer völlig erstaunt. Sie sagen, dass es ja total schön hier sei, und dann hören sie, dass es uns wirtschaftlich auch recht gut geht, besonders auf die Größe der Stadt bezogen. Es ist ja in so kleinen Städten eher nicht so die Regel, dass es ein großes kulturelles Angebot gibt, dass die Schulen und Kitas fast alle durchsaniert sind. Wir haben nur eine einzige Schule, die noch zur vollständigen Sanierung ansteht.

Ich hatte hier mal eine Oberbürgermeisterkonferenz, da haben die Kollegen sich die Augen gerieben und gesagt: „Das ist ja unglaublich, wie die Stadt aussieht und was ihr für Zahlen und Werte erreicht habt." Die Leute, die hier leben, haben sich schon so sehr daran gewöhnt, dass sie das teilweise gar nicht mehr wahrnehmen. Deshalb führt es nicht zu einem höheren Selbstbewusstsein. Sie sagen nicht: „Ist doch alles toll bei uns", sondern obwohl es sehr schön hier ist, fühlen sie sich – wenn dann so von draußen auf den Osten eingedroschen wird – sehr schnell sehr stark verletzt.

Aber das ist überflüssig und bringt uns auch gesellschaftspolitisch nicht weiter. Ich habe ganz oft die Reaktion auf solche Artikel, dass selbst Leute, die schon Zweifel ausgedrückt haben mir gegenüber, dass es vielleicht keine gute Idee war, die AfD zu wählen, nach solchen Geschichten sagen: „Haben wir doch alles richtig gemacht." Das ist frustrierend, ich habe wirklich das Gefühl, dass solche Artikel, wenn sie als einseitig empfunden werden, tatsächlich die Reihen schließen, was diese Problematik angeht.

Dr. André Fleck: Frau Veltzke, sind diese Form der Kränkung und dieser immer wieder herausgestellte Ost-West-Bezug ein Generationenproblem? Wie erleben Sie das bei Ihrer journalistischen Arbeit in Leipzig und Umgebung? Leipzig ist ja nun eine Stadt, der es gut geht, die modern und weltoffen wirkt. Kann es sein, dass es für die Menschen dort vielleicht gar nicht mehr so die große Rolle spielt?

Britta Veltzke: Das Alter muss man sicherlich als Messlatte anlegen, aber man muss eben auch zwischen Stadt und Land unterscheiden, da habe ich ganz verschiedene Erfahrungen gesammelt. In meiner Lebenswirklichkeit spielt Ost-West gar keine so große Rolle mehr, höchstens mit einem „Eventcharakter". Es ist offenbar so, dass man in Ostdeutschland den Kirschkuchen mit Steinen isst, weil es zu mühsam ist, sie rauszumachen, und in Westdeutschland aber nicht – das war das Ergebnis einer kurzen Umfrage.

Dr. André Fleck: Und in Bayern ohne Streusel, das ist noch viel schlimmer.

Britta Veltzke: Oh Gott! Wer will das essen, genau. Aber: Ich habe ja einige Jahre in Riesa als Lokalredakteurin gearbeitet, auf dem platten Land. Da habe ich sehr wohl die Erfahrung gemacht, dass es dort auch für jüngere Leute ein viel größeres Thema ist. Ich wurde zum Beispiel von einem jungen Kollegen, der genau wie ich 1987 geboren wurde, gefragt, wo ich herkomme. Ich sagte, aus dem Siegerland, aus Siegen in NRW. Da war seine Reaktion: „Und was machst du dann hier?" So als hätte es mich in einen völlig unterprivilegierten Landstrich verschlagen, was ich gar nicht so wahrgenommen habe. Aber da sieht man, dass man nicht allein sagen kann, für Jüngere spiele es eine weniger große Rolle als für Ältere. Man muss auch zwischen Stadt und Land unterscheiden. Das ist so meine Wahrnehmung.

Dr. André Fleck: In den Regionen und Städten, die sich vielleicht in Westdeutschland heute als abgehängt empfinden, entsteht ja auch so etwas wie eine Neiddebatte, vergleichbar mit der, die in Ostdeutschland oft angesprochen wird. Ich stelle mal infrage, ob das wirklich so ist, aber es hat sich verlagert, der Ost-West-Bezug ist hinsichtlich Wirtschaftskennzahlen und Lebenslage der Menschen nicht mehr unbedingt passend dafür. Wie empfinden Sie das, Frau Dr. Akgün?

Dr. Lale Akgün: Da Sie sagten, wir sollten das Thema etwas breiter gestalten: Ich stelle fest, wir leben alle in unseren Blasen. Und wenn man die Gegebenheiten und die Zusammenhänge aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet, dann merkt man, dass wir alle sehr viel Nabelschau betreiben. Man schaut immer auf seine eigene kleine Welt und denkt, da würde sich alles abspielen. Dazu zählt auch die Wahrnehmung, dass die Wessis den ganzen lieben Tag Vorurteile über Ossis aufsagen, so nach dem Motto: „Ach, ihr im Osten ..."

Ich glaube nicht, dass im Westen alles so undifferenziert gesehen wird. Natürlich gibt es Neiddebatten, die gibt es immer. Wir können heute auch zwei Stunden über Neiddebatten reden und was dahintersteckt: Im Ruhrgebiet können Sie davon ausgehen, dass auch dort – genau wie hier – die Enttäuschung darüber eine Rolle spielt, dass aus prosperierenden Landschaften abgehängte Landschaften geworden sind. Dass das Bruttosozialprodukt im Westen immer noch viel größer ist als hier im Osten, das sehen Einzelne nicht immer. Vor allem, wenn sie selbst nichts davon haben. Der einzelne Mensch sieht erst einmal, was mit ihm selbst passiert ist. Und wenn er sich auf der Verliererseite wähnt, dann muss ein Sündenbock her. Und der kann dann Ossi oder Wessi heißen.

Ich glaube, dass die Lebenswirklichkeiten inzwischen sehr viel differenzierter und pluraler sind als nur in diesem Ost-West-Bezug. Diese Aufteilung in Ost-West wird im Westen nicht so sehr thematisiert, wie es im Osten wohl wahrgenommen wird.



Prof. Dr. Rainer Eckert

Was zum Beispiel schon lange kein Thema mehr ist, sind die Sanierungskosten für die Infrastruktur im Osten.
Was wirklich debattiert wird im Westen, das sehe ich etwas anders als Herr Ahrens, sind die hohe Anzahl rassistischer Ausfälle und die hohen Wahlerfolge der AfD. Das ist etwas, worüber wir heute auch diskutieren müssen, weil wir in so einem pluralen Land leben – Deutschland einig Vaterland – mit knapp 83 Millionen Einwohnern. Zahlen sind eben auch sehr aussagekräftig. Wir haben 83 Millionen Bürger. In den neuen Bundesländern 12,5 Millionen, in den alten 70,6 Millionen, und jetzt wird es interessant: Menschen mit Migrationshintergrund 21,2 Millionen, davon mit deutschem Pass zehn Millionen, also elf Millionen Ausländer. Und auch diese sind nicht eine in sich geschlossene Gruppe, sondern sie verteilen sich über die ganze Gesellschaft.
Vorurteile und Diskriminierungen gibt es zwischen ganz unterschiedlichen Gruppierungen, und glauben Sie ja nicht, dass es „den Ausländer" gibt. Jede_r Ausländer_in hat eine eigene Biografie, eine eigene Lebenswirklichkeit und gehört auch unterschiedlichen Blasen an. Man ist mal in der und mal in der Blase. Deshalb glaube ich, wir müssen über das reden, was Probleme in unserer Gesellschaft sind.

Als wirkliche und substanzielle Probleme, die wir in unserem „einig Vaterland" angehen müssen, sehe ich zum einen das wirklich gravierende Problem des Rassismus und Rechtsextremismus. Weiterhin das Thema Klimawandel und die Frage, wohin die Reise überhaupt geht. Welchen Wohlstand werden wir in Zukunft haben? Das ist ein weiteres wichtiges Problem, und daran anhängend: Wem wird es besser gehen und wem schlechter?
Zuletzt auch die Frage des Demokratieverständnisses. Welches Demokratieverständnis haben wir und wie wollen wir unser Zusammenleben gestalten? Das sind die für mich wichtigen Themen, und dabei ist es mir wirklich egal, ob jemand aus dem Osten oder dem Westen kommt.
Ich bin in Istanbul geboren, im Rheinland sozialisiert und lebe jetzt seit 58 Jahren in Deutschland. Sie können jetzt sagen: Das ist eine Türkin. Andere sehen mich als Sozialdemokratin, wieder andere sehen mich als Opernliebhaberin, noch andere als Wessi. Aber Wessi hin, Ossi her – glauben Sie mir, ein Demokrat aus dem Osten ist mir natürlich viel näher als ein Rassist aus dem Westen.
Dr. André Fleck: Wir sprechen oft über Kränkungen wegen einer Verleugnung oder Nichtbeachtung von Lebensleistungen. Ich möchte aber auch noch einen Fokus bei der jüngeren Generation setzen. Ich habe mich während des Studiums oft geärgert, dass so wenige Kommiliton _innen sich politisch engagierten und so wenig politisch lebten. Dort stelle ich jetzt sehr erfreut fest, dass mit der „Fridays for Future"-Bewegung beispielsweise junge Leute den Raum des Politischen für sich entdeckt haben.
Sie sind auch losgegangen, haben demonstriert, sich in Themen wie Globalisierung und Klimapolitik weitergebildet und haben auch Einfluss und Machtpotenzial entwickelt. Prof. Dr. Eckert, Sie sehen das mit der historischen Brille. Was gibt es für Entwicklungsmöglichkeiten über das Beziehen auf die ältere Generation und die Vergangenheit hinaus?
Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich möchte erst noch etwas anderes sagen. Die erste Frage ist für mich: War ich vor 1989 DDR-Bürger? Ich war Potsdamer, Brandenburger. Ich habe das Gebiet geliebt, in dem ich als Kind mit dem Fahrrad herumgefahren bin. Später wohnte ich dann am Prenzlauer Berg und im Friedrichshain, da war ich Ost-Berliner. Das hat sich nach der Revolution, oft immer noch falsch Wende genannt, und nach der Wiedervereinigung geändert. Jetzt bin ich Europäer, bin Deutscher, Bundesbürger und Ostdeutscher. Das Interessante ist, wenn ich mich selber betrachte, ich werde immer stärker Ostdeutscher. Nun mag Ostdeutschland eine Erfindung des Westens sein, trotzdem bin ich Ostdeutscher.
Was ist der Punkt? Eine soziologische Beschreibung sagt, wer 1978 in der DDR gewohnt hat und sie bis 1989 nicht verlassen hat, ist ostdeutsch, als eine aussterbende

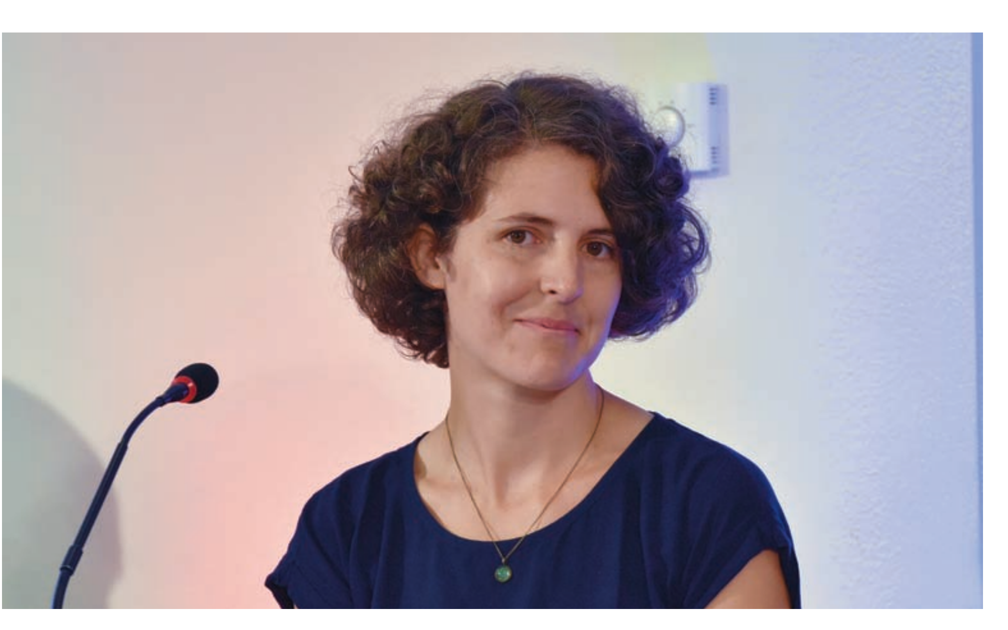
Minderheit unter der Gesamtbevölkerung. Ich bin aber auch Ostdeutscher, weil ich unter den strukturellen Ungerechtigkeiten im vereinten Vaterland leide. Der entscheidende Punkt dabei ist das Elitenungleichgewicht. Es geht nicht um die alten Westeliten, sondern darum, dass in 30 Jahren so gut wie keine neuen jungen Ostdeutschen – da sind wir bei den Studierenden, die ich ja auch einige Jahre lang unterrichtet habe – nachgerückt sind. Wir haben ein riesiges Elitendefizit, das angepackt werden muss.
Es geht nicht mehr um uns, ich habe eine erfolgreiche Karriere hinter mich gebracht und bin immer noch erfolgreich. Es geht um die jungen Menschen, von denen Sie hoffen, dass sie politischer sind. Für die Studierenden in Leipzig gilt das nur eingeschränkt, es ist eher so, dass das Interesse an fast allem geringer geworden ist, selbst an den Fächern, die – ich habe Zeitgeschichte und politische Wissenschaften gelehrt – ich versuche zu vermitteln.
Hier gibt es weiterhin ein großes Problem. Ich bin in sehr vielen politischen und geschichtspolitischen Gremien Mitglied. Es ist immer wieder die gleiche Erfahrung, seit 30 Jahren. Da sitzen 30 Menschen und ich verkörpere den Osten. Alle anderen 29 sind aus dem Westen. Das letzte Beispiel war in Mödlareuth, wo ein neues deutsch-deutsches Museum errichtet wird und ich Mitglied im Vorbereitungskreis bin. Als wir zum ersten Mal tagten, waren wir zur Hälfte Thüringer und zur Hälfte Bayern, und da fragte der Vorsitzende, ein Bayer, ob überhaupt jemand aus dem Osten dabei sei. Wer war es? Die Sekretärin, die das Protokoll schrieb, und ich. Hier ist ein grundlegender Wandel endlich notwendig! Ich appelliere an alle, das im Auge zu behalten. Das muss aus meiner Sicht angepackt werden.
Das Zweite ist das mit der Kränkung. Ich habe mich 1989 nicht gekränkt gefühlt. Wir haben eine erfolgreiche Revolution gemacht, hatten was vorzuweisen und gegenüber meinen Westkolleg_innen war ich im großen Vorteil, da ich aktiv in zwei ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen gelebt habe, während sie nur ein System aus persönlicher Erfahrung kannten. Sie mussten sich ein Wissen theoretisch aneignen, das ich aus Erfahrung besaß, ich fühlte mich ihnen überlegen.
Das half mir vielleicht weiter, den meisten anderen Ostdeutschen half das jedoch nicht oder nur wenig weiter, vor allen Dingen sind die untergegangen, die versuchten, so zu erscheinen, als seien Sie auch Westdeutsche. Es waren die, die auf einmal Trachtenjacken trugen, statt Guten Morgen immer Servus sagten oder Grüß Gott – verbreitet war das auch in Leipzig. Trotzdem hatten sie letztlich wenig Erfolg.
Ich plädiere also für ein starkes ostdeutsches Selbstbewusstsein. Das hilft dann auch weiter in der ganzen Auseinandersetzung mit den Verschwörungsspinner_innen und anderen, die jetzt so massiv auftreten und in die Öffentlichkeit drängen.



Dr. Lale Akgün

Dr. Lale Akgün: Ich würde gern gleich antworten wollen, weil ich das sehr spannend finde, auch in Bezug auf die Migrant_innen der dritten Generation. Was du sagst, du wirst immer ostdeutscher, das höre ich auch von Migrant_innen der dritten Generation: „Ich werde immer türkischer." „Ich werde immer italienischer." Das erinnert mich an das Drama „Der andorranische Jude" von Max Frisch.
Das heißt, die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft bringt die Menschen dazu, sich noch viel mehr an die ihnen zugeschriebene Identität anzugleichen. Es ist nicht so, dass Menschen, die in Deutschland geboren und sozialisiert wurden, plötzlich auf die Idee kommen zu sagen: Ich fühle mich so türkisch. Dieses Empfinden kommt aus gemachten Erfahrungen der Ausgrenzung und aus dem Gefühl, dass man sich seine Würde erhalten muss. Ich finde auch, allein der Begriff Ostdeutscher ist schon speziell. Ein Bayer würde nie sagen, er sei Süddeutscher. Er ist ein Bayer. Bei uns ist es noch schlimmer: Es gibt keine Nordrhein-Westfalen. Es gibt Rheinländer und Westfalen.
Auf den zweiten Punkt möchte ich auch noch mal eingehen. Die eigene Biografie kann man natürlich immer unter dem Gesichtspunkt des Erfolges und des gefühlten Misserfolges betrachten. Dabei fällt mir der Film „Mein wunderbarer Waschsalon"

von 1985 ein, darin gibt es zwei pakistanische Brüder. Einer ist Geschäftsmann, sehr erfolgreich, der andere ist ein Journalist, der Alkoholiker geworden ist.
Der Journalist sagt: „Es war ein Fehler, nach England zu kommen, unser Leben ist verpfuscht, dieses Land hat uns nicht gut getan. Wir hätten nie kommen dürfen." Und der erfolgreiche Geschäftsmann, der Bruder, sagt: „Es war sehr gut, hierhergekommen zu sein, mein Leben ist super verlaufen. Ich hätte nie so ein Leben gehabt, wenn ich nicht hierhergekommen wäre." Sie merken, die Beurteilung der neuen Zustände hat auch etwas mit der eigenen Biografie zu tun und mit dem, was einem gegeben wird.
Die zwei Punkte halte ich für wichtig: Fühle ich mich von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt? Und warum? Es sind ja keine vernachlässigbaren Größen: Zwölf Millionen Menschen in den neuen Bundesländern, 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das sind ja keine Minderheiten, es sind Teile der Gesamtgesellschaft. Trotzdem haben sie das Gefühl, sie sind nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen, und ziehen sich zurück auf ihre mitgebrachte oder ihnen zugeschriebene Identität. Darüber, wie man das überwinden kann, müssen wir auch diskutieren. Wenn wir das nicht überwinden, werden wir als Gesellschaft auch nicht zusammenwachsen können.
Britta Veltzke: Ich wollte noch einmal kurz darauf eingehen, was Sie, Herr Ahrens, über die Kränkung gesagt haben, die Ostdeutsche durch die mediale Berichterstattung empfinden. Ich persönlich als Medienvertreterin empfinde das als pauschales Bashing, denn es ist ja auch viel passiert. Ich erinnere an Pegida, an Heidenau, wir hatten in Bautzen auch die deutschlandweite Presse, als der Bundespräsident zu Besuch war, als es die Auseinandersetzung am Kornmarktcenter gab. Das sind natürlich auch krasse Ereignisse, über die berichtet werden muss. Und ich frage mich dann immer, wie sollen wir als Medien sonst damit umgehen? Ich kann es nicht so gut nachvollziehen, dass man von vornherein sagt, hier wird medial pauschal auf Ostdeutschland eingedroschen.
Alexander Ahrens: Das sind zwei sehr schön Beispiele, und ich kann Ihnen auch sagen, warum. Als Bundespräsident Gauck hier war, bin ich mit ihm sechs Stunden in der Stadt gewesen, an seiner Seite. Wir hatten eine Diskussionsveranstaltung mit über 200 Leuten, das war kein Kaffeekränzchen, dort wurde wirklich mit harten Bandagen diskutiert. Ganz viele Menschen in Bautzen haben sich gefreut, dass er gekommen ist. Viele stellten sich an die Straße, um mal kurz einen Blick auf ihn zu erhaschen. Er ist superfreundlich begrüßt worden.
Als wir aus der Diskussionsveranstaltung herauskamen, standen gegenüber sechs stadtbekannte junge Neonazis, die anfingen zu brüllen. Ich habe auf die Uhr geschaut, weil ich sehen wollte, wie lange die Bereitschaftspolizei braucht, um die abzudrängen. 45 Sekunden! Dann waren die Jungs weg. Sechs Leute!
Der Bericht in der Tagesschau und in den Tagesthemen war 50 Sekunden lang, davon ging es 40 Sekunden lang nur um diese sechs Vollspasten, die da Ärger machten. Und der Tenor des Berichts war: „Der Bundespräsident wird im Osten auf das Übelste beleidigt." Der Bundespräsident selbst hat es gar nicht so empfunden. Der fand es natürlich nicht toll, aber er sagte in dem Moment, als die da rumblökten: „Warum soll es mir besser gehen als Frau Merkel." Von den positiven Aspekten dieses Besuchs wurde null Komma gar nichts berichtet.
Zweites Beispiel Kornmarkt. Natürlich ist so eine Menschenjagdszene nichts Schönes, es war widerwärtig. Ich hatte im Jahr 2016 ganze 370 Medientermine hier in dieser Stadt. An dem Tag, als das hier am Kornmarkt passierte, ist in Schleswig-Holstein ein Bürgermeister auf dem Weg zur Bauausschusssitzung angegriffen und niedergeschlagen worden. Der Bauausschuss sollte darüber befinden, ein Hotel zu einer Flüchtlingsunterkunft umzuwidmen. Das sollte durch diesen Angriff verhindert werden. Ich habe alle Medienvertreter_innen, die hier waren, ohne Ausnahme gefragt: „Haben Sie das mitbekommen? Die Meldung war in der DPA eine Spalte, fünf Zeilen. Die Hälfte hatte das gar nicht wahrgenommen, die andere Hälfte hatte davon gehört. Ich sagte dann: „Stellen Sie sich mal vor, das wäre hier bei uns passiert. Dann hätten wir am nächsten Tag 150 Fernsehteams und 500 Journalist_innen aus aller Welt dagehabt." Sie sagten: „Da haben Sie Recht, aber was stimmt denn jetzt bei Ihnen in Sachsen nicht?"
Das ist wirklich zum Haareraufen. Dieses Ungleichgewicht in der Berichterstattung ist es, was die Leute so erbost. Ich habe damals bei Anne Will – und ich habe es ernst gemeint – gesagt, bei dieser Sache am Kornmarkt wäre in Berlin-Neukölln noch nicht mal die Polizei ausgerückt. Ich habe es selbst erlebt, ich habe 25 Jahre in Neukölln gelebt. Wenn die Leute sich da mit Tischbeinen gegenseitig angriffen und man die Polizei rief, dann kam die entspannte Gegenfrage: „Ist denn schon jemand verletzt?" Wenn man dann sagte, nein, dann sagten die: „Rufen Sie später noch mal an." Ich habe gern in Neukölln gelebt, ich verteidige den Stadtteil bis aufs Messer! Es ist ein wirklich lebenswerter Bezirk.
Ich kann noch eines sagen. Ich war ganz frisch im Amt, da brannte der Husarenhof. Ich war in Berlin während meiner Referendarzeit in einer Brandstaatsanwaltschaft. Dort habe ich eine Menge über Brandstiftung und deren Hintergründe gelernt. Mir ist einiges an diesem Brandort aufgefallen. Warum brannte zum Beispiel der gesamte Dachstuhl, aber unten nichts? Das Feuer wird wohl im Dachstuhl gelegt worden sein.



Britta Veltzke

Wir hatten, als der Husarenhof brannte, bundesweit bereits 227 Referenzobjekte, also Flüchtlingsunterkünfte, die mit Brandanschlägen bedacht wurden. Sie können sich vorstellen, dass die nicht alle in Ostdeutschland standen. In fünf Prozent dieser 227 wurde das Feuer im Gebäude gelegt. In keinem dieser ein Dutzend Fälle haben die Täter im Haus mehr als zehn Meter zurückgelegt. Es hat nie eine Journalistin oder einen Journalisten interessiert, warum da jemand mitten in der Nacht angeblich Feuer legen soll. Es wurde immer als Brandstiftung aus politischen Motiven dargestellt.
Ich bin der 100-prozentigen Überzeugung, dass dieser Brandanschlag kein politisches Motiv hatte. Es passte nur gerade gut in die Zeit. Ich kann jetzt nicht über Ermittlungsdetails reden, die stützen diese Theorie im Übrigen. Wir haben uns auch nie in die Diskussion begeben zu sagen, es war kein politischer Anschlag. Wir haben sie immer über eine mögliche politische Konnotation geführt, sonst hätte es nämlich geheißen, wir ducken uns weg. Aber auch da griff der Journalismus zu kurz. Warum hat nicht ein einziger Journalist oder eine Journalistin mal gefragt, ob es eventuell auch andere Hintergründe geben könnte?
Prof. Dr. Rainer Eckert: Was Sie sagen, ist sicher richtig, bringt aber natürlich automatisch die Frage, die ich vorhin versucht habe anzuschneiden: Warum ist das so?

Wer sind die 500 Journalist_innen, die dann aus der ganzen Welt kommen, um aus Bautzen zu berichten? Warum fahren die nicht nach Lüdenscheid? Warum ist alles, was im Osten passiert, eine Nachricht wert, wenn es negativ ist, aber wenn es in den Altbundesländern passiert, nicht so interessant. Da müssen wir ansetzen, das führt wieder zur Struktur unserer Medien in Deutschland und zu deren Leitungspersönlichkeiten.
Dr. Lale Akgün: Ich glaube zum einen nicht, dass die Probleme, die hier hinsichtlich Rechtsextremismus herrschen, nur von den Medien gemacht sind. Herr Ahrens, ich habe das Gefühl, dass Sie hier berichten, wie böse die Presse ist, und sagen, die Presse bauscht auf. Und dabei nicht sehen, dass wir ein Problem haben. Dadurch, dass man über die Medien schimpft, verändert sich nichts.
Wenn im Westen etwas Rechtsextremistisches oder Ausländerfeindliches passiert, wird natürlich auch darüber berichtet. Die Ansicht, dass alles, was aus dem Osten kommt, als böse und deshalb berichtenswert angesehen wird, und man sich in Bezug auf den Westen ausschweigt, teile ich überhaupt nicht. Natürlich gibt es auch im Westen Rechtsradikalismus, und auch darüber wird berichtet.
Aber Sie müssen auch zugeben, dass wir in den neuen Bundesländern ein größeres Problem mit Rechtsextremismus haben als in den alten Bundesländern. Das ist eine Tatsache, über die wir reden müssen. Das ist nicht mediengemacht. Vorgestern kam ich in diese Stadt, lief vom Bahnhof zum Hotel, und kam an einem Parteibüro der AfD vorbei, das mich erschreckt hat. So ein riesiges Parteibüro mitten in der Innenstadt – gemessen an der Einwohnerzahl – habe ich noch nie gesehen. Die AfD ist mittendrin und zeigt sich auch, demonstrativ: „Wir sind hier."
Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass ein anderes Selbstverständnis darüber herrscht, was man hier in Bautzen machen und lassen kann, anders als etwa in Lüdenscheid. Ich glaube nicht, dass die AfD es dort wagen würde, so ein Büro hinzustellen, weil die Leute dagegen protestieren würden. Auch darüber müssen wir reden. Ich will weder Ost-Bashing noch Bautzen-Bashing. Ich habe eben gesagt, dass jede_r Demokrat_in im Osten mir näher steht als ein alter Nazi im Westen. Wir Demokratinnen und Demokraten müssen doch zusammenhalten, es geht doch nicht um lokale und regionale Gegebenheiten.
Es geht nicht um sauber oder schmutzig, es geht darum, dass wir ein Problem in dieser Gesellschaft haben. Da müssen wir den Finger in die Wunde legen. Nicht darüber hinwegsehen und sagen, es wird nur aufgebauscht. Es ist ein Problem, wenn Flüchtlingsunterkünfte angezündet werden. Es ist ein Problem, wenn in der Gesellschaft Zugewanderte als gewalttätig und problematisch wahrgenommen werden.
Sie haben gestern gesagt – da war ich auch etwas erschrocken –, es sei in den

1980ern in Berlin normal gewesen, zu Türken „Kanake“ zu sagen. Nein, das war nicht normal. Das ist auch eine Kränkung. Kanake ist schon immer ein Schimpfwort gewesen, auch in den 1980er Jahren. Das muss man nicht als selbstverständlich hinnehmen. „Fidschi“ ist auch nicht selbstverständlich. Das sind Kränkungen, Zuschreibungen an bestimmte Gruppierungen. Man sieht nicht mehr den Menschen, man sieht nur noch die Gruppe, und die wird abgewertet.

Alexander Ahrens: Da haben Sie völlig Recht. Anders habe ich es aber auch nicht dargestellt. Ich habe es nur als Beispiel dafür genommen, dass die Gesellschaften Zeit brauchen, um über solche Sachen hinwegzukommen und es so auszudiskutieren, dass solche Begriffe eben nicht mehr benutzt werden. Das Beispiel habe ich gestern gebracht, weil ich der Überzeugung bin, dass wir auf einem guten Weg sind.

Als ich eben über diese Berichterstattungsschieflagen sprach, habe ich mit keinem Wort abgestritten, dass wir hier ein Problem mit Rechtsextremismus haben. Wir müssen es doch aber trennen. Und was mich und viele Menschen in Ostdeutschland auch aufregt, wenn die Wahlergebnisse der AfD als Beleg dafür genommen werden, dass die Ostdeutschen rechtsaffiner sind als die Westdeutschen. Das ist Unsinn. Ich kenne ganz viele Leute, die AfD wählen und keine schlechten Menschen sind. Die machen das aus falschen Motiven heraus, davon bin ich felsenfest überzeugt. Das spreche ich auch an, wenn ich mit ihnen rede. Aber ich weigere mich, diese vereinfachten Urteile unkommentiert anzunehmen, 35 Prozent AfD bedeute, dass hier alle rechtsextrem seien.

Dr. Lale Akgün: Auch Sie werden nicht abstreiten können, dass jeder Mensch, egal ob in Köln, in Bautzen, in München oder in Kiel, der AfD wählt, genau weiß, welche Partei er wählt. Das ist eine faschistoide Partei. Deren Führer_innen sagen menschenverachtende Dinge. Wer trotzdem diese Partei wählt, hat eben eine Partei gewählt, die zu Dingen fähig ist, die andere Parteien ablehnen würden. Es ist ja kein Zufall, dass die anderen Parteien die AfD ablehnen.

Alexander Ahrens: Da haben Sie völlig Recht! Das bestreite ich überhaupt nicht. Wir müssen uns doch aber die Gründe dafür ansehen, warum die Leute das machen. Denn es gibt wirklich unterschiedliche Herangehensweisen. Ich bin erschüttert, wenn ich höre, dass jemand AfD wählt. Und wenn ich dann sage, diese Partei ist aber auch die Partei von Kalbitz, Höcke und Gauland – das sind Nazis. Dann höre ich: „Die Partei ist aber nicht verboten. Und es ist die einzige Partei, vor der die andern noch Angst haben. Deshalb wähle ich die.“

Dr. Lale Akgün: Und um das auch noch mal auszugleichen mit Ost und West: Sie sollten noch dazusagen, dass das Führungspersonal der AfD aus dem Westen stammt.



Dr. André Fleck

Alexander Ahrens: Das sage ich den Leuten mit Wonne, die sind dann immer ganz erstaunt.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Mit der Rolle der Presse sind wir nicht recht weitergekommen, aber ich möchte noch auf zwei andere Sachen hinweisen, die in diesem Zusammenhang thematisiert worden sind und die wichtig sind. Das Erste: Neulich habe ich bei Professor Raj Kollmorgen an der Hochschule Zittau/Görlitz einen Vortrag zur Friedlichen Revolution gehalten. Danach gab es eine Diskussion mit den Studierenden, überwiegend aus dem Erzgebirge, die erzählten: „Bei uns sind die ehemaligen Bürgerrechtler bei der AfD, früher waren sie Neues Forum.“

Das hat mich überrascht, ist aber offensichtlich so. Hier ist die Frage, warum sind Oppositionelle, die mutig gegen die Diktatur kämpften, heute bei der AfD und allgemein unzufrieden. Darüber müsste man sprechen. Die übergroße Mehrheit der Bürgerrechtler_innen ist immer noch linksliberal, aber es gibt auch eine Reihe von Ausreißern nach rechts.

Das Zweite ist: Ich habe eine gewisse Affinität zum Aufsuchen politischer Demonstrationen. Bei der jährlichen israelfeindlichen, antisemitischen Al-Quds-Demonstration in Berlin gibt es Gegendemonstrationen. Ich gehe zu diesen Demonstratio-

nen, bei der wir im vergangenen Jahr – verglichen mit den Israelfeind_innen – in der übergroßen Mehrheit waren. Interessant fand ich, dass unter den Leuten, die auf unserer Seite standen, soweit ich das beurteilen konnte, so gut wie kein Ost-Berliner war.
Alle, die ich traf, gehörten der Altwestberliner Elite, der Altwestberliner Zivilgesellschaft an, ich kannte viele von der Freien Universität. Womit ich sagen will, dass ein Dilemma des ganzen Beschriebenen die Schwäche der Zivilgesellschaft im Osten ist. Das hat sich in 30 Jahren viel zu wenig gewandelt. Wir sind viel zu wenige Leute, die sich über Parteien hinaus aktiv engagieren und dann noch bereit sind, dort auch Widerstand gegen Rechtsradikale und Anhänger_innen von Verschwörungsmythen zu leisten.

Die anschließende Diskussion mit dem Publikum finden Sie im Mitschnitt des Bautzen-Forums unter https://www.fes.de/landesbuero-sachsen/media/live-stream.



Ökumenische Andacht

ANDACHT

Pfarrer Christian Tiede

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gemeinde in dieser Gedenkandacht!

„Was wir gehört haben und wissen und unsre Väter uns erzählt haben, das wollen wir nicht verschweigen ihren Kindern ..." So haben wir es gerade aus dem 78. Psalm gehört. Die Kapelle auf dem Karnickelberg ist vor einigen Jahren errichtet worden, damit es einen Ort gibt, der dem Hören gewidmet ist, könnte man sagen. Dem Hören auf das, was gewesen ist. Dem Erinnern. Und dann: dem Weitererzählen und dem Nicht-Verschweigen.

Dem Erzählen dessen, was unseren Vätern und Müttern, Großmüttern und Großvätern widerfahren ist, nicht nur an diesem Ort. Was viele selber oft nicht erzählen konnten, weil sie für das, was sie erlebt haben, die Sprache nicht gefunden haben. Weil niemand gehört hat. Weil das Erlebte an diesem Ort totgeschwiegen wurde über viele Jahre.
Die Kapelle auf dem Karnickelberg ist vor allem aber auch dem Erinnern gewidmet an diejenigen, deren Sprache schon viel früher verstummt ist, die nicht mehr zurückkamen, deren Gebeine hier oben verscharrt worden sind. Deren Andenken dem Vergessen anheimgestellt werden sollte.
„Das (alles) wollen wir nicht verschweigen ihren Kindern." Man könnte diesen Halbvers aus dem 78. Psalm zum Leitmotiv dieses Ortes erklären. Und wir merken mehr und mehr, wie wichtig es ist, dass es solche Orte gibt. Dass es Zeiten des Erinnerns gibt. Dass wir uns um das Erinnern bemühen. Um das Hören, solange es Menschen gibt, die noch aus eigenem Erleben erzählen können. Und um das Weitersagen. Um das Nicht-Verschweigen.
Denn alle Rede vom Erinnern – und das weiß bereits die Bibel – impliziert ja immer ein mögliches Vergessen. Wenn der Name eines Menschen nicht mehr genannt werden kann, ist der Mensch vergessen. Umgekehrt wirkt die Erwähnung eines Namens dem Vergessen entgegen. Selbst die Beziehung der Menschen zu Gott wird durch die Erwähnung Gottes, durch das Gedenken an die Taten Gottes im gottesdienstlichen Ritus aufrechterhalten.
Folgerichtig ist das Todesreich in der Sprache der Psalmen das Land des Vergessens. Wie gut, dass dieser Ort, an dem wir heute sind, die Toten dem Vergessen entrissen hat. Wie gut, dass an diesem Ort, aber auch in der Gedenkstätte Bautzen II in den vergangenen Jahren eine Erinnerungskultur entstanden ist, die Eingang gehalten hat in das kulturelle Gedächtnis unserer Stadt.
Denn nach allem, was hier in Bautzen I und mitten in der Stadt in Bautzen II geschehen ist, was Menschen hier und dort angetan worden ist, gehört das Erinnern untrennbar zu unserer Stadt. In diesem Sinne könnte man den Psalmvers auch verstärken: „Was wir gehört haben und wissen und unsre Väter uns erzählt haben, das dürfen wir nicht verschweigen ihren Kindern ..."
Denn auch das wird uns immer bewusster: Wir können uns der Erinnerung nicht entziehen. Wir können uns nicht entziehen, dem, was wir gehört haben, dem, was uns unsere Väter und Mütter erzählt haben. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung merken wir gerade sehr deutlich, dass es ganz unterschiedliche Erzählungen davon gibt, wie die Zeit des Umbruchs erfahren und gelebt wurde. Uns wird mehr und mehr bewusst, dass die Erzählungen und Erlebnisse der Menschen, die betroffen

und beteiligt waren, deren Biografien Brüche, Veränderungen und Risse erfahren haben, dass deren Erzählungen auch die Erzählungen der Kinder prägen. Und dann merken wir, dass wir gerade die Erzählungen der Kinder mitunter nicht mehr verstehen.
„Was wir gehört haben und wissen und unsre Väter uns erzählt haben, das wollen wir nicht verschweigen ihren Kindern ..." Noch einmal: Es braucht Orte und Zeiten des Erinnerns – das sind wir den Menschen und dem, was sie hier erlitten haben, schuldig. Dem können wir uns auch nicht entziehen. Das bedeutet aber nicht, dass es darum gehen muss, hier oder in der Gedenkstätte oder an anderen Orten eine einheitliche Erinnerungserzählung zu schaffen und zu bewahren.
Unsere Aufgabe sollte sein, immer wieder das Gespräch zu suchen und im Gespräch zu bleiben über unsere eigenen Erinnerungen und die Erinnerungen unserer Väter und Mütter. Erinnerung als ein Lernprozess und unsere Stadt als ein Lernort für die Zukunft im Sinne des Psalms, „... auf dass es die Nachkommen lernten, die Kinder, die noch geboren würden; die sollten aufstehen und es auch ihren Kindern verkündigen."
Das wäre hoffnungsvoll. Nicht nur für diesen Ort. Amen.

BUCHVORSTELLUNG IN DER GEDENKSTÄTTE BAUTZEN

„Das Jahr 1990 freilegen“
mit **Jan Wenzel**, Herausgeber, Autor und Verleger

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen
Lutz Hillmann, Intendant des Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen









Referent_innen des 31. Bautzen-Forums

Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Dr. Lale Akgün, Psychologin, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Chris Bürger, sächsischer Regionalbeauftragter der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)

Christian Dertinger, Sohn des 1953 verhafteten und inhaftierten DDR-Außenministers Georg Dertinger

Prof. Dr. Rainer Eckert, Historiker, Berlin

Matthias Eisel, Leiter Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. André Fleck, Politikwissenschaftler, Dresden

Iris Gleicke, ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Helge Heidemeyer, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Robert Ide, Geschäftsführender Redakteur und Autor, Der Tagesspiegel, Berlin

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk, Historiker, Bundesbehörde zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden

Michael Naumann, Journalist, Mitteldeutscher Rundfunk

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Florentine Schmidtmann, Doktorandin am Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung in Potsdam

Christian Tiede, Pfarrer, Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde St.-Petri-Gemeinde in Bautzen

Britta Veltzke, Journalistin, Leipzig

Dr. Peter Wurschi, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber unter www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden.)

Nr. 1 / Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990

Nr. 2 / Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991

Nr. 3 / Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992

Nr. 4 / Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993

Nr. 5 / Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994

Nr. 6 / Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995

Nr. 7 / Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996

Nr. 8 / Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997

Nr. 9 / Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998

Nr. 10 / Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999

Nr. 11 / Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000

Nr. 12 / Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001

Nr. 13 / Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002

Nr. 14 / Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003

Nr. 15 / Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004

Nr. 16 / Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005

Nr. 17 / Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006

Nr. 18 / Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007

Nr. 19 / Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008

Nr. 20 / Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009

Nr. 21 / Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010

Nr. 22 / 50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“. Leipzig 2011

Nr. 23 / Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012

Nr. 24 / Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013

Nr. 25 / Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa. Leipzig 2014

Nr. 26 / Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland. Leipzig 2015

Nr. 27 / Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR. Leipzig 2016

Nr. 28 / Jung sein in der DDR. Leipzig 2017

Nr. 29 / „Überholen ohne einzuholen“ – Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR. Leipzig 2018

Nr. 30 / Wie erinnern? Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution. Leipzig 2019



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig
sachsen@fes.de

Redaktion Ines Eifler, Görlitz
Paul Obermann, Inning
Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung Thomas Glöß, Leipzig
Fotos Gaby Waldek, Leipzig
Druck Merkur Druck- und Kopierzentrum, Leipzig

ISBN 978-3-96250-717-6